

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von September 1921 bis Mai 1928**

NWO-Sonderheft Nr. 64



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von September 1921 bis Mai 1928

NWO-Sonderheft Nr. 64

Terror der Antichristen vom 01.09.1921-31.05.1928

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von September 1921 bis Mai 1928	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von September 1921 bis Mai 1928

Fanatismus ist die einzige Willensstärke, zu der auch die Schwachen gebracht werden können.

Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)

1921

Der Völkerbund verhinderte am 5. September 1921 weiterhin die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat hinsichtlich der Eisenbahn) keine souveränen Rechte im Gebiet der Freien Stadt Danzig. ...<<

Bei einer Explosionskatastrophe auf dem Werksgelände der BASF in Ludwigshafen starben am 23. September 1921 rund 600 Arbeiter. Über 2.500 Arbeiter wurden verletzt (x092/795).

Die litauische Stadt Wilna wurde am 9. Oktober 1921 von polnischen Freischaren besetzt (x041/85).

Trotz eindeutiger Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %) mußte die deutsche Reichsregierung nach einer Entscheidung der Hohen Alliierten Kommission am 20. Oktober 1921 die oberschlesischen Industriegebiete an Polen abtreten (eindeutiger Bruch des Versailler Friedensvertrages).

Oberschlesien wurde danach durch polnische Truppen besetzt (x041/84).

Die SA-Schlägereinheiten bewährten sich erstmalig während der Bürgerbräu-Saalschlacht am 4. November 1921.

Nach der Devise: "Wir prügeln uns an die Spitze", lieferte man sich anschließend regelmäßig Massenschlägereien mit den Sozialisten und Kommunisten.

Hitler berichtete später über eine "Saalschlacht" während einer NS-Versammlung (x191/52):
>>In wenigen Sekunden war der ganze Raum erfüllt von einer brüllenden und schreienden Menschenmenge, über die Haubitzenschüssen ähnlich, unzählige Maßkrüge (Bierkrüge) flogen; dazwischen das Krachen von Stuhlbeinen, das Zerplatzen der Krüge, Grölen, Johlen, Aufschreien. ...

Ich blieb auf meinem Platz stehen und konnte beobachten, wie restlos meine Jungs ihre Pflicht erfüllten. ...

Wie Wölfe stürzten sie in Rudeln von acht oder zehn immer wieder auf ihre Gegner los und begannen sie nach und nach tatsächlich aus dem Saale zu dreschen. Schon nach 5 Minuten sah

ich kaum noch einen von ihnen, der nicht schon blutüberströmt gewesen wäre. ...

20 Minuten dauerte der Höllenlärm, dann aber waren die Gegner ... zum größten Teil aus dem Saale geschlagen und die Treppen hinuntergejagt. Nur in der linken rückwärtigen Saalecke hielt sich noch ein großer Haufen und leistete erbittertsten Widerstand. Da fielen plötzlich vom Saaleingang zum Podium her 2 Pistolenschüsse und nun ging eine wilde Knallerei los.

Fast jubelte einem doch wieder das Herz angesichts solcher Auffrischung alter Kriegserlebnisse.<<

Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schrieb später über die "SA-Kampfeinsätze" (x129/36):
>>Die SA zettelte überall Plänkeleien und Scharmützel des Bürgerkrieges an. Sie überfiel zur Nachtzeit auf der Straße Juden und verprügelte sie. Sie vervollkommnete ihre Gefechtsausbildung in Massenveranstaltungen. Der Traum des Kriegsmannes ist die Schlacht: hier kommt er zum Zug, hier ist er in seinem Element. Anfänglich waren nur nationalsozialistische Versammlungen von einigen wenigen Zwischenrufern zu säubern gewesen; allzu leicht waren diese Siege zu erfechten.

Es war ein Fortschritt, als Ende 1921 Marxisten die Sprengung einer nationalsozialistischen Versammlung im Hofbräuhaus versuchten. Bisher war der Gegner, obschon man ihn dauernd herausforderte, passiv gewesen: jetzt endlich stellte er sich. Jetzt konnte man sich mit ihm messen, ihm eine echte Saalschlacht liefern. Die "Saalschlacht im Hofbräuhaus" wurde legendär. ... Der Ruhm des Frontkämpfers verblaßte: der Saalschlachtkämpfer gelangte zu höheren Ehren.

Jetzt, wo der Feind sich wehrte und da und dort sogar zum Gegenangriff vorging, konnte man derb zufassen; nun hatte man Gelegenheit, auch das Messer zu ziehen. Wenn man jetzt raufte, durfte man auch stechen. Das erste Blut floß und brachte endlich den rechten Ernst in die Sache. ...

Nachdem die SA auf Brigade-, Division-, ja Armeekorpsstärke gebracht worden war, reichten die Versammlungssäle als Schlachtfelder nicht mehr aus; sie brauchte, um sich kriegerisch entfalten zu können, ein weitgestreckteres Gelände.

Die SA ging auf die Straße; sie unternahm Propagandamärsche in die Vorstädte; sie zeigte ihre Uniform in den Kommunistenvierteln. Ihre Absicht war, die Arbeiter herauszufordern oder, wenn sie auswichen, zu demütigen. Die Arbeiterschaft begriff den Sinn der Aufmärsche durchaus. Es kam zu Zusammenstößen; es entwickelten sich "Straßenschlachten"; hier, unter freiem Himmel, konnte man auch nach dem Revolver greifen: es blieben Tote auf der Strecke. Der Bürgerkrieg, den die SA anzettelte, fand so das Schlachtfeld, das ihm am gemäßesten ist.

Die Diskussion wurde nunmehr aus dem ganzen öffentlichen Leben überhaupt verbannt; die SA machte jeder friedlichen Auseinandersetzung zwischen Volksschichten und Klassen ein Ende. Wo sie den Gegner wahrnahm, suchte sie sogleich, mit ihm ins Handgemenge zu kommen.

In den Toten bekam die nationalsozialistische Bewegung ihre Märtyrer; sie hatte das Menschenblut, aus dem sie ihren Mythos zusammenrühren konnte. Rowdys, die von dem Schicksal ereilt wurden, das für sie natürlich ist, wurden mit Lorbeer bekränzt. ...<<

Der Völkerbund verhinderte am 17. Dezember 1921 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat) nicht das Recht, Danzig zu einer bestimmten auswärtigen Politik zu veranlassen. ...<<

Außenminister Walther Rathenau berichtete im Dezember 1921 in der "Wiener Presse" über die verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite (x337/150): >>Nur 300 Männer, von denen jeder alle anderen kennt, bestimmen über das Schicksal Europas. Sie wählen ihre Nachfolge aus dem eigenen Gefolge. Diese Männer haben die Mittel in den Händen, eine Staatsform zu

beenden, die sie für unvernünftig halten. ...<<

Dietrich Eckart wurde im Jahre 1921 der erste Hauptschriftleiter des "Völkischen Beobachters".

Im Jahre 1921 wurden im Deutschen Reich über 39.000 Ehen geschieden (1913 = rund 18.000 Ehescheidungen).

Das "Freiheitslied" des Mehmet Akif Ersoy (1873-1936) wurde im Jahre 1921 zur Türkischen Nationalhymne erklärt (x230/182):

>>Getrost der Morgenstern brach an,
Im neuen Licht weht unsre Fahn'.
Ja, du sollst wehen,
Solang ein letztes Heim noch steht,
Ein Herd raucht in unserem Vaterland.
Du unser Stern, du ewig strahlender Glanz,
Du bist unser, dein sind unsre Herzen ganz.

Nicht wend' sein Antlitz von uns,
O Halbmond, ewig sieggewohnt.
Scheine uns freundlich
Und schenke Frieden uns und Glück,
Dem Heldenvolk, das dir sein Blut geweiht.
Wahre die Freiheit uns, für die wir glüh'n,
Höchstes Gut dem Volk, das sich einst selbst befreit.<<

Infolge der systematischen faschistischen Terrormaßnahmen sank im Jahre 1921 die Mitgliederzahl der italienischen Landarbeitergewerkschaft von 889.000 auf 293.000 Mitglieder (x149/27).

Eine italienische Gewerkschaftszeitung berichtete im Jahre 1921 (x149/27): >>Der Faschismus kann keinesfalls auf dem Boden eines bewaffneten Kampfes geschlagen werden, sondern nur auf gesetzlichem. ...<<

Der italienische Politiker Giacomo Matteotti (1885-1924, ermordet - führender Sozialist und Gegner Mussolinis) berichtete im Jahre 1921 vor dem Parlament über die vielerorts erfolgten faschistischen Überfälle (x149/27): >>Mitten in der Nacht, während die Bevölkerung schläft, kommen die Lastwagen mit Faschisten in den kleinen Dörfern an, natürlich von den Häuptern der lokalen Agrarier (Grundbesitzer) begleitet, immer von ihnen angeführt, denn sonst wäre es nicht möglich, in der Dunkelheit, inmitten der weiten Landschaft, das Häuschen des Ligenführers oder das kleine erbärmliche Arbeitsvermittlungsbüro auszumachen.

Man nimmt vor einem Häuschen Aufstellung, und es ertönt der Befehl: "Das Haus umzingeln!"

Es sind 20 oder 100 Personen, mit Gewehren und Revolvern bewaffnet. Man ruft nach dem Ligenführer und befiehlt ihm herauszukommen. Wenn er kein Folge leistet, sagt man ihm: "Wenn du nicht herunter kommst, verbrennen wir das Haus, deine Frau und deine Kinder." Der Ligenführer kommt herunter; wenn er die Tür öffnet, packt man ihn, bindet ihn, schleppt ihn auf den Lastwagen, man läßt ihn die unaussprechlichsten Martern erleiden, indem man so tut, als wolle man ihn totschiessen oder ertränken, dann läßt man ihn irgendwo im Felde liegen, nackt, an einen Baum gebunden.

Wenn der Ligenführer ... die Tür nicht öffnet und Waffen zu seiner Verteidigung gebraucht, dann wird er sofort ermordet, im Kampf von hundert gegen einen.<<

Mussolini rechtfertigte im Jahre 1921 öffentlich die faschistischen Gewalttaten (x149/27):

>>Man spricht viel von der faschistischen Gewalttätigkeit. Wohlan, wir verleugnen sie nicht. ... Solange es notwendig sein wird, werden wir weiterhin die Schädel unserer Gegner mehr

oder weniger sanft streicheln, daß heißt, bis die Wahrheit in ihre Hirne eingedrungen ist. ...
Ins Parlament wird eine Patrouille von Faschisten gehen, die von Aggressivität erfüllt ist. ...
Und diese werden den Pussisten (Sozialisten) des ganzen zoologischen Gartens sagen: wenn ihr versucht, unsere Arbeit und die Arbeit der Nation zu sabotieren, dann werden wir euch hier und anderswo auf faschistische Weise die Knochen zerbrechen (gewaltiger Beifall).
Wir sind die Vorhut der Nation. Und wir werden weiterhin oberhalb des sogenannten Bürgertums und des sogenannten Proletariats arbeiten. ...<<

Premierminister David Lloyd George berichtete im Jahre 1921 über die britische Haltung gegenüber Osteuropa (x256/53): >>Das britische Volk glaube, die Menschen in diesem Teil Europas seien unbeständig und leicht erregbar. Jeden Augenblick könnten sie zu kämpfen beginnen, und es werde vielleicht sehr schwer sein, Recht und Unrecht in diesem Streit zu entwirren.

Er glaube daher nicht, daß sein Land bereit sei, Garantien zu geben, die es in irgendeinem möglichen Falle in diesem Teil der Welt in militärische Operationen verwickeln könnten. ...<<

Der englische Nationalökonom John M. Keynes schrieb im Jahre 1921 über den polnischen Antisemitismus, daß Polen eigentlich kein Gewerbe außer Judenhetze besitzen würde (x025/174).

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 21. Oktober 2022) über die antisemitischen Pogrome Anfang der zwanziger Jahre in Osteuropas: >>**Wenn Nachbarn zum Morden kommen**

Der US-Historiker Jeffrey Veidlinger klärt über antisemitische Pogrome Anfang der zwanziger Jahre in den "Bloodlands" Osteuropas auf

Von *Matthias Bäkermann*

Vor über elf Jahren warf der US-Historiker Timothy Snyder (Yale) mit dem Werk "Bloodlands" den Fokus auf den osteuropäischen "Gewaltraum" zwischen Finnischem Meerbusen und Schwarzmeerküste. Snyder stellte darin den Massenterror, die Deportationen und Mordexzesse im Baltikum, Weißrußland, Polen und der Ukraine dar, die nicht allein auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs beschränkt waren.

Auf diesen Pfaden wandelnd, hat sein Historikerkollege Jeffrey Veidlinger, Professor an der University of Michigan und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Jüdische Geschichte in New York, dieses Themenfeld für sein Fachgebiet konkretisiert, der Erforschung der jüdischen Kultur und Geschichte "im Schatten der Shtetl", wie ein Werk von 2015 über jüdisches Leben in der Sowjetukraine betitelt ist.

Dabei beleuchtet er, auf umfangreiche Archivforschung in den USA und der Ukraine gestützt, die antijüdischen Pogrome nach Ende des Ersten Weltkriegs in den zaristischen Westprovinzen Wolhynien und Podolien bis hin zu den Städten Kiew, Tscherkassy und Cherson am Dnjepr.

So ist es geradezu nachvollziehbar, daß der Verlag das Urteil Snyders, daß "an Veidlingers außergewöhnlicher Darstellung dieser jüdischen Katastrophe keiner herankommt", als Referenz angibt. Warum aber aus dem soziologisch gemeinten "Inmitten" des Originaltitels von 2021 (In the Midst of Civilized Europe) plötzlich die geographisch zu verstehende Übersetzung "Mitten im zivilisierten Europa" geworden ist, da kann in Zeiten des Ukraine-Krieges 2022 nur ein Schelm etwas Böses denken.

Bereits am 13. November 1918, zwei Tage nach dem Waffenstillstand von Compiègne, annullierte die sowjetrussische Regierung den Brest-Litowsker Friedensvertrag. Die deutschen Truppen zogen sich bis Ende 1918 rasch aus den von ihnen bis zum Don und der Krim besetzten Weiten zurück. In dieses Machtvakuum stießen schnell nationalistische Staatsgründungs- bzw. Staatsausdehnungsprojekte, politisch-soziale Aufstandsbewegungen oder die Frontlinien

des Russischen Bürgerkrieges. Bis 1921 blieb diese Region größtenteils Kriegsgebiet. Und auf eben diese unübersichtliche, in der westlichen Historiographie weitgehend unberücksichtigte Gemengelage richtet Veidlinger sein Augenmerk.

Im Eingangskapitel rekapituliert er die Geschichte antijüdischer Gewalt, die bereits zu Zarenzeiten regelmäßig zu Pogromen führte und jüdische Auswanderungswellen immer wieder anheizte. Die nachfolgende detaillierte Beschreibung einzelner Pogrome in Kleinstädten wie Ovrusch oder Proskuriv (heute Chmelnyzkyj) im Frühjahr 1919 unter Regie der ukrainischen Armee von Symon Petljura, dem heute in Kiew Denkmäler gewidmet sind, gibt einen Einblick, wie leicht das fragile Gesellschaftsgefüge zwischen Juden und der meist bäuerlichen Bevölkerung zerbrach und sich in mörderischen Übergriffen des Mobs entlud.

Die nationalistischen, bolschewistischen und wiederum antibolschewistischen Affekte schaukelten sich dabei zunehmend auf und forderten insgesamt über 100.000 Opfer. Nach 1941 war es Veidlinger zufolge dann für die Nationalsozialisten in der Ukraine ein leichtes, diese lokalen Erinnerungen für ihren Holocaust zu mobilisieren und zu nutzen.

Jeffrey Veidlinger: Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust. ... München 2022, ... 456 Seiten ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete später (am 20. November 2022) über den Antisemitismus in Polen: "Judenhetze in Polen": Simon Wiesenthal klagt an

_ von Gero Bernhardt

Antisemitismus hat in Polen eine lange Tradition. Unter der Regierung Grabski in den Jahren 1923 bis 1925 erreichte er einen Höhepunkt. Es gab antijüdische Pogrome, die Trennung von jüdischen und nicht-jüdischen Studenten, ja, sogar eine Art "Arierparagraphen" bei zahlreichen Verbänden und Vereinigungen.

Bei der Volkszählung 1931 gab es in Polen noch 2,73 Millionen Juden, von denen viele in den folgenden Jahren vor Verfolgung flüchten mußten. Das Institut für Zeitgeschichte in München stellte 1958 in einem Gutachten fest:

"Die Auswanderungswelle der deutschen Juden war nur ein Teil - und nicht einmal der größte - einer allgemeinen jüdischen Auswanderung aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Aus Polen wanderten in den Jahren nach 1933 jährlich etwa 100.000 Juden aus, sowohl wegen der wachsend antisemitischen Haltung der polnischen Regierung als auch wegen der immer mehr fortschreitenden wirtschaftlichen Verelendung der polnischen Juden."

1934 verlangte der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, die Ausweisung von zwei Millionen Juden. "Als Pilsudski 1935 starb", schreibt der deutsch-polnische Historiker Arno Lustiger in seinem Buch "Schalom Libertad", "konnten sich die Militär-Faschisten und die Endeki (die antisemitischen Nationaldemokraten) mit ihrer nach Nazimuster geschaffenen Miliz Blyskawica (Blitz) voll entfalten. Es gab in unzähligen Städten und Städtchen Polens Pogrome mit Todesopfern ... und unzähligen Sachzerstörungen."

Juden in polnischen KZs

Der sogenannte Nazi-Jäger Simon Wiesenthal bemerkte in seiner 1969 erschienenen Dokumentation "Judenhetze in Polen":

"Als man in Europa gegen die drohende Gewalt Hitlers rüstete, ... da hatte das polnische Parlament nichts Wichtigeres zu tun, als ein Schächtverbot wegen koscheren Fleisches zu diskutieren. Zur gleichen Zeit wurde zum Boykott gegen Juden aufgerufen, ein Boykott gegen jüdische Geschäfte. An den Universitäten führte man 'Tage ohne Juden' ein, und jüdische Studenten, die sich an die Universität wagten, wurden oft blutig geprügelt."

Juden, fährt Wiesenthal fort, seien im Vorkriegspolen sogar in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen worden. Unter der deutschen Besatzung hätten manche der polnischen Antisemiten an der Judenverfolgung mitgewirkt.

Antisemit kontrolliert die deutschen Ostgebiete

Als außerordentlich üble antijüdische Schlägerbande erwähnt Wiesenthal die Oboz Narodowo-Radikalny (ONR; auf Deutsch: National-Radikales Lager). Dieser Truppe habe sich ausgerechnet der spätere Leiter der polnischen Hauptkommission zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, Czeslaw Pilichowski (1914-1984), als Jurastudent angeschlossen und sich dort als besonders aktives Mitglied betätigt. Pilichowski habe diese Linie sogar nach 1945 fortgesetzt.

Wiesenthal berichtet:

"Nach dem Krieg tritt Pilichowski in die Kommunistische Partei ein, wird aber nach kurzer Zeit wegen seiner faschistischen Vergangenheit ausgeschlossen. Nach 1956 kommt er von Danzig nach Warschau und wird Sekretär der Gesellschaft für die Entwicklung der Westgebiete."

Mit "Westgebiete" sind übrigens die Oder-Neiße-Gebiete, aus denen zuvor Millionen von Deutschen vertrieben worden waren, gemeint. Ein notorischer Antisemit und Chauvinist kümmerte sich nun also um die Beute polnischen Landraubs.

"Anfang der Sechzigerjahre", so Wiesenthal über Pilichowski weiter, "wird er dank einer Befürwortung eines kommunistischen Aktivisten wieder in die Partei aufgenommen". Im Jahr 1966 sei er dann zum Direktor der Hauptkommission avanciert.

Nach dem Sechstagekrieg habe Pilichowski, der in der Bundesrepublik beispielsweise von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hofiert wurde, zu den "aggressivsten antisemitischen Artikelschreibern" gehört.

Was Warschau auf dem Kerbholz hat: In COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" zeigen wir, warum die Reparationsforderungen aus Warschau jeglicher Grundlage entbehren. Lesen Sie alles über polnische Konzentrationslager, Vertreibungsverbrechen, Pogrome, den Bromberger Blutsonntag und andere Schandtaten. ...<<

US-Präsident Warren Harding berichtete im Jahre 1921 über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland (x243/82): >>... Ich trete für den Schutz der amerikanischen Industrie ein, und unsere Absicht ist es, zuerst einmal Amerika gedeihen zu lassen.

Die Vorzüge des amerikanischen Marktes werden derzeit den ausländischen Produzenten zu billig angeboten, und das bedeutet, daß wir uns in vielen Produktionsbereichen nicht mehr auf uns selbst verlassen - gerade darauf aber gründete sich das unabhängige und glückliche Schicksal unseres Volkes.

Außerdem sollten die Importe ihren gerechten Anteil zu unserem Staatshaushalt beitragen.<< Im Jahre 1921 betrug der US-Export nach Deutschland rund 300 Millionen Dollar (x034/160). Im Jahre 1921 wurde der Council on Foreign Relations von der "Round Table-Gruppe" gegründet. Den innersten Kreis des CFR bildeten Mitglieder der Geheimgesellschaft "Skull & Bones". Diese halbgeheime Organisation spezialisierte sich zunächst auf die US-Außenpolitik und später auf internationale Angelegenheiten (Ziel: Erreichung eines Weltstaates mit einer Weltregierung") und zählt heute zu den einflußreichsten US-Organisationen.

Bekannte Mitglieder (CFR) von A-Z:

Albright; Madeleine (*1937-, amerikanische Politikerin, Demokratische Partei, 1993-97 Ständige Vertreterin der USA bei der UNO, 1997-2001 als erste Frau US-Außenministerin).

Baker, James (*1930-, amerikanischer Diplomat und Politiker, 1989-92 US-Außenminister).

Brzezinski, Zbigniew (1928-2017, amerikanischer Politikwissenschaftler, von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter).

Bush, George Herbert Walker (1924-2018, amerikanischer Politiker der republikanischen Partei, 1971-73 Botschafter bei der UNO, 1976-77 CIA-Direktor, 1981-89 US-Vizepräsident; 1989-93 der 41. Präsident der USA).

Bush, George Walker (*1946-, amerikanischer Politiker der republikanischen Partei, 1995-2000 Gouverneur von Texas, 2001-09 der 43. Präsident der USA, bildete nach den angeblichen Terroranschlägen auf die USA 2001 eine internationale Antiterrorkoalition und führte ab 2001 Militäraktionen in Afghanistan und 2003 Militärinterventionen im Irak durch).

Cheney, Richard (Dick) Bruce (*1941-, amerikanischer Politiker, Republikanische Partei, 1989-93 Verteidigungsminister, 2001-09 US-Vizepräsident).

Clinton, William (Bill) Jefferson (*1946-, amerikanischer Jurist und Politiker der demokratischen Partei, 1979-81 und 1983-93 Gouverneur von Arkansas, 1993-2001 der 42. Präsident der USA).

Eisenhower, Dwight David (1890-1969, amerikanischer Offizier und Politiker, seit 1944 Oberster Befehlshaber der verbündeten Landungsarmee, schied 1948 aus dem aktiven Dienst aus, 1953-61 der 34. Präsident der USA).

Epstein, Jeffrey (1953-2019, amerikanischer Investmentbanker, gründete 1982 ein Vermögensverwaltungsunternehmen für Milliardäre, zu seinen einflußreichen Freunden zählten u.a. Bill Clinton, Ehud Barak, Prinz Andrew, 2006 wegen Mißbrauch von Minderjährigen zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt, 2019 angeklagt, einen Sexhandelsring mit Minderjährigen betrieben zu haben, starb unter mysteriösen Umständen in einer New Yorker Haftanstalt).

Ford, Gerald Rudolph (1913-2006, amerikanischer Politiker, von 1973 bis 1974 republikanischer US-Vizepräsident, nach dem Rücktritt Nixons wegen der Watergate-Affäre von 1974-77 der 38. Präsident der USA).

Greenspan, Alan (*1926-, amerikanischer Wirtschaftsfachmann, Berater der Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford, 1987-2006 Vorsitzender der US-Notenbank Federal Reserve).

Humphrey, Hubert Horatio (1911-1978, amerikanischer Politiker, von 1965-69 Vizepräsident der USA, befürwortete die Vietnampolitik Johnsons).

Hoover, John Edgar (1895-1972, von 1935-72 Direktor des FBI).

Jackson, Jesse (*1941-, amerikanischer Politiker, Aktivist, Bürgerrechtler und Baptistenpastor).

Kissinger, Henry Alfred (*1923-, amerikanischer Politiker, 1973-77 US-Außenminister, erhielt 1973 für seine Bemühungen um den Waffenstillstand in Vietnam den Friedensnobelpreis).

Rockefeller, David (1915-2017, amerikanischer Bankier und Politiker, gründete im Jahre 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission").

Soros, George (*1930-, amerikanischer Wall Street-Spekulant und Unterstützer von linkslastigen Bürgerrechtsbewegungen).

Herbert Ludwig berichtete später (am 7. Januar 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die anglo-amerikanischen Elitenzirkel (x942/...): >>>Die anglo-amerikanische Lenkung der Welt durch Elitenzirkel. Die Entstehung von Chatham House und Council on Foreign Relations

Es ist inzwischen vielen Beobachtern des Weltgeschehens keine Neuigkeit, daß die Außenpolitik der USA und damit ihre imperialistische Ausbreitung über die ganze Welt vom *Council on Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen) mit Sitz in New York und Washington gesteuert wird.

Weniger bekannt ist seine enge historische, personelle und intentionale Verflechtung mit dem entsprechenden elitären Zirkel in England, dem *Royal Institute of International Affairs*, nach seinem Sitz auch *Chatham House* genannt. Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem umfangreichen Werk "Welt im Umbruch" der Entstehung und Zielsetzung beider Einrichtungen, die sich als private Think Tanks geben, detailliert nachgegangen.

Gemeinsamer Ursprung

Die Überzeugung, daß den Englisch-sprechenden Völkern, der "englischen Rasse", ein globaler Führungsanspruch gehöre, der sich in einer ständigen Weltherrschaft realisieren müsse, wurde in elitären Kreisen des britischen Empire und der USA schon seit Jahrhunderten gepflegt. Diese Idee nahm in vielfältigen persönlichen und institutionellen Verbindungen immer konkretere Gestalt an.

Im späten 19. Jahrhundert *hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muß, eine "Atlantische Gemeinschaft" der Anglo-Saxon race oder auch, synonym gebraucht English-speaking peoples, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit "die Welt beständig beherrschen würde".*

Zu diesen Kreisen zählt insbesondere die 1909 um Lord Alfred Milner gegründeten Round Table-Gruppe. Zentrale Gestalten dieser Gruppe, die intensiv für einen Krieg gegen Deutschland gearbeitet hatte, waren auch an den "Friedensverhandlungen von Versailles" beteiligt. Milner selbst, ab 1916 Mitglied des englischen Kriegskabinetts, war kurz Kriegsminister und gehörte als Kolonialminister zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages.

Sein enger Vertrauter und Schüler Philip Kerr war als Sekretär von Premier Lloyd George an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages beteiligt, und von ihm stammte die Formulierung des Alleinschuld-Paragrafen 231, der "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich" machte, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Trotzdem entsprach die 1919/20 entstandene Nachkriegsregelung nicht den Erwartungen des Milner-Kreises. Seine Pläne einer anglo-amerikanisch geführten wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Welt hatten durch den Rückzug der USA in eine wieder mehr isolationistische Position einen herben Rückschlag erlitten. Europa sollte im eigenen Saft schmoren, war die Stimmung in der amerikanischen Politik, und der Senat lehnte die Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung des Völkerbundes ab. Damit war das Vorhaben, eine "Atlantische Gemeinschaft" zu schaffen, im ersten Anlauf gescheitert.

Doch viele der britischen und amerikanischen "Experten" hatten bei den Verhandlungen in Paris Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen, die zu den im Round Table schon bestehenden hinzukamen. Der von der US-Bank J. P. Morgan & Co als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas W. Lamont und Lord Robert Cecil vom Round Table faßten *den Entschluß, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen und "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflußreichsten sind und am meisten Wissen, Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen können."*

Am 30. Mai 1919 trafen sich im Pariser Hotel Majestic, dem Hauptquartier der britischen Delegation, eine britische und eine amerikanische Gruppe unter der Federführung der Briten und Round Table - Mitglieder Lionel Curtis, Philip Kerr, Lord Robert Cecil, Geoffrey Dawson und anderen sowie die Amerikaner Thomas W. Lamont, Tasker Bliss (Ex-Generalstabschef der US-Armee), Oberst Edward House (engster Vertrauter außenpolitischer Berater Präsident Wilsons) neben weiteren und einigten sich darauf, *auf privater Grundlage eine forschende und beratende politikwissenschaftliche Einrichtung mit Niederlassungen in London und New York entstehen zu lassen, welche die Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik anregen, fördern und lebendig erhalten sollte. ...*

Nachdem Robert Cecil und Thomas Lamont die Gemeinsamkeiten von Briten und Amerika-

nern gepriesen hatten, betonte Lionel Curtis anschließend in seiner Rede: Der zukünftige Frieden "würde davon abhängen, inwieweit die öffentliche Meinung in diesen Ländern richtig oder falsch wäre. Die richtige öffentliche Meinung wird in der Hauptsache von einer kleinen Zahl von Menschen hervorgebracht, die in wirklichem Kontakt zu den Tatsachen stehen und die Angelegenheiten durchdacht haben."

Ein Komitee, bestehend aus dem Briten Lionel Curtis und den Amerikanern Isaiah Bowman, Whitney Shepardson und James T. Shotwell, sollte das weitere Vorgehen im Detail ausarbeiten, um ein gemeinsames anglo-amerikanisches "Zentrum der maßgeblichen Meinung" zu begründen. In jedem der beiden Länder sollte ein Institut eingerichtet werden, "das als eine Telefonzentrale zwischen ein paar hundert Menschen in jedem Land tätig sein würde. Diese würden die Außenpolitik verwalten und die öffentliche Meinung zum Thema erzeugen."

Der Lebensraum von Lionel Curtis, von früh auf ein glühender Jünger Alfred Milners, ging in Erfüllung. Was unter dessen Führung zehn Jahre zuvor als Strategie konzipiert und im Round Table weiter bearbeitet worden war, begann konkrete Gestalt anzunehmen. In den USA herrschte allerdings in der Öffentlichkeit eine antibritisch aufgeladene Stimmung, die es den amerikanischen Kumpanen vorerst nicht geraten erscheinen ließ, in dieser Situation eine anglo-amerikanische Einrichtung zu gründen.

Royal Institute of International Affairs

In London dagegen wurde am 5. Juli 1920 das British (seit 1926 Royal) Institute of International Affairs (RIIA) gegründet. Es war von Anfang an fest in den Händen der Milner-Gruppe, insbesondere von Lionel Curtis, der sich gemeinsam mit D. M. Gathorne-Hardy um die Organisation kümmerte, und zum Beirat der Einrichtung zählten stets zahlreiche Personen, die dem Round-Table-Kreis nahestanden. "Zu dem kleinen Stab von festen Angestellten gehörte von der ersten Stunde an der Historiker Arnold J. Toynbee."

Die Mitgliederzahl wuchs von 300 Personen im Jahr 1920 auf 2.414 im Jahr 1936. Dank der Initiative von Lionel Curtis konnte RIIA 1923 die Räumlichkeiten des "Chatham House" auf dem Londoner St. James Square beziehen. Seit 1927 wurde die Hauszeitschrift unter dem Titel "International Affairs" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ...

In Chatham House wurden in den folgenden Jahren Konferenzen und Diskussionsrunden abgehalten. Studiengruppen zu bestimmten weltpolitischen Themen eingerichtet, deren Thesen die hauseigene Zeitschrift veröffentlichte. "Politik" wurde in den Rang einer "objektiven" Wissenschaft erhoben, um an Autorität in der Öffentlichkeit zu gewinnen und den regierenden Kreisen faktische Orientierung zu gewährleisten.

Seit 2004 nennt sich das Institute "Chatham House" und ist auch heute noch der führende britische "Think Tank", wie die verschleierte Sprachregelung heißt. Von den bearbeiteten Themen werden "einzelne Schlüsselprojekte von der Rockefeller Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der Nato oder der EU finanziert und gesponsert", berichtet Wikipedia, worin sich die Weite des bestimmenden atlantischen Einflusses auf die westliche Politik spiegelt. Aber die Verflechtung reicht noch weiter:

"Neben den *Corporate Members*, bestehend aus 75 Großkonzernen, Investmentbanken, Energiekonzernen und 263 weiteren Firmen, zählt das Chatham House derzeit 2.770 international tätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft, Politik und Medien aus 75 Ländern zu seinen Mitgliedern und verfügte im Jahre 2012 über ein aus Wirtschaft, Stiftungen und Mitgliederbeiträgen generiertes Budget von 12 Mio. Euro" (Wikipedia).

Council on Foreign Relations in den USA

Im Round-Table schaute man 1920 mit Sorge nach Amerika. Man sah die Gefahr, daß die USA für die britischen Dominions ein gefährlicher Rivale auf den Weltmeeren werden könnten, woraus ein "Sog in Richtung Wettbewerb mit einem unweigerlichen Ende, einem weiteren Weltkrieg", entstünde, wie Philip Kerr in einem Brief schrieb.

Daher nannte sein Freund Robert Brand als ein Haupt-Motiv der Round-Table-Politik die Stärkung der Bande zwischen den englischsprachigen Völkern. Kerr und Curtis waren der Auffassung, die Amerikaner müßten zu ihrer Aufgabe in der Welt erzogen werden, "denn sie hätten noch 'einen kindlichen Glauben in die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faires'." Das in den USA noch zu gründende Institut müsse wie Chatham House die Aufgabe haben, die "öffentliche Meinung" zu erziehen.

1921 war es auch in den USA soweit. Bereits am 1. Juni 1918 hatte hier der Morgan-Partner Elihu Root anlässlich eines Abendessens für dreißig geladene Gäste aus der Finanz- und Anwaltswelt im New Yorker Metropolitan Club einen außenpolitischen "Dinner-Club" mit Namen Council on Foreign Relations gegründet. Wenige Monate später schlugen ihm Isaiah Bowman und Whitney Shepardson vor, seinen Club mit dem Vorhaben der 21 Experten aus Paris zusammenzulegen.

"Aus dieser Fusion entstand in New York am 29. Juli 1921 das amerikanische Pendant des RIIA, das private Council on Foreign Relations (CFR) mit der Hauszeitschrift Foreign Affairs, das personell wie finanziell eng an J. P. Morgan & Co gebunden war." An der Gründung maßgeblich beteiligt waren Oberst Edward House, dessen Mitarbeiter in der Beratung Präsident Wilsons, der einflußreiche Journalist Walter Lippmann und die deutsch-stämmigen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn (Wikipedia). "Im CFR führend wurden alte Round-Table-Kontakte wie Shotwell, Coolidge, Lamont, John W. Davis, Norman H. Davis, Charles P. Howland, Paul D. Cravath, Bowman und Shepardson."

Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert, das die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA weitgehend bestimmt.

"Die Aufgaben des CFR sind zum einen die Arbeit in den Diskussions- und Studiengruppen, zum zweiten Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eine pro-internationalistische Außenpolitik der USA zu fördern und schließlich die Arbeit im Formulierungsprozeß US-amerikanischer Außenpolitik."

Auch für den CFR finanziert die Rockefeller-Stiftung wichtige Projekte, und eine seiner wichtigsten Säulen, das *David Rockefeller Studies Program*, trägt den Rockefeller-Namen. "Es beschäftigt 70 hauptberufliche sogenannte CFR-Fellows, die wirtschaftliche und politische Expertisen erarbeiten und über das bestehende Netzwerk an Entscheidungsträger übermitteln." (Wikipedia)

Die theoretische Grundlegung der Eliten-Herrschaft

Dem *kindlichen Glauben der Amerikaner an die Tugenden der Demokratie*, den die Round-Tabler Kerr und Curtis beklagt hatten, ging der ihren Ideen verbundene CFR-Mann Walter Lippmann gründlich zu Leibe. In seinem 1922 veröffentlichten Buch *Öffentliche Meinung*, einem der einflußreichsten Bücher seiner Zeit, zerlegte er die Vorstellung von der Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie. Er hielt es für unhaltbar, daß jeder Durchschnittsbürger nach Studium der Tatsachen ein zutreffendes Urteil über politische und gesellschaftliche Fragen fällen könne.

"Stark beeinflusst von der philosophischen Richtung des Pragmatismus, die sein akademischer Lehrer in Harvard, der Philosoph William James, mitbegründet hatte, stritt Lippmann ab, daß der Mensch kraft seines Denkens zu einer realitäts- und wahrheitsgemäßen Erkenntnis gelangen könne. Der handelnde Mensch könne das Denken nur als eine Art Hilfe benutzen, um Tatsachen und Informationen der äußeren Welt zu sammeln, zu kombinieren und zu Ideen zusammenzufassen."

Abgesehen davon, daß diese Erkenntnistheorie, auf sich selbst angewendet, dann ebenfalls keine *realitäts- und wahrheitsgemäße Erkenntnis* sein kann und so in sich zusammenfällt,

verfiel Lippmann dann im weiteren in die Inkonsequenz, die Experten von diesem behaupteten allgemeinen menschlichen Unvermögen auszunehmen und sie nur auf den Durchschnittsmenschen zu beziehen.

Bei diesem komme ein weiterer Mangel hinzu. Der Mensch verzerre die Wahrnehmung von Realität notwendigerweise durch Emotionen, Gewohnheiten und Vorurteile. Er sehe nur, was er suche, zu was er durch Erziehung und Erfahrung geführt werde. Sein Urteil erfolge gemäß den Stereotypen, die ihm sein kulturelles Umfeld auferlege. Für den Durchschnittsbürger sei die Welt viel zu groß und zu kompliziert für sein Verständnisvermögen. Man dürfe dem Urdogma der Demokratie nicht mehr glauben:

"Das Wissen, das man zur Bewältigung der menschlichen Angelegenheiten braucht, entspringt spontan dem menschlichen Herzen." Man müsse sich von "der unerträglichen und undurchführbaren Fiktion" verabschieden, "daß jeder von uns eine kompetente Meinung über öffentliche Angelegenheiten erwerben müsse." Das sei eben grundsätzlich nicht möglich.

Politische und soziale Themen sollten besonderen Experten vorbehalten bleiben, die sich in eigens geschaffenen Instituten und Einrichtungen durch ihre wissenschaftlichen Methoden über die gesellschaftlichen "Stereotypen" hinwegsetzen könnten. "Ihr Rat solle das Urteil der Regierenden vorformen, und die Regierung solle das Urteil der Öffentlichkeit zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegen." Was auch wieder inkonsequent und wohl als eine Konzession gedacht ist. Denn, so Lippmann wörtlich:

"Das allgemeine Interesse entzieht sich zum größten Teil vollständig der öffentlichen Meinung und kann nur von einer spezialisierten Klasse gehandhabt werden." Dem Außenstehenden stehe ein eigenes Urteil über die ausschlaggebenden Tatsachen nicht zu. Aufgabe der Medien sei es, wie ein Scheinwerfer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. "Wahrheit" könnten die Medien aber nicht vermitteln.

In seinem 1925 veröffentlichten Folgeband *Die Phantomöffentlichkeit* wurde Lippmann noch drastischer. "Der Durchschnittsbürger besitze weder die Fähigkeit noch das Interesse, das gesellschaftliche Leben zu gestalten. Die Theorie der direkten Demokratie sei schlichtweg falsch, sie gehe von einer Abstraktion, eben einer 'Phantomöffentlichkeit' aus. Man müsse vielmehr zwischen Insiders und Outsiders unterscheiden - zwischen jenen, die Zugang zu Informationen besäßen, und jenen, die keinen Zugang hätten."

Ein Kritiker schrieb dazu, Lippmann wolle "eine Aristokratie des Geistes und des Charakters verwirklichen, deren Mitglieder sich der Aufgabe widmen, die Demokratie zum Besten zu gestalten, ob es der Pöbel will oder nicht."

In der Tat ist es ein zentraler Angriff auf die Früchte der gesamten europäischen Geistesentwicklung, die in den wachsenden Fähigkeiten und dem tiefen Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit jeder menschlichen Individualität bestehen. Lippmann lieferte den theoretischen Rahmen, in dem aus "Think-Tanks" genannten Hintergrund-Instituten eine neue Aristokratie in arroganter Selbstgewißheit das öffentliche Leben über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg gestaltet.

Das bedeutet ein reaktionäres Zurückführen der Entwicklung in die Zeit der Adelherrschaft vor der Französischen Revolution. Dabei dient die ganze Theorie einer prinzipiell notwendigen Elitenherrschaft nur als Fassade, hinter der die gruppenegoistischen Interessen dieser Eliten verfolgt werden. *Chatham House* und *Council on Foreign Relations* bilden mit ihren Ablegern in vielen Ländern die einflußreichsten dieser Machtschmieden, von denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen des anglo-amerikanischen Imperialismus vorbereitet und gesteuert werden.

... Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014 ...<<

Mit sowjetrussischer Hilfe gelang es den Persern nach einem Staatsstreich im Jahre 1921, die britischen Besatzungstruppen aus dem Land zu drängen.

Bei einem Vorstoß der spanischen Truppen ereignete sich im Jahre 1921 bei Annual eine militärische Katastrophe, bei der die marokkanischen Rebellen über 10.000 spanische Soldaten töteten. Spanien verlor außerdem fast alle seit 1909 eroberten Gebiete in Marokko.

1922

Hitler wurde am 12. Januar 1922 wegen Landfriedensbruch (Schlägereien während verschiedener Versammlungen im Herbst 1921) zu einer Haftstrafe von 3 Monaten verurteilt, die er später in Stadelheim absitzen mußte.

Deutsche Juden gründeten am 15. Januar 1922 in Berlin einen Fonds für den Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina.

Die Inflation führte zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1922 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 97,8 % (x149/42).

Benito Mussolini berichtete Anfang 1922 in der faschistischen Zeitung "Gerarchia" über das Ende der Demokratie (x149/26): >>"Alle" ist das wichtigste Zahlwort der Demokratie. ... Es ist an der Zeit, "Wenige und Auserwählte" zu sagen. Die Demokratie liegt in allen Ländern der Welt in den letzten Zügen: in einigen, wie in Rußland, ist sie umgebracht worden. ...

Der Krieg hat "revolutionär" gewirkt, in dem Sinne, daß er – mit Strömen Blutes – das Jahrhundert der Demokratie liquidierte, das Jahrhundert der Massen, der Zahl, der Majoritäten. ...

Das Leben gehört wieder dem Einzelwesen. Eine klassische Erneuerung ist im Gange. Die anonyme, trübselige, demokratische Gleichmacherei ... hört auf. Neue Aristokratien bilden sich: es zeigt sich deutlich, daß die Massen nicht die Träger, sondern nur das Instrument der Geschichte sein können. ...<<

Die bayerische Regierung beschäftigte sich am 10. März 1922 mit der Ausweisung Hitlers nach Österreich.

Außenminister Walther Rathenau (1867-1922, herausragender deutscher Unternehmer und Politiker der Weimarer Republik) schloß am 16. April 1922 in Rapallo einen deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (Rapallo-Vertrag) ab. Beide Regierungen nahmen wieder diplomatische Beziehungen auf und vereinbarten, die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen fanden ferner deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen über militärische Beziehungen statt (Gestellung von Truppenübungsplätzen in Sowjet-Rußland für deutsche Hilfe bei der sowjetischen Rüstungsproduktion und Ausbildung von sowjetischen Offizieren).

Der "Vertrag von Rapallo" enthielt außerdem den sowjetischen Verzicht auf jegliche Kriegsentschädigungen, so daß Frankreich die russischen Vorkriegsschulden nicht wie geplant auf das Deutsche Reich abwälzen konnte (x041/86). Das Deutsche Reich verzichtete im Gegenzug auf das in Sowjet-Rußland verstaatlichte deutsche Vermögen (x092/797).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Rapallo-Vertrag" (x051/464): >>Rapallo-Vertrag, am 16.4.22 während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua (10. 4.-19.5.) in Rapallo (Norditalien) abgeschlossener Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, unterzeichnet von den Außenministern Rathenau und Tschitscherin.

Der Rapallo-Vertrag diente der Regelung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Staaten verzichteten gegenseitig auf Erstattung ihrer Kriegskosten und der militärischen und zivilen Kriegsschäden, Deutschland außerdem auf die Erstattung des in der UdSSR verstaatlichten deutschen Vermögens, und vereinbarten, ihre Wirtschaftsbeziehungen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung zu regeln und diplomatische und konsularische Beziehungen aufzunehmen.

Durch ein am 5.11.22 in Berlin geschlossenes Abkommen wurde der Rapallo-Vertrag auf die anderen sowjetischen Bundesstaaten ausgeweitet; am 31.1.23 wurde er in Berlin ratifiziert.

Mit dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22.6.41 wurde der Rapallo-Vertrag außer Kraft gesetzt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete später (am 10. März 2022) über den Vertrag von Rapallo: >>**Der Geist von Rapallo: Realpolitik mit Moskau statt Sklave der Westmächte**

Walther Rathenau ermöglichte 1922 Deutschland einen Weg aus der Umklammerung durch die Westmächte und schloß überraschend ein Bündnis mit Sowjetrußland. ...

_ von Rolf Stolz

Als am 16. April 1922 im Badeort Rapallo am Rande der Finanz- und Wirtschaftskonferenz von Genua das Deutsche Reich und die Vertreter der - offiziell erst ein halbes Jahr später gegründeten - Sowjetunion überraschend einen Vertrag schlossen, fanden sich zwei welt-politisch Geächtete zusammen, die eine Zusammenarbeit vereinbarten und auf Reparationsforderungen verzichteten. Der von den beiden Außenministern Georgi Tschitscherin (1872-1936) und Walther Rathenau (1867-1922) unterzeichnete Vertrag brachte der sowjetischen Regierung erstmals völkerrechtliche Anerkennung und wertete sie international auf.

Auch das Deutsche Reich wurde in seiner schwierigen Position gegenüber den imperialistischen Westmächten gestärkt, die ihm und seinen Verbündeten im sogenannten "Friedensvertrag" von Versailles vom Juni 1919 die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zugeschoben hatten, um Annexionen zu rechtfertigen und räuberische Reparationen zu erpressen.

Der feige Mord

Zwei Monate nach dem Überraschungscoup von Rapallo war Walter Rathenau tot. Es bleibt eine vielleicht unlösbare, aber dennoch lohnende Aufgabe, nachzuforschen, ob es nicht bisher unbekannte Drahtzieher seiner Ermordung gab, die ganz andere Interessen hatten als die zur rechtsextremen Organisation Consul gehörenden Attentäter. Natürlich geschehen viele Dinge, ohne daß Geheimdienste ihre Finger im Spiel haben, aber eben nicht alle.

Die "Fememörder" - der Kieler Jurastudent und Ex-Marineoffizier Erwin Kern, am 17. Juli 1922 auf der Burg Saaleck von der Polizei erschossen, und der Chemnitzer Maschinenbauingenieur Hermann Fischer, der nach dem Tod Kerns Selbstmord beging - wollten, wie der an der Mordplanung beteiligte und deshalb zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte Ernst von Salomon schrieb, eine "nationale Revolution" auslösen.

Aber auf den Tod des Mitbegründers der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Großindustriellen und einflußreichen Publizisten Rathenau hatten es auch noch andere Kräfte abgesehen, und zwar aus gänzlich differenten Gründen. Bedenken muß man: Die gesamte nationalistische Rechte hatte den Vertrag von Rapallo ausdrücklich begrüßt. Zumindest ihre denkfähigen Vertreter wussten durchaus, daß Rathenau sich im Herbst 1918 gegen den Waffenstillstand gestellt und für eine Kriegsfortführung plädiert hatte, um stark genug zu sein, bessere Friedensbedingungen für die Mittelmächte zu erreichen.

Während der bestialisch-dumme deutsche Chauvinisten-Pöbel noch über das "Verrecken" der "Judensau" jubelte, rieben sich in den Chefetagen der Westmächte die maßgeblichen Leute die Hände, hatte doch mit dem Tod Rathenaus die ihnen gefährlich werdende deutsch-sowjetische Zusammenarbeit einen schweren Schlag erlitten.

Rathenaus Nachfolger

Aber anders als man in London, Paris, Washington und Warschau gehofft hatte, setzte Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1929), der "letzte Bismarckianer" und 1918/19 der erste demokratische Außenminister Deutschlands, das Werk Rathenaus fort. Im November 1922 wurde er Botschafter in Moskau und versuchte, ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion aufzubauen, zugleich aber eine zu enge Anlehnung Deutschlands zu vermeiden, die unweigerlich den westlichen Druck auf die Weimarer Republik verstärkt hätte.

Die heimliche militärische Zusammenarbeit mit der Roten Armee lehnte er deshalb im Gegensatz zur Reichswehrführung ab. Er, der im Juni 1919 wegen des Versailler Vertrags, den er als "Verbrechen an Deutschland" bezeichnete, mit dem gesamten Kabinett Scheidemann zurückgetreten war, hatte stets versucht, mittels einer multilateralen Kooperations- und Bündnispolitik Auswege aus Deutschlands schwieriger Mittellage und seiner Ausplünderung durch die Westmächte zu finden. Der Abschluß des Berliner Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR am 24. April 1926 war im wesentlichen sein Verdienst.

Druck auf die Westmächte stieg an

Der Vertrag enthielt die Zusicherung Deutschlands, im Falle eines Krieges der Sowjetunion gegen einen Drittstaat neutral zu bleiben, was eine Intervention Frankreichs an der Seite Polens erheblich erschwert bzw. unwahrscheinlicher gemacht hätte. Der Berliner Vertrag setzte die Rapallo-Politik fort und bewies, daß Deutschland nach den sieben mit den westlichen Mächten und Italien geschlossenen Locarno-Verträgen vom Oktober 1925 weiter freundschaftlich mit der UdSSR zusammenarbeiten wollte. Diese Verträge waren überhaupt nur zustande gekommen, weil die deutsch-sowjetische Verständigung Druck auf die Westmächte ausübte, ihr Verhältnis zu Deutschland zu normalisieren.

Gustav Stresemann (1878-1929), der deutsche Außenminister und Architekt der Locarno-Verträge, sagte ganz zu Recht, daß er mit ihnen keine einseitige Westorientierung vertreten habe: "Ich habe nie mehr an unsern Osten gedacht als in der Zeit, wo ich mit dem Westen eine Verständigung suchte."

Drohung mit der Ruhrbesetzung

Sein Ziel war dabei, die Sowjetunion zu "mäßigen", zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ein neutraler und fairer Vermittler zu sein und die Interessen der deutschen Minderheiten in Osteuropa zu wahren.

Deutschland, das vor 1918 eine eigenständige imperialistische Weltpolitik verfolgt hatte, war mit dem Ende des Ersten Weltkriegs eine unterdrückte, von Annexionen betroffene Nation und ein teils okkupiertes Land. Die französisch-belgische Besetzung Düsseldorfs und Duisburgs am 8. März 1921 war nur der Anfang einer Politik, die das industrielle Herz Deutschlands nach dem Vorbild des von 1920 bis 1935 abgetrennten Saargebietes Frankreich eingliedern wollte.

Es folgte am 5. Mai 1921 im Londoner Ultimatum die offene Androhung der Ruhrbesetzung, um den Zahlungsplan für 132 Milliarden Goldmark-Reparationen durchzudrücken, und schließlich die erst durch den Dawes-Plan beendete Besetzung des Ruhrgebiets und von Teilen des Rheinlands zwischen Januar 1923 und August 1925 mit 137 Toten.

"Abgrund von Feindschaft und Konflikten"

Walter Rathenau hatte über den von den Mittelmächten am 3. März 1918 dem bolschewistischen Rußland diktierten Frieden von Brest-Litowsk sehr zutreffend geurteilt, durch ihn würde das kaiserliche Deutschland in "einem Abgrund von Feindschaft und Konflikten leben".

Genau das bewahrheitete sich - statt durch einen schnellen und gerechten Frieden alle Kräfte auf einen Sieg im Westen zu konzentrieren, verstrickten sich die Mittelmächte in den osteuropäischen Wirren und verschuldeten so das Scheitern ihrer Frühjahrsoffensive im Westen zwischen März und Juli 1918. Man hätte im eigenen Interesse das am 9. Dezember 1917 unterbreitete Angebot der russischen Delegation annehmen sollen, welches den Verzicht auf Annexionen und Reparationen, eine schnelle Räumung aller besetzten Gebiete und die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker einschloß.

Das besetzte Deutschland

Auch wenn der Friede von Brest-Litowsk sich bei all seinen Fehlern und Fragwürdigkeiten ganz anders als der Versailler Vertrag im Wesentlichen am Selbstbestimmungsrecht der

Völker orientierte (Unabhängigkeit von Litauen, der Ukraine und Georgien) und in vielem die heutige, von jahrzehntelanger russischer Unterdrückung befreite Gliederung des östlichen Europa vorwegnahm, steht er doch am Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung, die schließlich 1941 zum deutschen Krieg gegen die Sowjetunion führte, der in jedem Fall eine verhängnisvolle Idiotie und ein Verbrechen an beiden Ländern war.

Ganz im Gegensatz dazu stehen die Verträge von Rapallo 1922 und von Berlin 1926 in der großen Tradition deutsch-russischer Verbundenheit, wie sie seit Tauroggen 1812 bestand. Eine wesentliche Voraussetzung für den Vertrag von Rapallo bildete die von Frankreich seit 1919 betriebene Teilung Oberschlesiens, die im Juni 1922 zur Übergabe Ostoberschlesiens an Polen führte. In der Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Provinz vom 20. März 1921 hatten 59,4 Prozent für Deutschland und nur 40,6 Prozent für Polen gestimmt.

Auch viele polnische Schlesier hatten sich damals für Deutschland entschieden und sich damit zugleich gegen einen Staat gestellt, der durch seinen extremen Chauvinismus, seine zunächst erfolgreichen Eroberungszüge gen Osten, seine Diskriminierung aller religiösen Minderheiten (besonders der Juden und der polnischen Protestanten) und des nichtpolnischen Drittels der Bevölkerung (der Deutschen, Weißrussen, Litauer, Ukrainer) selbst ruinierte, bis schließlich unter dem Außenminister Józef Beck der Versuch, den Aufstieg Polens zur ostmitteleuropäischen Hegemonialmacht im Rahmen eines "neuen Europa von der Ostsee bis zur Adria" gewaltsam durchzusetzen, zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beitrug.<<

Staatspräsident Raymond Poincaré informierte den französischen Botschafter in London am 2. Mai 1922 über den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo (x243/31): >>... Es liegt auf der Hand, daß ganz Deutschland ... darin den ersten Schritt zu einer engen Annäherung an Rußland sieht, die ihm helfen soll, die Westmächte in Schach zu halten und seine Revanche vorzubereiten.<<

Der Völkerbund verhinderte am 22. Juni 1922 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Nicht Polen, sondern der Völkerbund ist der militärische Schutzherr Danzigs. ...<<

Außenminister Walther Rathenau (ein fähiger, unermüdlicher Staatsmann und begabter Wissenschaftler, der seit längerer Zeit von den Rechtradikalen als "Bolschewikenknecht" verunglimpft wurde) fiel am 24. Juni 1922 einem Mordanschlag der rechtsradikalen "Organisation Consul" zum Opfer.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die rechtsradikale "Organisation Consul" (x051/431): >>Organisation Consul, nach Auflösung des Freikorps Marinebrigade Ehrhardt nach dem Kapp-Putsch 1920 entstandene rechtsradikale Nachfolgeorganisation.

Die Organisation Consul hatte ausgesprochenen Geheimbundcharakter, gab sich eine radikal antirepublikanische Satzung und verlangte von den rund 5.000 Mitgliedern, meist ehemalige Offiziere, unbedingten Gehorsam: "Verräter verfallen der Feme!"

Unter dem Decknamen Consul Eichmann leitete Ehrhardt die Organisation Consul von München aus mit seinem Adjutanten Salomon, der mit anderen Organisationsmitgliedern den Mord an Rathenau organisierte. Auch Erzberger war ein Opfer der Organisation Consul, die 1922 durch Republikschutzgesetz aufgelöst wurde, aber im "Bund Wiking" noch bis 1928 weiterbestand.

Die politischen Anschläge der Organisation Consul gegen Juden, Sozialdemokraten u.a. konnten mit der Sympathie der nationalen Rechten und Teilen des bürgerlichen Lagers rechnen, die Täter mit einer milden, weil parteiischen Justiz.<<

Die deutsche Reichsregierung ersuchte die Reparationskommission am 8. Juli 1922 um einen Zahlungsaufschub.

In London befürwortete der Internationale Friedenskongreß (25.-27.07.1922) die Revision des Versailler Vertrages, wie z.B. die nochmalige Prüfung der Räumung des Rheinlandes, Rück-

gabe des Saargebietes, Annullierung der Schulden und des allgemeinen Abrüstungsabkommens (x034/175).

Die Inflation führte zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Juli 1922 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 99,1 % (x149/42).

Reichskanzler Josef Wirth (1879-1956, Zentrum) war nicht bereit, die damalige Ostgrenze zu akzeptieren.

Reichskanzler Wirth teilte dem deutschen Botschafter in Moskau im Juli 1922 mit (x149/45):
>>... Polen muß erledigt werden ... Ich schließe keine Verträge, durch die Polen gestärkt werden könnte.<<

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" am 11. August 1922 offiziell zur Nationalhymne der Deutschen Republik.

Der ehemalige deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau) schrieb am 15. August 1922 in einer Denkschrift über die deutsche Ostpolitik (x245/264-265): >>... Die Epigonen (Nachahmer ohne Schöpferkraft) Bismarcks haben sein stolzes Erbe stümperhaft vergeudet. ...

Das Verhängnis ist über uns hereingebrochen; furchtbarer als der gehässigste Feind wagen konnte zu hoffen. Deutschland liegt wehrlos am Boden. ...

Weder dem Westen noch dem Osten ist unsere Ohnmacht verborgen. Das Zünglein an der Waage sind wir längst nicht mehr, aber die geringste Unvorsichtigkeit, die wir begehen, genügt, einen Weltbrand zu entzünden, der das Reich zertrümmert und dem deutschen Volke die Existenz kosten kann.

Aktive Bündnispolitik zu treiben, wäre für einen deutschen Staatsmann daher vorderhand verfrüht; die Möglichkeit für einen späteren Zeitpunkt muß er sich aber offen halten.

Geben wir uns keiner Täuschung hin: der wichtigste Aktivposten, den wir heute für die Russen bedeuten, ist die Möglichkeit, uns bloßzustellen. Diese Tatsache schließt selbstverständlich nicht aus, anzuhören, was sie uns auch in militärischen Fragen zu sagen haben, und bei dieser Gelegenheit darauf zu dringen, zu erfahren, was sie mit den Alliierten verhandeln.

Jeder Anschein einer militärischen Bindung unsererseits im Osten würde die nachteiligsten Wirkungen auf unsere Beziehungen zum Westen ausüben; ignorieren dürfen wir diese, jedenfalls soweit England in Betracht kommt, in der Zwangslage, in der wir uns befinden, und angesichts der Unklarheit und Unsicherheit der russischen Zustände aber keinesfalls.

Kein ernsthafter Politiker wird sich der Ansicht verschließen, daß Frankreich mit Wahnsinn, aber mit Methode auf unsere Vernichtung hinarbeitet. Ob der nationale Block und die Politik Poincarés noch von langer Dauer sein werden, ist für die Politik, die wir gegenwärtig, angesichts unserer Politik zu Rußland, zu verfolgen haben, belanglos.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Entscheidungen, die heute zu treffen sind, bleibt hingegen, daß England offenbar sich durch Frankreich nicht nur politisch, sondern auch militärisch (Unterseeboote, Flugzeuge) bedroht fühlt. ...

Der schwere Nachteil des Rapallo-Vertrages liegt in den militärischen Befürchtungen, die sich an ihn knüpfen. Lloyd George hat diesen Besorgnissen unlängst in einer Rede Ausdruck gegeben, in der er wörtlich ausführte, daß der Frieden der Welt durch ein hungerndes, von einem rachedurstigen Deutschland "equipiertes" Rußland ernstlich gefährdet werde.

Wir müssen also damit rechnen, daß England uns im Verdacht hat, eine Revanche mit Rußland vorzubereiten, und daß es in der Lage ist, falls entsprechende Vereinbarungen wirklich getroffen oder im Werden wären, uns diese nachzuweisen.

Der Einwurf, daß wir um den Preis der Befreiung aus unserer trostlosen Lage, auch dieses Risiko in Kauf nehmen müssen, liegt nahe und wäre berechtigt, wenn eine solche Aktion tatsächlich die Gewähr für einen Erfolg böte. Das ist aber nicht der Fall. Das Unternehmen wäre vielmehr zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Die Gründe dafür liegen sowohl auf deutscher wie

auf russischer Seite. ...

Zu hoffen wäre, daß ein wirklich enges Verhältnis Deutschlands zu Rußland genügen könnte, das Verbrechen von Versailles zu sühnen, und daß eine friedliche Entwicklung wieder gut macht, was an Deutschland gesündigt worden ist. ...

Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik wäre im gegenwärtigen Augenblick nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt.

Verfrüht ist sie, weil wir wirtschaftlich ebenso wie Rußland außerstande sind, uns auf ein derartiges Experiment einzulassen.

Gefährlich ist sie, weil wir uns der völlig skrupellosen Sowjetregierung durch Abmachungen, die uns militärisch verpflichten, in die Hand geben.

Man wird in Moskau, wo man begreiflicherweise größeren Wert auf eine Verständigung mit der mächtigen Entente als mit dem um seine eigene Existenz ringenden Deutschland legt, keinen Augenblick zögern, unter Drohung des Verrats der militärischen Vereinbarungen, Erpresserpolitik mit uns zu treiben.

Aussichtslos ist die Politik, weil wir bei einem Angriff Rußlands auf Polen – und diese Kombination kann doch nur ernsthaft in Frage kommen - im Westen dem französischen Einmarsch nahezu wehrlos gegenüberstehen würden. ...<<

Am 9. September 1922 rückten türkische Truppen Mustafa Kemals in Izmir/Smyrna ein, während die griechischen Truppen mit Schiffen flohen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 9. September 2022) über die "Kleinasiatische Katastrophe" von 1922: >>> **Als Atatürk Smyrna zu Izmir machte**

Der Sieg gegen die Griechen fand Ende August 1922 seinen blutigen Höhepunkt mit der türkischen Einnahme der Hafenstadt an der Ägäis

Von *Thomas Schäfer*

Nach dem Ersten Weltkrieg begann der Kampf um die Erbmasse des Osmanischen Reiches, in dem Griechenland zu den aktivsten Protagonisten zählte, weil es der nationalistischen "Megali Idea" von der Wiederherstellung eines hellenischen Großreiches unter Einschluß weiter Teile Kleinasien anhing. Hieraus resultierten die Besetzung der strategisch wichtigen westanatolischen Hafenstadt Izmir (griechisch Smyrna) samt den umliegenden Gebieten am 15. Mai 1919 sowie der darauf folgende Griechisch-Türkische Krieg.

In diesem verübten die Truppen Athens zeitweise auch Massaker an der türkischen Bevölkerung. Dennoch erhielt der griechische Ministerpräsident Eleftherios Venizelos das Zugeständnis des britischen Premiers David Lloyd George und dessen französischen Amtskollegen Alexandre Millerand, daß griechische Soldaten auch die Milne-Linie, also die Grenze der Griechenland auf der Konferenz von San Remo zugesprochenen Besatzungszone rund um Izmir/Smyrna, überschreiten durften.

Der Grund hierfür war das Bestreben der Alliierten, die türkischen Milizen der Kuva-yi Milliye unter Mustafa Kemal Pascha, die gegen die Aufteilung des anatolischen Festlandes durch die Siegermächte kämpften, um jeden Preis zurückzudrängen.

Die von den Briten mit eigenen Kontingenten unterstützte griechische Offensive begann am 22. Juni 1920 und führte zu einigen Gebietsgewinnen. Gleichzeitig verstärkte sich aber der türkische Widerstand. Dieser gipfelte dann zwischen Januar und April 1921 in Siegen gegen die Invasoren in den beiden Schlachten von İnönü. Bei ihrem anschließenden Rückzug praktizierten die Griechen eine Strategie der "verbrannten Erde"; darüber hinaus töteten irreguläre griechische Einheiten namens Mavri Mira (Schwarzes Schicksal) zahlreiche türkische Dorfbewohner.

Im Juli 1921 starteten die Griechen ihre nächste Offensive, die zunächst bis fünfzig Kilometer vor Ankara führte, dann jedoch in der Schlacht am Sakarya in einem blutigen Fiasko endete. Danach bereitete Mustafa Kemal die türkische Armee auf den Großen Gegenschlag (Büyük

Taarruz) vor, der am 22. August 1922 begann. Bereits acht Tage später erlitten die Griechen unter General Georgios Hatzianestis bei Dumlupınar eine erneute und diesmal vernichtende Niederlage. Daraufhin mußten die Reste der griechischen Streitmacht in kürzester Zeit alle seit 1920 besetzten Gebiete räumen und sich bis Izmir/Smyrna zurückziehen, wobei sie wiederum türkische Städte oder Dörfer dem Erdboden gleichmachte und Tausende Menschen ermordete.

Türkische Truppen metzelten Zehntausende Zivilisten nieder

Dem folgte das, was die Griechen "Kleinasische Katastrophe" nennen: Am 9. September 1922 rückten die Truppen Mustafa Kemals in Izmir/Smyrna ein, aus dem die Soldateska Athens inzwischen auf dem Seeweg geflohen war. In der Stadt drängten sich zu diesem Zeitpunkt 500.000 griechische und armenische Einwohner beziehungsweise Flüchtlinge, von denen türkische Soldaten und Zivilisten wahrscheinlich 50.000 niedermetzelten, bevor sie am 12. September in deren Wohnvierteln Feuer legten.

Die überlebenden Christen konnten erst ab dem 24. September unter gräßlichen Umständen an Bord griechischer und alliierter Evakuierungsschiffe gehen, während die Türken Izmir/Smyrna übernahmen. Der damit faktisch eingeleitete Bevölkerungsaustausch wurde am 30. Januar 1923 mit einer bilateralen Konvention legalisiert. Insgesamt mußten 1922/23 über 1,25 Millionen Griechen aus Anatolien und 500.000 bislang in Griechenland lebende Türken ihre angestammte Heimat verlassen.

Die Eroberung Izmirs/Smyrnas läutete das Ende der über dreitausendjährigen Geschichte des Griechentums in Kleinasien ein und gehört mitsamt den sonstigen gegenseitigen Grausamkeiten während des Griechisch-Türkischen Krieges zu den Hauptursachen für die noch heute bestehenden Ressentiments zwischen den beiden Nato-Mitgliedern an der Südostflanke Europas.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 14. Oktober 2022) über den Krieg in Kleinasien von 1918-1922: >>>Ein Weltkrieg im Weltkrieg

Von wegen ein "Krieg der Pygmäen": Über zwei Millionen Menschen verloren zwischen den Balkankriegen und der "Kleinasischen Katastrophe" 1922 ihr Leben

Von *Oliver Busch*

Für den Gentleman-Historiker Winston Churchill lag das Zentrum des Ersten Weltkrieges an der Westfront, in Frankreich und Belgien. Dort seien die Entscheidungsschlachten im "Krieg der Giganten" geschlagen worden. Während an der Ostfront, die für Churchill vom Baltikum bis nach Mesopotamien verlief, lediglich ein "Krieg der Pygmäen" tobte, der sich in einem "Nachspiel" zwischen 1918 und 1922 sogar ganz auf Kleinasien beschränkt habe.

Churchill hatte allen Grund, gerade "Krieg und Kriegsgeschrei hinten in der Türkei, wo die Völker aufeinander schlagen", ohne den mitteleuropäischen Pfahlbürger zu stören, im Sinne von Goethes Versen zu bagatellisieren. Verbanden sich mit diesem Kriegsschauplatz doch peinliche Erinnerungen an ein kolossales Versagen.

Niemand anders trug die Verantwortung für das blutige Scheitern eines im April 1915 gestarteten, ein halbes Jahr später liquidierten Landungsunternehmens auf der von Türken und Deutschen verteidigten Halbinsel Gallipoli, das 50.000 englische, australische und neuseeländische Soldaten für den vergeblichen Versuch opferte, den Entente-Mächten dort die Durchfahrt ins Schwarze Meer zu erzwingen.

Entente chaotisierte Kleinasien und die Levante bis in unsere Tage

Mag Churchill auch ein durchsichtiges persönliches Motiv gehabt haben, das gesamte südöstliche Kriegstheater auf "Pygmäen-Format" zu schrumpfen, so steht für den Athener Historiker Antonis Liakos gleichwohl fest, daß solche Ignoranz repräsentativ ist für das international immer noch virulente "westzentrierte Gesamtbild" von der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts (Lettre International, 138-2022).

Darüber könne man sich angesichts der bis in unsere Gegenwart auf dem Balkan, in Klein- und Vorderasien fortwirkenden geopolitischen Weichenstellungen, die dort vor 100 Jahren getroffen wurden, allerdings nicht genug wundern. Zu erinnern sei nur an die arabischen Provinzen, Syrien, den Irak, Transjordanien, die damals dem Osmanischen Reich entrissen wurden - "sie bluten bis heute". In diesen Kontext gehöre auch die in der Balfour Declaration von 1917 fixierte britische Verpflichtung, eine jüdische "Heimstatt" auf dem überwiegend von Arabern besiedelten Territorium Palästinas zu schaffen, um das seit der Gründung des Staates Israel (1948) vier Kriege geführt worden sind - bislang.

Aus levantinischer Perspektive betrachtet, scheine in den Pariser Vorortverträgen den beutegierigen Siegern aber noch wichtiger als die "Erniedrigung und Schwächung Deutschlands" gewesen zu sein, das Osmanische Reich zu tranchieren, das Großbritannien und Frankreich fast vollständig in ein von ihnen abhängiges, profitables, weil rohstoffreiches Kolonialgebiet verwandeln wollten. Das große Rad, das beide imperialistische Westmächte dabei drehten, als sie diesen Teil der Erde auf Generationen hinaus chaotisierten, ist für Liakos indes lange vor der militärischen Niederlage des Osmanischen Reiches in Schwung gekommen.

Präzise im Oktober 1912, als eine Allianz von Balkanstaaten dazu ansetzte, der Hohen Pforte ihren europäischen Besitz zu entreißen. Resultat der komplexen Schlächtereien zweier bis zum August 1913 ausgefochtener Balkankriege war zwar tatsächlich der Verzicht der Osmanen auf ihren Balkan-Brückenkopf. Aber den welthistorischen Einschnitt, den diese Kriege bedeuteten, sieht Liakos nicht im Ende der muslimischen Herrschaft über einen Teil Südosteuropas, sondern im Vertrag von Konstantinopel vom 29. September 1913.

Es war der erste Friedensvertrag der Geschichte, der einen Bevölkerungsaustausch mit dem Ziel ethnischer Entmischung vorsah. Damit trugen die Kontrahenten ihrer Erfahrung Rechnung, daß in den Balkankriegen, auch dies eine historisch Premiere, auf allen Seiten exzessive, ethnisch begründete Gewalt gegen Kombattanten und Zivilisten verübt wurden und die Akteure neue Maßstäbe der Unmenschlichkeit für das nahende Zeitalter der Extreme setzten, da sie erstmalig systematisch ethnische Säuberungen als Kriegswaffe erprobten.

Bis über die Schwelle des Völkermords hinaus, den die Osmanen im rückeroberten Ost-Thrakien an der bulgarischen Minderheit begingen. Von da, so schlägt Liakos den Bogen, sei es nicht weit gewesen zur 1915 getroffenen Entscheidung jungtürkischer Nationalisten, die armenische Minderheit im Nordosten ihres Reiches durch einen Genozid auszulöschen.

Krieg mündete in die "Orgie der Metzereien" im türkischen Izmir

Die Entwicklung der Türkei bestimmten noch zwei andere, sie nachhaltig prägende Konsequenzen der Balkankriege: der Exodus Hunderttausender von Muslimen, die aus Südosteuropa nach Anatolien flohen, sowie die am Vorbild des ethnisch relativ homogenen deutschen Kaiserreichs angelehnte Politik der Jungtürken, "eine kompakte türkische Nation zu schaffen, frei von fremden Elementen, die in Zukunft den großen europäischen Staaten keinen Anlaß mehr bieten würden, sich in unsere internen Angelegenheiten einzumischen".

Damit hätten die führenden Politiker um Enver Pascha vor allem im Westen Kleinasien, wo Griechen und Türken dieselben Gebiete bewohnten, tiefgreifende tektonische Verwerfungen vorbereitet, die 1922 ein katastrophales Erdbeben zeitigten.

Denn durch die muslimischen Flüchtlinge, deren Zustrom 1916 infolge des türkisch-russischen Krieges und 1917/18 infolge der bolschewistischen Revolution answoll, veränderte sich die demographische Zusammensetzung Kleinasien massiv zu Lasten der Christen. So sei eine "explosive Mischung" entstanden. Sie ging hoch, als im Mai 1919 griechische Truppen zunächst die mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Küstenstädte Kleinasien besetzten. Ermuntert von Franzosen und Engländern, die Griechenland in Versailles versprochen hatten, es dürfe als Belohnung für den Kriegseinsatz auf seiten der Entente später die Hand auf Smyrna (Izmir) und sein Hinterland legen.

Doch der von zahllosen an Muslimen begangenen Kriegsverbrechen begleitete Vormarsch Richtung Anatolien geriet 1921 ins Stocken, weil die Entente Griechenland dafür im wortwörtlichen Sinn den Kredit entzog, um fortan die Türken zu unterstützen, die sie benötigten, um den Einfluß des Bolschewismus im kaukasisch-persischen Raum einzudämmen. Das Debakel der griechischen Armee war der Startschuß für die panische Flucht der christlichen Bevölkerung zur Küste. Wer von ihnen keinen Schiffsplatz ergatterte, kam in einer "Orgie von Metzeleien" um, wurde von türkischen Soldaten erschossen oder erhängt, in Arbeitsbataillone gepreßt und deportiert.

Im allgemeinen Exodus der Christen aus Kleinasien endete ein zehnjähriger Krieg, der für Liakos wahrlich keiner von "Pygmäen" war. Von den 1,5 Millionen Griechisch-Orthodoxen Kleinasiens überlebte ihn nur die Hälfte. Auf seiten der Muslime zählen türkische Statistiken 640.000 Tote und 840.000 Vertriebene. Füge man Schätzungen über die Armenier hinzu (800.000 bis eine Million Tote), darf man annehmen, daß zwei Millionen Menschen "durch des Schwertes Schärfe", aber auch durch Seuchen und Hunger, aus diesen drei Gemeinschaften ihr Leben verloren, die zuvor seit Jahrhunderten zusammengelebt hatten.<<

Benito Mussolini stellte am 24. Oktober 1922 während einer Rede in Neapel seine politischen Ziele vor (x073/88): >>... Die Politiker fragen uns, was wir wollen. Wir haben sehr klar geantwortet: Auflösung der Kammer, Wahlreform und Neuwahlen in kürzester Frist. ...

Genauer: wir verlangen das Außenministerium, das Kriegs-, Marine- und Arbeitsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Ich bin sicher, daß niemand von Euch diese Forderungen für übermäßig halten wird. ...

Wir Faschisten wollen nicht durch die Hintertür an die Macht gelangen. ...

Wir haben unseren Mythos geschaffen. Der Mythos ist ein Glaube, eine Leidenschaft; es ist nicht notwendig, daß er Wirklichkeit ist. Er ist insofern wirklich, als er ein Ansporn ist, eine Hoffnung, ein Glaube, Mut.

Unser Mythos ist die Nation, die Größe der Nation! Und diesen Mythos, diese Größe wollen wir in vollkommene Wirklichkeit verwandeln, ihr ordnen wir alles unter.<<

Benito Mussolini marschierte am 28. Oktober 1922 mit rund 40.000 bewaffneten "Schwarzhemden" in Rom ein und stürzte kampflos die italienische Regierung. Die faschistischen Parteimitglieder (PNF = Partito Nazionale Fascista) trugen gewöhnlich schwarze Hemden mit Schulterriemen und grüßten sich nach altrömischer Sitte mit erhobenem Arm.

Mussolini erklärte nach seiner gewaltsamen Machtübernahme (x059/39): >>Die Italiener müssen das Empfinden haben, wirklich regiert zu werden. Vor allem tut äußerste Disziplin not. Italien muß eine gewisse Zeit wie eine große Kaserne sein ...<<

Mussolini strebte nach dem Vorbild des "Römischen Imperiums" die italienische Vorherrschaft im Mittelmeer und in Nordafrika an. Der Faschist Mussolini (ein mitreißender Redner) zählte schon bald zu den angesehenen europäischen Staatsmännern und nahm an allen wichtigen internationalen Konferenzen teil.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die italienische Partei "Partito Nazionale Fascista" (x051/439-440): >>Partito Nazionale Fascista (PNF), aus der 1919 entstandenen faschistischen Bewegung Mussolinis im November 21 gebildete italienische Partei mit rapide wachsender Mitgliederzahl (Dezember 20: 21.000, Mai 22: 322.000).

Der PNF wurde nach dem Marsch auf Rom (Oktober 22) im Zuge des Ausbaus der faschistischen Diktatur Staatspartei, deren radikale Tendenzen der allein auf Machtkonzentration bedachte Mussolini durch Bündnisse mit den traditionellen Eliten, Militär, Kirche, Großindustrie, eindämmte. Parallel zur Bildung der persönlichen Herrschaft des "Duce" ging die Ablösung des Wahl- durch das Ernennungsprinzip in der Partei, die damit quasi zum Staatsorgan wurde wie auch der Faschistische Großrat, ihr einstiges Zentralkomitee.

Der PNF diente nun in erster Linie zur Erfassung der Bevölkerung, was sich in der Mitglie-

derentwicklung ausdrückte (1927: rund 1,1 Millionen; 1937: 2,2 Millionen; 1943: 4,8 Millionen), durch Frauen- und Jugendverbände, gewerkschaftliche Durchdringung und Organisation der Freizeit (Dopolavoro). Schließlich war der PNF wenig mehr als Kulisse für die Inszenierungen der Diktatur Mussolinis.

Erst als bei sich verschlechternder Kriegslage die tönernen Füße des Kolosses erkennbar wurden, kam aus dem PNF Widerstand, der am 25.7.43 zum Sturz des "Duce" führte. Das aber wurde auch der Untergang des PNF, den die Regierung Badoglio im August 43 verbot. Seine Wiederbelebung im Partito Fascista Repubblicano (PFR) nach Mussolinis Befreiung verschärfte nur den italienischen Bürgerkrieg und blieb ohne politische und programmatische Bedeutung.<<

Der deutsche Journalist Ivo Frenzel (1924-2014) berichtete später über den "Faschismus" (x051/170-171): >>Faschismus, ursprünglich war Faschismus nur die von Mussolini in Italien 1919 gegründete, 1922 durch den "Marsch auf Rom" zur Macht gelangte Bewegung und das sich auf sie bis 1945 stützende staatliche Herrschaftssystem.

Der Begriff Faschismus bezeichnete jedoch schon bald auch ähnliche Bewegungen in anderen Ländern, sofern sie nationalistisch, antikommunistisch, autoritär und antiparlamentarisch waren. Im kommunistischen Lager, aber auch in weiten Teilen der europäischen Neuen Linken wurde Faschismus überdies zum agitatorischen Begriff, der das Feindbild schlechthin fixiert. Psychologisch verstanden, sucht der Begriff Faschismus möglicherweise schon in früher Kindheit erworbene Dispositionen für einerseits autoritätshöriges, andererseits machtbesessenes Verhalten zu fassen.

In den politischen Kontroversen des 20. Jahrhunderts ist kaum ein Begriff so strapaziert und so vielfältigen Deutungen ausgesetzt gewesen wie der des Faschismus. Zu unterscheiden ist zwischen dem historischen Phänomen des Faschismus, den Faschismus-Theorien, die die Anhänger des Faschismus selbst aufstellten, und den Theorien, die über den Faschismus von Historikern und politischen Gegnern aufgestellt wurden.

Das Wort geht auf das lateinische "Fasces" zurück, das altrömische Rutenbündel, Herrschaftssymbol der Likatoren. "Fascio" hat im Italienischen die politische Bedeutung von "Bund". Mussolinis 1919 gegründete "Fascio di combattimento" (Kampfbund) war zunächst eine linksgerichtete Splittergruppe, die erst Anfang der 20er Jahre infolge ihrer Wendung gegen den Sozialismus und Kommunismus Zulauf auch vom Bürgertum erhielt und so zu einer Massenbewegung ("movimento") wurde.

Der faschistische Staat war zentralistisch und zugleich streng hierarchisch-autoritär mit dem "Duce" (Führer) an der Spitze als alleinigem Repräsentanten der Nation: "Dieser pseudodemokratische Anspruch des Führerprinzips als Verwirklichung der totalen Identität von Herrschern und Beherrschten war die Grundfiktion des faschistischen wie denn auch des nationalsozialistischen Systems.

Im übrigen wurde das soziale Leben so umfassend wie möglich in zahlreichen Staats- und Parteiorganisationen quasi militärisch 'erfaßt'; das höchste Recht des Bürgers sollte gerade im Gegensatz zur bürgerlich-liberalen Staatsauffassung der Dienst an der uniformierten Nation sein. Mehr als die umstrittene Herkunft aus der bürgerlichen Gesellschaft trat die Affinität zu den totalen Organisationsformen sozialistisch-kommunistischer Systeme darin deutlich hervor." (K. D. Bracher, 1984)

Die Ideologie des Faschismus war stets ein Gemisch eklektizistischer Elemente. Mussolini, der ursprünglich Marxist gewesen war, übernahm von Marx die Idee des Klassenkampfes, von Sorel das politische Prinzip der "direkten Aktion", von Pareto die Überzeugung von der Notwendigkeit eines hierarchisch-autoritären Aufbaus der Gesellschaft, von Nietzsche den Gedanken des "Willens zur Macht" als Grundmotiv des historischen Prozesses.

Der Nationalismus und die damit verbundene Ethik weisen Züge der Staatslehre Hegels auf.

Völkischer Rassismus als Begründung eines militanten Antisemitismus, wie er zum Grundelement der nationalsozialistischen Ideologie gehörte, war dem italienischen Faschismus zunächst fremd. Er fand erst im Zweiten Weltkrieg auf Druck der Nationalsozialisten Eingang in die faschistische Theorie, ohne jedoch in Italien zu größerem Einfluß zu gelangen. Überhaupt war der italienische Faschismus gemessen am Anspruch seiner Theorie politisch weit weniger effizient als dessen deutsche Variante, der Nationalsozialismus.

Das Phänomen nationalistischer, autoritärer und in jedem Fall antikommunistischer Bewegungen und Herrschaftssysteme blieb nach dem Ersten Weltkrieg nicht auf Italien beschränkt. Hitler trat mit seiner NSDAP als "sozialistische Arbeiterpartei" an, die ebenfalls erst aus der Angst vor dem Kommunismus Zulauf von breiteren Schichten des Bürgertums erhielt und so zu einer Massenbewegung wurde. Aber auch in Spanien (Franco), Portugal (Salazar), Ungarn (Horthy), Polen (Pilsudski), Österreich (Dollfuß-Schuschnigg), Rumänien (Antonescu) und Argentinien (Peron) kamen in den 30er und 40er Jahren ähnliche Regime an die Macht.

Ihre Führer waren allesamt autoritär, antikommunistisch und antidemokratisch. Es ist deshalb üblich geworden, alle diese Systeme als faschistisch zu bezeichnen. Man muß aber sehen, daß die Ausprägung des Faschismus in diesen Ländern sehr verschieden war und stark von den jeweiligen nationalen und ökonomischen Bedingungen abhing. Auch die imperialistischen Programme, die zur Stärkung des Nationalstaates führen sollten, differierten.

Neben Hitler und Mussolini bleibt Franco das herausragende Beispiel des faschistischen Diktators. Er konnte seine jahrzehntelange Macht durch einen siegreichen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten etablieren.

Auffallend ist jedoch, daß in allen Staaten, in denen der Faschismus eine politische Chance hatte, eine katholische Tradition vorherrschte, die den Aufbau einer zentralistischen, streng hierarchischen Staatsgewalt schon von der Mentalität her begünstigte.

In Deutschland konnte sich der aus österreichisch-katholischer Tradition stammende "Führer" Hitler zudem den Gehorsam der in der Tradition des preußischen Obrigkeitsstaates erzogenen Bürger zunutze machen, wodurch der Nationalsozialismus die größte und verhängnisvollste Effizienz aller faschistischen Bewegungen erreichte. (Demgegenüber hat der Faschismus in Ländern mit alter demokratischer Tradition und frühzeitiger Trennung von geistlicher und weltlicher Macht wie z.B. Schweiz, Frankreich, England, USA nie eine wirkliche Chance gehabt.

Auch die auf Druck der Deutschen während des Zweiten Weltkrieges in den besetzten Ländern ins Leben gerufenen faschistischen oder gar nationalsozialistischen Parteien waren bis 1945 reine Vasallen des Militärregimes, die mit dem Untergang des Dritten Reiches verschwanden.)

Die Frage, unter welchen politischen und sozialen Bedingungen Faschismus entstehen konnte, bleibt kontrovers. Als wichtige Faktoren werden immer wieder genannt: Unbehagen am schwierigen parlamentarischen System, nationalstaatliche Enttäuschungen als Folge des Ersten Weltkrieges, die Weltwirtschaftskrise, Angst vor dem internationalen Kommunismus, Furcht vor kultureller Dekadenz, der irrationale Wunsch nach "Ordnung", nach dem starken Mann an der Spitze. Diese Gründe sind zutreffend, erklären aber das Gesamtphänomen Faschismus so wenig wie das Studium der Biographien der faschistischen Diktatoren.

Die marxistischen Definitionen des Faschismus haben sich als wenig haltbar erwiesen. Die These, der Faschismus sei ein Symptom für den Niedergang des Kapitalismus, wurde durch die geschichtliche Realität ebenso widerlegt wie die stalinistische Agententheorie, derzufolge Führer und Funktionäre faschistischer Bewegungen lediglich Lakaien oder Agenten des internationalen Kapitals seien. Zwar hatte K. Radek (1923) vor dem Faschismus als "Sozialismus des kleinen Mannes" und als neuer Massenbewegung gewarnt. Doch die Kominterntheoretiker setzten die Bagatellisierung des Faschismus durch, was u.a. zu einer verhängnisvollen Unter-

schätzung Hitlers durch die europäische Linke vor dem Zweiten Weltkrieg führte.

Richtiger hatte E. Bloch (1933) gesehen, daß entgegen den Hoffnungen der Linken die nationalsozialistische Bewegung angesichts der sozialen Realität nicht so schnell zum Scheitern verurteilt sei. Gegenüber dem Irrationalismus psychischer Kräfte, die hier am Werk seien, versagten die traditionellen marxistischen Denkmittel.

Auch W. Reich wies 1933 in seinem Buch "Massenpsychologie des Faschismus" darauf hin, daß in der Wirtschaftskrise die Massen zum großen Teil nicht nach links, wie die marxistische Theorie es vorausgesagt hatte, sondern nach rechts abwanderten. Als Anhänger S. Freuds glaubte Reich, daß psychische Dispositionen für den Faschismus bereits in frühester Kindheit erworben werden, dies aber nicht erst unter kapitalistischen Verhältnissen, sondern durch die alteingeschliffenen autoritären Strukturen der patriarchalischen Gesellschaft. Die Ursachen für den Faschismus werden so in fast prähistorische Zeit verlegt.

Horkheimer, Adorno u.a. Vertreter der Frankfurter Schule haben 1949/50 in der fünfbändigen empirischen Analyse "Studies in Prejudice" Untersuchungen zum autoritären Charakter vorgelegt, wobei sie vom Faschismus als kleinbürgerliche Massenbewegung ausgegangen sind.

Die stalinistische Faschismus-Theorie erreichte ihren grotesken Höhepunkt mit der Verurteilung der Sozialdemokraten als "Zwillingsbrüdern des Faschismus" und mit der These vom "Sozialfaschismus" der SPD als dem "Hauptfeind": "In Wahrheit ging es um Abgrenzung gegen den demokratischen Sozialismus und um Rechtfertigung für das eigene Versagen 1922 wie 1933" (K. D. Bracher, 1984).

In seinen materialreichen Studien hat E. Nolte (1963, 1968) eine Gesamtphänomenologie des historischen Faschismus zu geben versucht. Über die vielfältigen Ausformungen in den einzelnen Ländern setzt er als verbindende Klammer die antikommunistische Komponente, die den Faschismus insgesamt zum Merkmal der Epoche zwischen den Weltkriegen macht. Damit liefert er aber der marxistischen Trivialtheorie faschistisch = antikommunistisch neue Vorwände.

K. D. Bracher (1984) wendet sich gegen den inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs, gegen eine bloß ideologische oder sozialökonomische Klassifizierung, "die dem modischen Schema einer angeblichen Weltalternative Faschismus - Sozialismus folgt" und dabei das entscheidende Kriterium des modernen Staates, die politische Freiheit, verkennt. Daher betont Bracher die Verwandtschaft zwischen rechten und linken Diktaturen.

Jede neue Faschismus-Theorie wird den Faschismus als klassenübergreifende Massenbewegung ernst nehmen müssen. Ihr haben in Deutschland wie in Italien Arbeiter, Bürger mittlerer und oberer Schichten, Militärs und Vertreter der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz angehört. Als Massenbewegung dieser Art hat der Faschismus in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges geführt und ist mit der militärischen und politischen Niederlage 1945 verschwunden. Neofaschistische Strömungen und Gruppierungen in einzelnen europäischen Ländern haben sich seither nicht mehr zu Massenbewegungen entwickeln können.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtete später über den Faschismus (x073/88): >>1922 war der Faschismus zu der großen Einheitsfront aller aktiven, aller bürgerlichen und antisozialistischen Kräfte des Landes geworden. Hinter Mussolini standen die Kapitalisten, die Mittelklassen, die Intellektuellen; mit gemischten Gefühlen die Gutsbesitzer, ein erheblicher Teil der Arbeitslosen, die in den Stoßtruppen Erwerb und Betätigung gefunden hatten, und auch einzelne Arbeitergruppen.

Die sozialistischen und kommunistischen Organisationen waren zertrümmert, die alten bürgerlichen Parteien in schneller Auflösung begriffen. Der Staatsapparat hatte sich längst daran gewöhnt, in Mussolini den nationalen Führer zu sehen, weder das Militär noch die Polizei dachten ernstlich daran, gegen den Faschismus zu kämpfen. Auch das italienische Königtum erkannte allmählich, daß die liberal-feudale Periode vorüber war, und machte noch rechtzeitig

seinen Frieden mit Mussolini. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Totalitarismus" (x051/-582-583): >>Totalitarismus, wissenschaftlicher Begriff und politisches Schlagwort zur Bezeichnung von politischen Systemen, die durch (gewaltsame) Gleichschaltung aller sozialen, kulturellen und individuellen Äußerungen nach Maßgabe einer verordneten Ideologie gekennzeichnet sind.

Der Begriff Totalitarismus bildete sich in den 20er Jahren durch die Kritik am italienischen Faschismus und seinem umfassenden Machtanspruch. Positiv gewendet vereinnahmte Mussolini die Bezeichnung für seine Diktatur, deren "unerbittliche totalitäre Entschlossenheit" er damit betonen wollte.

Nach den Erfahrungen mit dem bolschewistischen Stalinismus und dem deutschen Nationalsozialismus, für den u.a. Schmitt und Forsthoff den Totalitarismusbegriff übernahmen, erscheint die italienische Version jedoch eher als Vorform, da sie plurale Elemente im Bündnis etwa mit Krone und Kirche nicht gänzlich zu tilgen suchte. Und selbst der nationalsozialistische Totalitarismus wies durch seine innerparteiliche Polykratie absichtsvoll gepflegte Lücken auf, die immer wieder überbrückende Entscheidungen Hitlers erforderten ...

Der Totalitarismusbegriff ist daher schon auf die Prototypen nur nuanciert anzuwenden. Durch polemischen Mißbrauch v.a. in der West-Ost-Auseinandersetzung nach 1945 und durch sich verzweigende Totalitarismustheorien hat er zudem an Griffbarkeit verloren.

Die Bündelung inhaltlich so unterschiedlicher Systeme wie Bolschewismus und Nationalsozialismus unter diesem Dachbegriff hat unzulässigen Gleichsetzungen (rot = braun) Vorschub geleistet und die Totalitarismuskritik entschlicht.

Als kleinster gemeinsamer Nenner der Begriffsbestimmung gelten heute die Merkmale: umfassende Weltanschauung und ihre (terroristische) Durchsetzung mit Mitteln des Polizeistaates, gelenkte Wirtschaft, Einparteienherrschaft, Zensur, Waffenmonopol, Revolution von oben.<<

Der deutsche Diplomat Harry Graf Kessler (1868-1937) berichtete am 29. Oktober 1922 in seinem Tagebuch (x073/85): >>Die Faschisten haben durch einen Staatsstreich die Gewalt an sich gerissen in Italien. Wenn sie sie behalten, so ist das ein geschichtliches Ereignis, daß nicht bloß für Italien, sondern auch für ganz Europa unabsehbare Folgen haben kann. Der erste Zug im Vormarsch der Gegenrevolution.

Hier kommt ganz offen eine antidemokratische, imperialistische Regierungsform wieder zur Macht. In einem gewissen Sinne kann man Mussolinis Staatsstreich mit dem Lenins im Oktober 1917 vergleichen, natürlich als Gegenbild. Vielleicht leitet er eine Periode europäischer Wirren und Kriege ein.<<

Die NSDAP wurde am 18. November 1922 in Preußen verboten. Sachsen, Thüringen und Hamburg verboten die NSDAP ebenfalls.

Am 30. Dezember 1922 gründete Lenin die Sowjetunion und errichtete eine Militärdiktatur. Stalin wurde Generalsekretär des ZK.

Der "kommunistische Klassenkampf" in der Sowjetunion

Um den angestrebten Kommunismus in der Sowjetunion zu verwirklichen, erfolgte zuerst eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und seelische Gleichschaltung aller Menschen. Lenin ließ unverzüglich die "gefährlichsten Gegner" (Adel, Kirche und Bürgertum) inhaftieren oder "in aller Stille" erschießen. Sämtliche Fabriken, Bergwerke, Banken, Handels- und Verkehrsbetriebe sowie Gutshöfe wurden umgehend verstaatlicht.

Die Kommunisten bekämpften besonders das Christentum ("die Kommunisten benötigen keinen Gott").

Sie machten sich zunächst über die Christen lustig und löschten anschließend nach und nach alle christlichen Gruppierungen aus. Ungezählte Bischöfe und Priester der christlichen Kir-

chen wurden umgebracht oder verbannt und das Christentum systematisch vernichtet.

In der Sowjetunion gab es keine allgemeinen Menschenrechte, denn das kommunistische System duldete nur sogenannte "Klassenrechte". Der kommunistische "Klassenkampf" sollte angeblich eine glückliche, klassenlose Gesellschaft realisieren, aber die gewaltsamen Massenteignungen und die willkürlichen Gewalttaten führten schnell zu einem heillosen Chaos.

Nach Gründung der Sowjetunion brachen schon bald Handel und Verkehr zusammen. Viele Fabriken wurden geschlossen und riesige landwirtschaftliche Anbauflächen versteppten. Überall breiteten sich chaotische Zustände aus. Infolge der konfusen politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsverhältnisse sowie einer großen Dürre brach ab 1921 in Sowjet-Rußland eine gewaltige Hungersnot aus, die mehr als 5,0 Millionen Menschenleben forderte (x076/287).

In der "neuen" UdSSR, die durch den verlustreichen russisch-deutschen Krieg (1914-1918) und den russischen Bürgerkrieg (1918-1920) enorm geschwächt war, schwärmten damals Millionen von Heimatlosen, Bettlern und Waisenkindern ruhe- und ziellos durch das verwüstete Land, um den Hungertod zu entgehen. Gemäß der altbewährten Devise: HELFT! HELFT! Errichtete man z.B. in Berlin das "Auslandskomitee zur Organisation der Internationalen Arbeiter-Hilfe". Die russische Hungerkatastrophe wurde damals vor allem durch die nordamerikanisch-westeuropäische Lebensmittelhilfsaktion (Leitung: US-Handelsminister Herbert Hoover, 1874-1964) entscheidend gemildert.

Nach den schweren, entbehrungsreichen Kriegs- und Hungerjahren knüpfte die sowjetische Bevölkerung große Hoffnungen und Wünsche an die siegreichen Kommunisten. Die geschundene Zivilbevölkerung wurde jedoch bitter enttäuscht, denn Lenin, der das fast völlig ruinierte Riesenreich mit eiserner Energie durch alle bedrohlichen Krisen jener äußerst schwierigen, unruhigen Zeit geführt hatte, erlitt bereits 1922 einen schweren Schlaganfall. Lenin (der nach dem Schlaganfall teilweise gelähmt war und vorübergehend seine Sprache verlor) kämpfte danach bis zum Januar 1924 verzweifelt gegen den Tod ("Es liegt noch so viel Arbeit vor mir! ...").

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Sowjetunion" in den Jahren 1922-1933 (x051/545): >> Sowjetunion (amtlich seit 1922 Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, UdSSR), europäisch-asiatischer Staat mit fast 22 Millionen qkm und 164 Millionen Einwohnern (1932), Hauptstadt Moskau.

Nach dem Ende des Kriegskommunismus 1917/21, des Bürgerkrieges und der äußeren Interventionen (18.3.21 Friede von Riga, Verlust Galiziens und eines weißrussischen Streifens an Polen) und der Einleitung einer inneren Konsolidierung 1921 durch Lenins "Neue Ökonomische Politik" (NEP) begann die Sowjetunion mit dem Abbau der außenpolitischen Isolierung: Durch den Rapallo-Vertrag 1922 (1926 bekräftigt durch den Berliner Vertrag) Beginn einer engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit der Weimarer Republik; 1924 Anerkennung durch Frankreich, Großbritannien (1927-29 unterbrochen) und die meisten europäischen Staaten.

Der grundsätzlichen Doppelbödigkeit sowjetischer Außenpolitik – politisch-ideologisches Offensivstreben und nationales Sicherheitsbedürfnis – entsprach immer eine Ambivalenz (Doppelwertigkeit) ihrer Außenbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten: korrekte zwischenstaatliche Beziehungen bei strikter ideologischer Abgrenzung.

Stalins mit dem 1. Fünfjahresplan (1928-33) eingeleitete Politik der forcierten Industrialisierung, Aufrüstung (Zusammenarbeit mit der Reichswehr) und Zwangskollektivierung sowie seine zeitweilige Absage an die Weltrevolution durch das Bekenntnis zum "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" hatten weitreichende außenpolitische Konsequenzen: Die Sowjetunion wurde zum attraktiven Anlagefeld für westliche, insbesondere deutsche industrielle Investitionen gegen sowjetische Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen und wurde zu defensi-

ver Sicherheitspolitik nach außen gezwungen. ...<<

Hitler ernannte Hermann Göring im Dezember 1922 zum Kommandeur der Sturmabteilung (SA).

Da die geforderten Reparationen die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft erheblich überforderten, war das Deutsche Reich am Ende des Jahres 1922 nicht in der Lage, alle fälligen Reparationen zu zahlen.

Die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches wurden weiterhin ständig durch polnische Nationalisten bedroht. Vor allem in den preußischen Provinzen Ostpreußen und Schlesien rechnete man im Winter 1922/23 mit dem polnischen Einmarsch.

Das Burgenland (Westungarn) kam aufgrund einer Volksabstimmung (Dezember 1921) im Jahre 1922 nach Österreich zurück (x041/84).

Die österreichische Regierung verzichtete im Jahre 1922 auf den Anschluß an das Deutsche Reich und erhielt danach internationale Kredite (x074/1050).

Die tschechoslowakische Regierung ordnete im Jahre 1922 die Auflösung von 193 deutsche Schulen mit 1.288 Klassen an (x206/27).

In Jugoslawien wurde im Jahre 1922 das gesamte deutsche Schulwesen verstaatlicht. Von nun an gab es nur noch serbische, kroatische und slowenische Schulen (x006/23E).

Ministerpräsident Ion Bratianu (1864-1927, Führer der Liberalen und Schöpfer Großrumäniens) bestimmte von 1922-1927 die rumänische Innenpolitik.

Franco wurde im Jahre 1922 zum Kommandeur der spanischen Fremdenlegion ernannt.

Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford erläuterte im Jahre 1922 die "richtige Einstellung zur Arbeit" (x243/81): >>... Denn es ist etwas ganz Großes um unser Tagewerk - etwas ganz Großes!

Die Arbeit ist der Eckstein, auf dem die Welt ruht, sie ist die Wurzel unserer Selbstachtung.

Und der Arbeitgeber ist verpflichtet, ein noch größeres Tagewerk zu leisten als seine Leute. Der Unternehmer, der seine Pflicht der Welt gegenüber ernst nimmt, muß auch ein tüchtiger Arbeiter sein.

Er darf nicht sagen: "Ich lasse soundso viele tausend Menschen für mich arbeiten." In Wahrheit liegen die Dinge so, daß er für die Tausenden von Menschen arbeitet. ...<<

1923

Der deutsch-österreichische Volksbund forderte am 8. Januar 1923 den Zusammenschluß von Deutschland und Österreich (x034/186).

Die deutsche Reichsregierung protestierte am 9. Januar 1923 gegen die rücksichtslose französische Reparationspolitik und beantragte einen kurzfristigen Lieferungs- und Zahlungsaufschub, weil man die geforderten Reparationen nicht termingerecht leisten konnte.

Da die alliierte Reparationskommission behauptete, daß die Deutschen "absichtlich" zu geringe Kohlelieferungen leisten würden, lehnte die französische Regierung die Fristverlängerung schließlich ab.

Litauische Truppen drangen am 10. Januar 1923 in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzten gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete, denn die hilflose deutsche Republik war nicht in der Lage, die schwachen Freikorpsverbände der Litauer (verkleidete Soldaten der litauischen Armee) zu vertreiben (x090/262).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Memelland" (x051/-381): >>Memelland, ostpreußische Region nördlich der Memel mit der Ostsee-Hafenstadt Memel.

Das Memelland wurde durch den Versailler Vertrag (Artikel 94 bis 99) ohne Volksabstimmung mit 2.566 km² und knapp 140.000 Einwohnern (1919), davon rund 71.000 deutschsprachig und rund 67.000 litauischsprachig (1919), einem alliierten Kondominium mit einem französischen Oberkommissar und französischer Besatzung unterstellt.

Am 10./16.1.23 annektierte Litauen das Memelland, was am 16.2.23 durch eine alliierte Botschafterkonferenz sanktioniert wurde. Am 8.5.24 erhielt es ein Autonomiestatut unter litauischer Staatshoheit mit Landtag, Landesdirektorium und litauischem Gouverneur.

Ab 1926 herrschte Ausnahmezustand wegen der Dauerspannungen zwischen einer durchgehend starken deutschen Landtagsmehrheit und dem Gouverneur infolge zahlreicher Verstöße gegen das Memelstatut im Zuge einer bewußten Litauisierungspolitik. Das hatte negative Rückwirkungen auf die deutsch-litauischen Beziehungen.

Am 23.3.39 marschierten deutsche Truppen aufgrund eines der litauischen Regierung am 22.3.39 aufgezwungenen Vertrages ins Memelland ein, das durch Reichsgesetz in das Deutsche Reich eingegliedert wurde.

Beim Vormarsch der Roten Armee im Herbst 44 verließ der Großteil der deutschen Bevölkerung das Memelland, das im Januar 45 der 1944 konstituierten Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen angeschlossen wurde.<<

Der deutsche Außenminister wies die geforderten französischen und belgischen Sicherstellungsansprüche am 10. Januar 1923 zurück.

Die US-Truppen verließen am 10. Januar 1923 das Rheinland.

Bei einer der "modernen" Antikriegs- und Friedensdemonstrationen forderten die deutschen Linksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und mehrere Friedensbewegungen am 10. Januar 1923 eine vollständige deutsch-europäische Abrüstung und Kriegsächtung: "Nie wieder Krieg!"

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Pazifismus" (x051/440):

>>Pazifismus (lateinisch pax = Frieden), Grundhaltung radikaler Friedfertigkeit sowie die von dieser getragenen politischen Bewegungen.

Der Pazifismus als ideologische Größe war eine Folge der Napoleonischen Kriege und kam um die Mitte des 19. Jahrhunderts als Begriff in die internationale Diskussion. Friedensgesellschaften und -vereine, in Deutschland um die Jahrhundertwende aufkommend, machten Pazifismus zu ihrem Programm aus religiösen, ökonomischen, humanitären oder allgemeinen politischen Gründen und forderten die Ächtung des Krieges und Kriegsdienstverweigerung.

Der Erste Weltkrieg wurde ein schwerer Rückschlag für den Pazifismus insbesondere in Deutschland, wo die Agitation der politischen Rechten seinem Einfluß die Niederlage zuschrieb (Dolchstoßlegende). Hinzu kam, daß die pazifistische Forderungen der Friedensverträge und der Völkerbundssatzung nach Abrüstung allein bei den Geschlagenen durchgesetzt wurden, so daß der Pazifismus als "Würgemittel gegen das deutsche Volk" denunziert werden konnte.

So zeichnete es v.a. die nationalsozialistische Propaganda, die im Pazifismus Volksverrat sah und gegen pazifistische Autoren wie Remarque und andere und pazifistische Gruppierungen wie die "Liga für Menschenrechte" und andere polemisierte. Nach der Machtergreifung gab es für sie in Deutschland keine Betätigungsmöglichkeit mehr.

Nach nationalsozialistischer Auffassung ging der Pazifismus von der Fiktion der Gleichheit aller Menschen aus und war damit internationalistisch und also gegen das eigene Volkstum gerichtet, dessen Selbstbehauptungswillen er untergrabe. Den Pazifisten wurde Feigheit vorgeworfen und der Appell an "Mutlosigkeit und Trugideen". Sie sähen nicht, daß sie das Geschäft der Feinde Deutschlands, insbesondere des Weltjudentums, besorgten.

Tatsächlich war der Pazifismus in den westlichen Demokratien weit stärker als in Deutschland und ein wesentlicher Motor z.B. des Appeasement. Hitler kalkulierte bei seiner außenpolitischen Strategie der Drohungen bewußt mit dieser "Verweichlichung", nach vielen Erfolgen letztlich eine Fehlrechnung. Dennoch diskreditierte das Zurückweichen vor der Gewaltpolitik Hitlers den Pazifismus weit über das Kriegsende hinaus und diente noch in den 80er Jahren als Argument gegen die Friedensbewegung. Inzwischen jedoch ist der Pazifismus im nuklea-

ren Zeitalter ohne Alternative.<<

Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte (Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach danach ein Sturm der Entrüstung los.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Inflation im Deutschen Reich und die Besetzung des Ruhrgebietes (x364/131-134): >>... **Der Vertrag zinkte die Karten**

In "Empire of The City" schreibt E. C. Knuth: "Die finanziellen Bestimmungen des Vertrages sind vielleicht der überhaupt unglaublichste Teil dieses absolut perfiden Papierwerkes, das jemals zustandegebracht wurde und das im Sinne praktischer Durchführbarkeit den reinsten Blödsinn enthielt."

Der in dem "Vertrag" enthaltene "Blödsinn" zinkte die Karten zugunsten der internationalen Banker und ebnete ihnen den Weg, um ihre weltweiten Ambitionen ein gutes Stück voranzutreiben.

Im Anschluß an die von der City bei Einstellung des Feuers kaltblütig verhängte, mörderische Blockade Deutschlands - 800.000 Deutsche starben vor Hunger und Krankheit in nur neun Monaten - wurden dem deutschen Volk untragbare Reparationsleistungen als Ergebnis des Versailler Vertrages auferlegt. Eine erste Zahlung in Höhe von 20.000 Millionen Mark sollte bis Mai 1921 erfolgen. Als zu diesem Zeitpunkt etwas weniger als die Hälfte davon tatsächlich bezahlt worden war, drohten die Franzosen mit der Besetzung des Ruhrgebietes, um dadurch die Bezahlung zu erzwingen.

Diese Krise ging vorüber, nachdem Deutschland, von einem weiteren Ultimatum unter Druck gesetzt, eine Reparationsrechnung von insgesamt 132.000 Millionen Mark annahm und den Siegern Schuldscheine in dieser Höhe ausstellte. Davon wurden 83 Milliarden beiseite gelassen und vergessen. Aber Deutschland sollte auf die restlichen 50 Milliarden jährliche Zinsen in Höhe von 2,5 Milliarden sowie 0,5 Milliarden pro Jahr zahlen, um die Gesamtschuld zu verringern.

"Deutschland konnte diesen Verpflichtungen nur unter zwei Voraussetzungen nachkommen:

1. wenn es einen Haushaltsüberschuß hätte und 2. wenn es mehr exportieren als importieren könnte - das heißt eine positive Handelsbilanz hätte."

Die "Mächte der Zukunft" sorgten dafür, daß diese Ziele nicht erreicht werden konnten, ohne daß dabei der Lebensstandard in Deutschland auf eine Stufe gedrückt werden mußte, auf der die deutschen Arbeiter kaum mehr als geknechtete Sklaven ausländischer Herren sein würden. Zum Beispiel belegte 1921 England sämtliche Importe aus Deutschland mit einer 26prozentigen Steuer. Außerdem weigerte sich England, deutsche Waren in ausreichenden Mengen einzuführen.

Daß Deutschland die Reparationszahlungen in Waren und Dienstleistungen hätte begleichen können, wenn seine Gläubiger den Willen gehabt hätten, diese Waren- und Dienstleistungen anzunehmen, wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß das reale pro-Kopf-Einkommen des deutschen Durchschnittsarbeiters zu Beginn der 20er Jahre um 18 Prozent höher lag als in der Wirtschaftsblüte des Jahres 1913.

Chronische Inflation

Anstatt den Lebensstandard drastisch zu senken und gewaltige Steuererhöhungen vorzunehmen, ließ die deutsche Regierung mehrere Jahre lang einen unausgeglichene Haushalt zu. Die Riesendefizite werden in dem von der Zentralbank (Reichsbank) geliehenen Geld bezahlt, die den internationalen Banken unterstand. Das Ende war leicht vorherzusehen: chronische

Inflation! Im Jahre 1920 erhielt man für 20 Mark ein englisches Pfund. Zum August 1921 brauchte man bereits 300 Mark, um ein Pfund zu kaufen.

Drei Monate später war der Wechselkurs 1.000 : 1. Danach verschlechterte sich die Lage rasant. Zum Januar 1923 mußten 80.000 Mark für ein englisches Pfund bezahlt werden. Sieben Monate später lag der Kurs bei 20 Millionen für ein Pfund. Und am Jahresende brauchte man 20 Milliarden Mark, um ein englisches Pfund zu kaufen.

Der Wert des deutschen Papiergeldes verflüchtigte sich mit so alarmierendem Tempo, daß am Schluß die Bank nur noch eine Seite des Scheins bedruckte. Damit das Papier, auf das die Banknoten gedruckt wurden, nicht am Ende mehr wert war als der darauf genannte Betrag, gab die Reichsbank nur Scheine in astronomischen Beträgen heraus.

Viele Arbeiter wurden zweimal am Tag bezahlt, zu Mittag und bei Feierabend. Die Ehefrauen kamen zu ihren Männern vor die Fabriktore, holten die Bündel Geld und rannten zum nächsten Laden, um Lebensmittel und sonst Notwendiges noch vor der nächsten Preiserhöhung einzukaufen. Furcht und Verzweiflung bemächtigte sich des Landes.

Die Mittelklasse war praktisch ausradiert. Wer Immobilien besaß - Gebäude, Land, Fabriken - profitierte von der Panik: er konnte seine Schulden mit Inflationsmark abbezahlen.

In diesem Chaos stellte Deutschland den Antrag auf ein Moratorium für sämtliche Bargeldzahlungen für die Reparationen, und zwar für die nächsten zwei Jahre. Die siegreichen Mächte lehnten den Antrag ab und am 9. Januar 1923 stimmte die Reparationskommission mit drei zu eins dafür (auf Geheiß der City stimmte England mit "Nein". Man wollte lieber die Ausländer die schmutzige Arbeit für einen machen lassen), daß Deutschland mit seinen Zahlungen in Verzug sei.

Zwei Tage später marschierten die Streitkräfte Frankreichs, Belgiens und Italiens in das Ruhrgebiet ein und besetzten Fabriken, Bergwerke, Wälder und sonstige wertvolle Plätze, aus denen sich Geld zwecks Reparationszahlungen herausholen ließ. Die deutschen Arbeiter an der Ruhr riefen zu einem Generalstreik auf, weigerten sich, die Wiedergutmachungszahlungen vorzunehmen und begannen ein Programm des passiven Widerstandes. Die Regierung stellte sich hinter die Streikenden.

Das besetzte Gebiet war relativ klein (rund 100 mal 50 km), enthielt aber 10 Prozent der Bevölkerung und erzeugte 80 Prozent der deutschen Kohle, Eisen und Stahl und stellte 70 Prozent des Gütertransportes. Die Besetzung erwies sich als ein Mißerfolg. Die Besatzer, (12.500 Mann stark und 2.000 Kollaborateure) versuchten vergebens, die Funktionsfähigkeit des Gebietes aufrecht zu erhalten.



"So, jetzt haben wir den Völkerbund". Alle gegen Einen, gegen den nackt auf dem Boden liegenden deutschen Michel.

Die Ereignisse an der Ruhr stellten eine ungeheure Belastung für die ... deutsche Wirtschaft dar. Nicht nur, daß dadurch die Mark kaputt gemacht wurde, sondern auch die Besatzungsmächte erhielten nicht die von ihnen gewünschten Reparationen.<<

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtete später über die Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen (x291/66-68): >>... Im Laufe des Jahres 1921 rückte eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands immer näher: Die Deutschen drohten seit dem Vertrag von Rapallo im April mit einer engeren Verbindung mit der Sowjetunion und brachten zugleich unter Hinweis auf ihren Währungsverfall, den sie selbst aktiv förderten, ein Moratoriumsersuchen nach dem anderen vor.

Als im November in Berlin eine Regierung gebildet wurde, die offensichtlich entschlossen war, überhaupt nicht zu zahlen (Kabinett Cuno), rang sich das französische Kabinett, nunmehr

unter dem Vorsitz von Poincaré, dazu durch, die unter Briand schon einmal vorbereitete Ruhrbesetzung doch noch vorzunehmen: Nur so schien es ihm möglich, den Trend zur allgemeinen Revision noch einmal umzukehren und an die zur Lösung der eigenen Finanzprobleme dringend benötigten Gelder heranzukommen.

Nach einigen diplomatischen Scharmützeln, die nur deutlich machten, daß auch die Deutschen entschlossen waren, die Kraftprobe zu wagen, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die Briten blieben abseits, ließen ihre Verbündeten aber vorerst gewähren.

Die Kraftprobe mündete zunächst in einen Sieg der französischen Seite. Die Reichsregierung inszenierte zwar einen "passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung", der das wirtschaftliche Leben in den besetzten Gebieten fürs erste lahmlegte, konnte die Besatzer damit aber nicht zum Aufgeben zwingen und mußte die Finanzierung des Widerstands zudem mit der völligen Zerrüttung der deutschen Währung bezahlen.

Im Sommer begann die Streikfront abzubröckeln; die Unternehmer fanden sich allmählich bereit, mit der Interalliierten Kontrollkommission (MICUM) Verhandlungen über Reparationslieferungen aufzunehmen. Außerdem geriet die Reichseinheit ins Wanken: Die Wirtschaftsgrenzen, die die Besatzer errichtet hatten, wirkten auf eine Umorientierung der Ruhrwirtschaft zum Westen hin, die massenhafte Ausweisung preußischer Beamter schwächte den administrativen Zusammenhalt; und die Ermunterung separatistischer Aktivitäten durch die Besatzungsbehörden fand unter diesen Umständen verstärkt Resonanz.

Der deutschen Seite blieb schließlich nichts anderes übrig als zu kapitulieren: Am 26. September gab der neue Reichskanzler Gustav Stresemann offiziell das Ende des "passiven Widerstands" bekannt und erklärte sich zu neuen Verhandlungen über ein Reparationsabkommen bereit.

Poincaré wollte sich mit diesem Erfolg aber noch nicht zufriedengeben. Einerseits verfügte er noch nicht über sichere Garantien für künftiges deutsches Wohlverhalten; und andererseits schien sich ihm durch die Lockerung der Bindungen der besetzten Gebiete an das Reich doch noch die Gelegenheit zu ergeben, in der Rheinlandpolitik weiterzukommen, als dies 1919 möglich gewesen war.

So schlug er die deutschen Verhandlungsofferten aus, ließ die Besatzungstruppen weiter separatistische Aktivitäten fördern und verhandelte schließlich im November mit Adenauer und dessen Freunden (die sich dazu von der Reichsregierung hatten ermächtigen lassen) über die Bildung einer Rheinischen Republik.

Damit aber ging er über Frankreichs Möglichkeiten hinaus: Während Adenauer die Verhandlungen in die Länge zog, bis sich die Finanzen des Reiches nach der Einführung der Rentenmark wieder erholten, nahm der Kursverfall des Franc, der durch die Kraftanstrengung an der Ruhr ebenfalls mitgenommen war, dramatische Ausmaße an. Im Januar 1924 kamen die Banken der Londoner City den Deutschen zu Hilfe; die Franzosen aber mußten, um ebenfalls finanzielle Unterstützung von britischer und amerikanischer Seite zu erlangen, ihre Separierungspläne aufgeben. ...<<

Nach der Besetzung des gesamten Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno (1876-1933) am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen danach Paris und Brüssel.

Im gesamten Ruhrgebiet versenkte man später z.B. Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlelieferungen wurden eingestellt.

Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängten außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/-204).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über den "Ruhrkampf" (x051/-504): >>Ruhrkampf, deutscher Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes am ... (11.1.23) durch französische und belgische Truppen unter dem Vorwand, Berlin sei mit seinen Reparationslieferungen (Holz, Telegrafenfähle, Kohle) im Rückstand (Politik der "produktiven Pfänder").

Der Ruhrkampf wurde von der Bevölkerung mehrheitlich als "passiver Widerstand" (Einstellung von Reparations- und Dienstleistungen an die Besatzungsmächte, Stillegung von Gruben, Fabriken, Eisenbahnen), zum geringeren Teil auch mit aktiven Sabotagemassnahmen (Versenkung von Binnenschiffen, Blockierung von Kanälen, Sprengung von Schienen) geführt und löste zeitweise sogar eine Aktionsgemeinschaft zwischen Nationalsozialisten (Schlageter) und Kommunisten (nationalkommunistischer "Schlageter-Kurs" unter Radek) aus.

Gegenterror, Repressalien und Ausweisungen seitens der Besatzungsmächte führten zu Haß und Verbitterung unter der Bevölkerung; die finanzielle Unterstützung des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung ließ den Kurs der Reichsmark ins Bodenlose fallen (Inflation). Die Franzosen ermutigten separatistische Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz.

Die politischen und wirtschaftlichen Gefahren veranlaßten Reichskanzler Stresemann am 26.9.23 zum bedingungslosen Abbruch des Ruhrkampfes; diese Entscheidung löste u.a. am 9.11.23 den Hitlerputsch aus.

Am Ende leitete aber die Wiederaufnahme der Erfüllungspolitik die Durchbrechung der internationalen moralischen Isolierung des Deutschen Reiches und die vermittelnde Tätigkeit Englands und der USA in der Reparationsfrage (Dawesplan) ein. Das Ruhrgebiet wurde bis zum Juli 25 wieder geräumt.<<

Die NSDAP führte ihren ersten Reichsparteitag (27.-29.1.1923) in München durch.

Britische Juristen kritisierten am 27. Januar 1923 die französisch-belgische Ruhrbesetzung (Verletzung des Versailler Friedensvertrages).

Der französische General Jean-Marie Degoutte (1866-1938) ordnete am 29. Januar 1923 im besetzten Ruhrgebiet den "verschärften Belagerungszustand" an.

Im sogenannten "Frieden von Lausanne" wurde am 30. Januar 1923 die türkisch-russische Annexion Armeniens durch den Völkerbund anerkannt und damit die Liquidation des Staates Armenien offiziell bestätigt.

Das Osmanische Reich behielt die besetzten Gebiete Westarmeniens (Kars und Ardahan), während die restlichen Gebiete Armeniens von der Sowjetunion übernommen wurden. (x061/-445). Das zu 75 % von Armeniern bewohnte Nagorny-Karabach wurde der Sowjetrepublik Aserbaidschan zugeordnet.

Ungeachtet der bisherigen Vorkommnisse verzichtete der Völkerbund auf türkische Reparationen und förderte bzw. genehmigte die "Umsiedlung" von etwa 1.350.000 Griechen und 430.000 Türken (x061/445).

Umsiedlung von Griechen und Türken

Während man in Europa im 19. Jahrhundert grundsätzlich auf die Vertreibung von nationalen Volksgruppen verzichtet hatte, begannen nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1923 erstmalig sogenannte "freiwilligen" Umsiedlungen, die später nach dem Zweiten Weltkrieg in unvorstellbaren, gewaltsamen Massenvertreibungen enden sollten.

Nach langwierigen Verhandlungen beschlossen die führenden Mächte des Völkerbundes, Frankreich und Großbritannien, am 30. Januar 1923 eine umfangreiche griechisch-türkische Umsiedlungsaktion.

Infolge des sog. "Integralnationalismus" strebte man ab 1923 in den europäischen Ländern deckungsgleiche Volkstums- und Staatsgrenzen an ("ein Volk = ein Staat"). Diese "Flurbereinigungen" wurden auf Dauer als die vernünftigste Lösung angesehen, um Feindschaften und Spannungen zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten zu beenden. Diese angeblich

"vernünftige Lösung" sollte besonders für die vielfältigen Nationalitäten in Osteuropa, die im allgemeinen seit Jahrhunderten friedlich neben- und miteinander lebten, verhängnisvolle und verheerende Folgen haben.

Am 30. Januar 1923 unterzeichneten Griechenland und das Osmanische Reich während der Konferenz von Lausanne die Konvention über den "freiwilligen Bevölkerungstransfer". Die besiegten Griechen (türkisch-griechischer Krieg von 1921/22) mußten danach große Gebiete in Kleinasien (Ostthrazien bis zur Maritza, die Inseln Imbros und Tenedos sowie das Gebiet um Smyrna) räumen, obwohl diese Siedlungsgebiete größtenteils schon seit der Zeit des neuen Testaments die Heimat der Griechen war. In den folgenden 6 Jahren wurden ca. 1.350.000 Griechen und 430.000 Türken aus Ostthrazien und Anatolien umgesiedelt (1.000.000 Griechen waren schon vorher wegen der allseits gefürchteten Türkengreuel geflohen).

Die vielerorts brutale und unmenschliche Umsiedlung der Griechen und Türken wurde später als erfolgreiche "friedensbildende Maßnahme" gefeiert. Vor allem der spätere britische Premierminister Churchill und US-Präsident Warren G. Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident) waren nach dieser "friedlichen Umsiedlung" begeisterte Anhänger dieser "einfachen Lösung", obgleich es sich bei diesen radikalen ethnischen Trennungen um ausgesprochen barbarische Aktionen handelte, die vor allem für die griechischen Vertriebenen schwerste Leiden und große wirtschaftliche Schwierigkeiten brachten.

Der britische Außenminister George N. Curzon (1859-1925, ehemaliger Vizekönig von Indien), verurteilte damals entschieden den sogenannten "freiwilligen Bevölkerungstransfer".

George N. Curzon warnte während der Konferenz von Lausanne vergeblich (x025/132): >>... (vor dieser) durch und durch schlechten Lösung, für welche die Welt in den nächsten hundert Jahren eine schwere Strafe zu zahlen haben wird. ...<<

Nach den griechisch-türkischen Umsiedlungen machten sich schon bald die ersten verhängnisvollen Nebenwirkungen dieser verantwortungslosen "Umsiedlungspolitik" bemerkbar. In Polen mußten sich die Deutschen in den ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen sowie andere nationale Minderheiten spätestens ab 1923 entweder völlig unterordnen, oder sie wurden vielfach gewaltsam gezwungen, ihre z.T. uralten Heimatorte kurzfristig zu verlassen.

Prof. Dr. Horst Geyer (1907-1958, deutscher Psychiater und Schriftsteller) schrieb später über die zwangsweisen "Umsiedlungen" nach dem Ersten Weltkrieg (x219/142): >>... Die Tatsachen muten wie ein Stück aus dem Tollhaus an: Nach dem ersten Weltkrieg kam es zu einer Orgie der Nationalstaaterei – Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien entstanden als neue politische Gebilde, Rußland praktiziert eine ganz neue revolutionäre Staatsführung.

So setzen die Massenfluchten ein: 1,2 Millionen Russen fliehen in die Länder des Westens, 200.000 der baltischen Länder und der Tschechoslowakei siedeln nach Deutschland über; ebenso viele kommen aus Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy. 120.000 Bulgaren werden aus Griechenland vertrieben, dafür werden 50.000 Griechen aus Bulgarien hinausgeworfen. Aus Jugoslawien und der Tschechei weist man 200.000 Ungarn aus, dieselbe Anzahl gleicher Nationalität noch einmal aus Rumänien. 1922 veranlaßt der griechisch-türkische Krieg die Flucht von 1,2 Millionen Griechen aus der Türkei und von 400.000 Türken aus Griechenland.<<

Ein belgisches Kriegsgericht verurteilte am 31. Januar 1923 in Aachen vier deutsche Polizisten zum Tod.

Die Inflation führte zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich fast 100,0 % (x149/42).

Reichspräsident Ebert rief am 13. Februar 1923 zum passiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auf.

In den höheren Schulen Bayerns wurde am 13. Februar 1923 das bisherige Pflichtfach "Fran-

zösisch" durch "Englisch" ersetzt.

Während einer Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen wurden am 31. März 1923 in Essen 13 deutsche Demonstranten erschossen (x034/192).

Im preußischen Landtag ereignete sich am 4. Mai 1923 eine Prügelei zwischen SPD- und KPD-Abgeordneten, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Die französischen und belgischen Besatzungsmächte lehnten am 6. Mai 1923 ein deutsches Reparationsangebot ab.

Albert Leo Schlageter (1894-1923, deutscher Offizier im 1. Weltkrieg und Freikorpskämpfer im Baltikum) wurde am 26. Mai 1923 wegen Sabotage von den französischen Besatzungstruppen in der Golzheimer Heide (bei Düsseldorf) erschossen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den aktiven Widerstand des Albert Leo Schlageter (x051/516): >>Schlageter, Albert Leo, geboren in Schönau (Schwarzwald) 12.8.1894, gestorben in der Golzheimer Heide (heute Düsseldorf) 26.5.1923 (erschossen), deutscher Offizier; im 1. Weltkrieg Freiwilliger (zuletzt Leutnant), ausgezeichnet mit dem EK I, 1919-21 Freikorpskämpfer im Baltikum, bei der Niederschlagung eines kommunistischen Aufstands im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.

Nach Einsetzen des Ruhrkampfes gegen die französische Besatzung propagierte Schlageter den Übergang vom passiven zum aktiven Widerstand und beteiligte sich an Sabotageakten. Schlageter, der ab 1922 dem NSDAP-Ableger Großdeutsche Arbeiterpartei angehörte, wurde Opfer von Spitzeln in den eigenen Reihen. Nach geglücktem Anschlag auf die Bahnlinie Düsseldorf-Duisburg bei Kalkum verrieten sie ihn den französischen Behörden, die ihm den Prozeß machten und ihn am 8.5.23 zum Tod verurteilten. Trotz massiver deutscher Proteste bestätigte Poincaré zum Zeichen der Unerbittlichkeit das Urteil.

Schlageter wurde von den Rechtsparteien, insbesondere den Nationalsozialisten, zum "Märtyrer" aufgebaut. 1931 setzten sie ihm an der Hinrichtungsstätte ein 31 m hohes Ehrenkreuz, 1933 schrieb Johst ein Schlageter-Drama, das er Hitler widmete.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/22-24): >>"**Wanderer ins Nichts**"

_ von Rüdiger Lenhoff

Im Frühjahr 1923 exekutierten französische Besatzungstruppen im Rheinland einen deutschen Patrioten und schufen damit einen Märtyrer, der in allen politischen Lagern geachtet wurde. Doch aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation ist er verschwunden.

"Grüßen Sie meine Eltern, meine Geschwister und mein Deutschland! Auf Wiedersehen!" - Das soll Albert Leo Schlageter in den Morgenstunden des 26. Mai 1923 gerufen haben, bevor er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen wurde.

Mit seinen kühnen Sabotageakten hatte er den Abtransport heimischer Kohle nach Frankreich behindert und damit mehr als nur jenen passiven Widerstand geleistet, wie er von der Reichsregierung propagiert wurde.

"Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch."

Albert Leo Schlageter

Schlageters Leben war das eines soldatischen Draufgängers, der sich für sein politisch ohnmächtiges und wirtschaftlich ausgeplündertes Vaterland verzehrte. Er gehörte zu jener Sorte von Männern, wie sie nur durch die Zeitumstände des Ersten Weltkrieges und die Not danach geformt werden konnten. Es waren ruhelose Geister, unbürgerliche Existenzen, die der Diktatfriede von Versailles, kommunistische Aufstände, Landraubversuche im Osten und die Ruhrbesetzung zu irregulären Kämpfern des Reiches werden ließen.

Kampf um Oberschlesien

Im August 1894 in Schönau im Schwarzwald als sechstes Kind einer katholischen Bauernfamilie geboren, machte Schlageter nach Kriegsbeginn sein Notabitur und trat im Dezember

1914 als Kriegsfreiwilliger ins 5. Badische Feldartillerieregiment Nr. 76 ein. Im März 1915 berichtete er einem ehemaligen Lehrer: "Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch, besonders für uns junge Leute." Seine christliche Prägung spricht aus vielen Feldbriefen. "Der Krieg fordert nur die besten und tüchtigsten Leute, so daß wir, die wir noch am Leben sind, ... uns fast schämen. Gottes heiliger Wille hat es so beschlossen", schrieb er im April 1916.

Im Mai 1917 bekommt der Soldat das Eiserne Kreuz II. Klasse und im April 1918 das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen. Das Theologiestudium, für das sich Schlageter zwischenzeitlich an der Universität Freiburg eingeschrieben hatte, führte er nach seiner Entlassung nicht fort, sondern besuchte für kurze Zeit Nationalökonomie-Vorlesungen. Der Schriftsteller Ernst von Salomon, damals Freikorpskämpfer, bemerkte dazu rückblickend: "Das Studium vermochte ihm so wenig wie allen Männern der Front in jenen Tagen die Auffassung zu vermitteln, daß die Zeit nach guten Bürgern und auskömmlichen Berufen statt nach Männern und harten Aufgaben verlange."

Tatendurstig trat Schlageter Anfang 1919, kurz nach dem Ende des Krieges, dem Jungdeutschen Orden bei und schloß sich wenig später dem Freikorps des Hauptmanns Walter-Eberhard Freiherr von Medem an, das im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfte. Nach zeitgenössischen Berichten war der Leutnant ein schneidiger Batterieführer. Im Oktober 1919 räumte er in einem Brief an seine Eltern mit Schauergeschichten auf, die schon damals über die Freiwilligenverbände kursierten: "Wir sind zu den Russen übergetreten, trotz all der Einsprüche der deutschen Regierung. Wir werden auch Kurland nicht verlassen, wenn auch der Engländer noch so drängelt.

Denn es gilt wirklich, ein Land zu befreien von den ärgsten Greueltaten. Daß wir hier plündern und räubern, ist alles von Grund auf erlogen. Bei uns wird der kleinste Diebstahl viel, viel strenger bestraft wie früher. Wir haben eine sehr gute Disziplin."

Frankreich verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung".

Im März 1920 beteiligte sich der patriotische Feuerkopf an der Niederschlagung des linksradikalen Ruhraufstandes und kämpfte unter anderem in den Straßen Bottrops. Im Mai 1921 kam es zu erbitterten Kämpfen zwischen polnischen Freischärlern und deutschen Selbstschutzverbänden in Oberschlesien, obwohl die Volksabstimmung zwei Monate zuvor ein klares Votum für den Verbleib der Provinz bei Deutschland ergeben hatte. In den Reihen des Freikorps von Heinz Oskar Hauenstein war dort auch der Badener wieder dabei. Ernst von Salomon war voll des Lobes:

"Das Bataillon Schlageter war eines der ersten an der sich langsam neu bildenden Front des deutschen Selbstschutzes. Es schob sich im Rahmen des Regiments in dauernden Gefechten bis in die Ausgangsstellung zu jenem entscheidenden Sturm heran, der den Annaberg wieder in deutsche Hand und Oberschlesien in seinen deutschen Teilen wieder zum Reich bringen sollte."

Unter französischer Kuratel

1922 zog es den Freikorpsveteranen nach Berlin, das ein Magnet für Aktivisten und Hasardeure aller politischen Lager war, die Kontakte knüpften und in Lauerstellung auf den großen Knall warteten. Aber Schlageter interessierte sich nicht für Parteiprogramme, sondern für einsatzfrohe Männer gleicher Gesinnung und Haltung. Als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, setzte auch er sich in Bewegung und wurde am neuen Krisenherd aktiv.

Im Mai 1921 hatten die Siegermächte auf der Londoner Reparationskonferenz von Deutschland die Zahlung von 132 Milliarden Goldmark verlangt und im Weigerungsfall die Besetzung des rohstoffreichen Ruhrgebietes angedroht. 1922 konnte die von Inflation gebeutelte junge Weimarer Republik ihren Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Ende des Jahres stellte die alliierte Reparationskommission fest, daß Deutschland

mit seinen Holz- und vor allem Kohlelieferungen im Rückstand war. Die französische Regierung unter Raymond Poincaré lehnte jedes Entgegenkommen ab und verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung". Das bedeutete nichts Geringeres als den Marsch an Rhein und Ruhr.

Am 11. Januar 1923 drangen französische und belgische Truppen in die Herzkammer der deutschen Kohleproduktion ein. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno rief daraufhin den passiven Widerstand aus und untersagte allen Beamten, einschließlich den Eisenbahnern, die Anordnungen der "Einbruchsmächte" zu befolgen. Von heute auf morgen versiegten alle Kohlelieferungen an das Ausland. Ohne die Mithilfe der deutschen Arbeiter bekamen die Ruhrbesatzer die Kohle weder abgebaut noch ausgeliefert.

Schlageter wollte den passiven Widerstand nun in den aktiven überführen. Ihn schreckte auch nicht, daß die Interalliierte Rheinlandkommission allen mit dem Tod drohte, die sich der Sabotage des Eisenbahnverkehrs und des Anschlags auf Besatzungstruppen schuldig machen. Kämpfernaturen wie Schlageter und Hauenstein erwiesen sich als Männer der Tat, indem sie Bahnschienen und Brücken sprengten, um Kohlentransporte nach Frankreich gänzlich unmöglich zu machen. Aufsehen erregte die von Schlageter für sich reklamierte Beschädigung einer Eisenbahnbrücke bei Kalkum nahe Düsseldorf im März 1923.

Einiges spricht dafür, daß die vielfältigen Sabotageakte mit stillem Einverständnis staatlicher Stellen erfolgten. Unklar und damit Stoff für Verschwörungstheorien ist bis heute, ob Verrat durch eingeschleuste Spitzel oder Unvorsichtigkeit zur Verhaftung Schlageters im April 1923 führte. Schon zwei Monate später wurde er von einem französischen Kriegsgericht wegen Spionage und Sabotage zum Tode verurteilt. Jede Revisionsmöglichkeit wurde ausgeschlossen, Poincaré lehnte ein Gnadengesuch ab.

Schlageters Hinrichtung machte ihn nicht nur in nationalen Kreisen zum Märtyrer, sondern bewegte weite Teile des Volkes. Die Ruhrbesetzung war überall verhaßt, weil sie die Inflation zur Hyperinflation verschärfte und damit die Massenverarmung verstärkte. Sie wurde auch als demütigend empfunden, weil die französische Regierung gezielt nord- und schwarzafrikanische Besatzungstruppen in die Ruhr-Metropolen entsandte. Im Lande herrschte die einhellige Meinung vor, daß die französische Besatzungsmacht kein Recht habe, einen Deutschen auf unrechtmäßig besetztem Heimatboden vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode zu verurteilen.

Ehrung durch Nazis und Kommunisten

In dieser Gemengelage erkannten die Kommunisten eine Chance, der eigenen Sache durch das Propagieren einer Kampfgemeinschaft aller arbeitenden Deutschen mehr Schubkraft zu verleihen. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in einer Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale seine berühmte Rede "Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts", in der er dem von den Franzosen füsilierten Kämpfer gegen die Ruhrbesetzung huldigte und mit den Worten schloß:

"Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden." Das Protokoll des 3. Plenums des Exekutivkomitees vermerkt allgemeinen Beifall. Die Rede erregte viel Aufmerksamkeit, verpuffte aber ohne die erhoffte Mobilisierungswirkung.

Erfolgreicher bei der propagandistischen Indienstnahme Schlageters waren die Nationalsozialisten - und das, obwohl sie den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet aus politischem Kalkül nicht unterstützt hatten. Schon im Frühjahr 1923 wurde innerhalb der Münchner SA eine "Kompanie Schlageter" ins Leben gerufen. Am 10. Juni 1923, als der Hingerichtete in einem Ehrengrab auf dem Schönauer Friedhof beigesetzt wurde, hielt die NSDAP in München eine eigene Gedenkveranstaltung unter Beteiligung Hitlers ab.

Anläßlich des zehnjährigen Todestages Schlageters am 26. Mai 1933 sprach der Philosoph

Martin Heidegger vor dem Haupteingang der Universität Freiburg auf einer großen Gedenkfeier. Zu Ehren des ehemaligen Freiburger Studenten sagte der Universitätsrektor: "Schlageter starb den schwersten Tod, nicht mehr in der vordersten Front als Führer seiner Infanteriebegleitbatterie, nicht mehr im Drang des Angriffs, auch nicht in der Verbissenheit der Verteidigung, nein, wehrlos stand er vor den französischen Gewehren. Aber er stand und trug das Schwerste.<<

Bei einem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke starben am 30. Juni 1923 neun belgische Soldaten.

In Mainz verurteilte die französische Besatzungsmacht 7 Deutsche wegen Sabotage zum Tod. Im besetzten Ruhrgebiet wurden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/-199).

Die englischen Vermittlungsvorschläge zur Beendigung des Ruhrkampfes wurden von Frankreich am 2. August 1923 abgelehnt.

Im Deutschen Reich stieg am 31. August 1923 die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat von 3,5 % auf 6,3 %.

In Nürnberg fand am 1. September 1923 ein Treffen der Vaterländischen Verbände, SA und Freikorps statt. Hitler griff vor über 100.000 Teilnehmern die Innen- und Außenpolitik der deutschen Regierung an.

Hitler erklärte später in München (x256/82): >>... Wir wollen Träger werden der Diktatur der nationalen Vernunft, der nationalen Energie, der nationalen Brutalität und Entschlossenheit. Deutschland kann nur durch die Tat gerettet werden, wenn durch das Reden hier dem letzten Betörten die Binde von den Augen gerissen worden ist.

Von unserer Bewegung geht die Erlösung aus, das fühlen heute schon Millionen. Das ist fast wie ein neuer religiöser Glaube geworden! Und es wird nur zwei Möglichkeiten geben: Entweder marschiert Berlin und endet in München oder München marschiert und endet in Berlin!<<

General Miguel Primo de Rivera putschte am 13. September 1923 gegen die parlamentarische Regierung (Ministerpräsident Manuel Garcia Prieto), um in Spanien die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse zu beenden. Der General führte mit Hilfe der spanischen Armee einen Staatsstreich durch und errichtete eine Militärdiktatur.

Die Mehrheit der spanischen Bevölkerung begrüßte den Militärputsch, da die ständig wechselnden parlamentarischen Regierungen (von 1917 bis 1923 regierten z.B. 15 Ministerpräsidenten) die enormen wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes nicht lösen konnten. König Alfons XIII. stimmte dieser Militärdiktatur ebenfalls zu.

Rivera hob später die Verfassung von 1876 auf und verbot im Jahre 1924 bis auf die Einheitspartei "Unión Patriótica" alle Parteien in Spanien. Der Diktator setzte unpolitische Fachminister ein, bildete lokale Verwaltungen, führte Agrarreformen durch und begann ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.

Die deutsche Reichsregierung verkündete am 26. September 1923 das Ende des passiven Widerstandes (x243/27): >>Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. ...

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in An-

spruch genommen worden. ...

Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. ...

Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß ... die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. ...<<

Als der neue deutsche Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann (1878-1929, von August bis November 1923 Reichskanzler, von 1923-29 Außenminister) den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Gustav Ritter von Kahr (1862-1934, bayerischer Ministerpräsident) forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachte, brach im September/Okttober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/-42).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafentangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig.

...

Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.

Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.

Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.

Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zugunsten aller antidemokratischen Kräfte.

Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<

Käthe Kollwitz (1867-1945, deutsche Grafikerin und Bildhauerin) berichtete am 23. Oktober 1923 (x034/207): >>... Die Rheinische Republik ist ausgerufen, der Dollar steht auf 40 Millionen, für morgen ist der Generalstreik angekündigt. Hunger und Ratlosigkeit überall. Mir ist fürchterlich zumute.<<

Die türkische Nationalversammlung in Ankara erklärte am 29. Oktober 1923 das Osmanische Reich zur Republik Türkei.

Die türkische Nationalbewegung, unter General Mustafa Kemal Pascha (ab 1934 Kemal Atatürk), übernahm danach die Regierung der türkischen Republik. Kemal Atatürk (1881-1938, sogenannter "Vater der Türken") wurde erster türkischer Staatspräsident.

Kemal Atatürk war ein kompromißloser, tatkräftiger Reformpolitiker, der seine Reformen autoritär bzw. diktatorisch durchsetzte: Abschaffung des Kalifats (1924), Ausschaltung des islamischen Rechtssystems, Einführung des Gregorianischen Kalenders, des lateinischen Alphabets (bis 1928), Durchsetzung der westlichen Kleidung sowie des Verschleierungsverbotes, Einführung von Familiennamen (1934).

Da das Geld buchstäblich über Nacht seinen Wert verlor, zahlte man ab Oktober 1923 den Lohn nur noch täglich aus.

Oswald G. Villard schrieb im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

Die deutsche Reichsregierung protestierte am 3. November 1923 gegen die polnische "Entdeutschungspolitik" (x034/209).

Während die bayerische Regierung am Abend des 8. November 1923 eine Regierungserklärung abgab, umstellten SA-Einheiten der NSDAP den Münchener Bürgerbräukeller. Danach stürmte Hitler mit einigen SA-Leuten in den Versammlungsraum, schoß in die Decke und erklärte anschließend schreiend, daß sämtliche Länder-Regierungen der Weimarer Republik und die Reichsregierung gestürzt werden müßten, um das deutsche Volk zu retten. Hitler ließ danach alle anwesenden bayerischen Minister festnehmen und schwörte schließlich feierlich, daß er in 24 Stunden Herr des Deutschen Reiches oder tot sein würde.

Hitler, General Ludendorff und rund 3.000 Anhänger marschierten am 9. November 1923 zur Münchener Feldherrnhalle.

Die bayerische Polizei beendete den "Hitler-Putsch" gewaltsam. Bei den kurzen, heftigen Feuergefechten starben 16 Putschisten und 3 Polizisten. Hitler flüchtete und wurde erst 2 Tage später im Kleiderschrank eines Freundes (Ernst Hanfstaengl) gefunden und verhaftet.

Die NSDAP (57.000 Mitglieder) wurde danach auch in Bayern verboten.

Hitler erklärte nach dem mißglückten Putschversuch (x243/27): >>Wenn ich meine Tätigkeit wieder aufnehme, werde ich eine neue Politik befolgen müssen. Statt die Macht mit Waffengewalt zu erobern, werden wir zum Verdruß der katholischen und marxistischen Abgeordneten unsere Nasen in den Reichstag stecken.

Zwar mag es länger dauern, sie zu überstimmen als sie zu erschießen, am Ende aber wird uns ihre eigene Verfassung den Erfolg zuschieben. Jeder legale Vorgang ist langsam, ... doch werden wir früher oder später die Mehrheit haben - und damit Deutschland. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Hitler-Putsch" (x051/266): >>Hitler-Putsch, am 8./9.11.23 von Hitler und Ludendorff angeführter Umsturzversuch in München gegen die bayerische Landesregierung und die deutsche Reichsregierung.

Träger des Hitlerputsches war der Deutsche Kampfbund, sein Ziel die Errichtung einer "nationalen" Rechtsdiktatur in Deutschland. Verlauf: Am Abend des 8.11. rief Hitler auf einer Versammlung der "nationalen" Verbände im Münchener Bürgerbräukeller die "Nationale Revolution" aus, erklärte die bayerische Regierung, die Reichsregierung und Reichspräsident Ebert für abgesetzt und sich selber zum "Leiter" der deutschen Politik, rief zum Marsch nach Berlin auf und ließ den bayerischen Ministerpräsidenten E. von Knilling, die bei der Versammlung anwesenden bayerischen Minister und den Münchener Polizeipräsidenten festnehmen.

Die ebenfalls anwesenden von Kahr (seit 26.9. als Generalstaatskommissar Leiter der vollziehenden Gewalt in Bayern), General O. von Lossow (Wehrkriegskommissar der Reichswehr in

Bayern) und Oberst H. von Seisser (Chef der bayerischen Landespolizei) sagten unter dem Druck Ludendorffs und Hitlers zu, den Putsch zu unterstützen.

Doch widerriefen Kahr und Lossow, nachdem sie die Versammlung verlassen hatten, ihre Zusagen; Kahr verbot die NSDAP und den Deutschen Kampfbund und verlegte die bayerische Regierung nach Regensburg. Die bayerische Polizei und die Reichswehr schlugen den Hitler-Putsch daraufhin nieder; die Reichsregierung unter Stresemann, die den Putsch für Hoch- und Landesverrat erklärte und General von Seeckt die vollziehende Gewalt im Reich übertrug, brauchte nicht einzugreifen.

Ein von Ludendorff angeregter Zug der Putschisten durch die Münchener Innenstadt zur Feldherrnhalle am 9.11. wurde von der bayerischen Polizei mit Waffengewalt aufgelöst; drei Polizisten und 16 Putschisten kamen dabei ums Leben, viele (darunter Göring) wurden schwer verletzt.

Ein Teil der Führer des Hitlerputsches (darunter Ludendorff) ließen sich verhaften, ein anderer Teil ergriff die Flucht, so auch der leicht verletzte Hitler; im Landhaus von E. Hanfstaengl in Uffing am Staffelsee wurde er am 11.11. verhaftet. Die Führer des Hitlerputsches wurden des Hochverrats angeklagt und verurteilt (Hitler-Prozeß). Die nationalsozialistischen Opfer des Hitlerputsches stilisierte die Propaganda später zu "Blutzeugen der Bewegung", der Jahrestag wurde im Dritten Reich feierlich begangen.<<

Die Preise erreichten im November 1923 unfassbare Summen und stiegen immer rasanter (1 Brot kostete z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark).

Im November 1923 kostete 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark (1919 = 8,57 Mark).

Die Lehrerin Wilhelmine S. berichtete über die Inflation im Jahre 1923 (x067/91): >>Wir erlebten die Inflation, die das Geld in wertloses Papier verwandelte: Hartgeld verschwand, die Scheine wurden an Menge immer mehr und mit Zahlen bedruckt, die in schwindelnde Höhen stiegen. Wir wurden papierene Millionäre und Milliardenäre und schließlich gar Besitzer von Billionen, nur daß der Gegenwert sich bald in nichts auflöste.

Unser Gehalt bekamen wir in wöchentlichen Raten. Unser ältester Kollege holte die ganze Summe jede Woche vom Rathaus; und seine Aktentasche war so voll, daß sie sich nicht mehr schließen ließ. Wir nannten ihn unseren Finanzminister. Während wir in der Pause im Lehrzimmer saßen, legte er jedem von uns seinen Packen Scheine auf den Platz.

Kaum hatten wir sie, so sausten wir damit los, um uns zu kaufen, was wir dafür noch kriegen konnten – schließlich war es kaum noch ein halbes Brot oder eine andere notwendige Kleinigkeit. Wir aber waren froh, unser Geld umgesetzt zu haben. Denn jeden Mittag gegen 1 Uhr war ein neuer Kurs fällig, der sich nach dem Dollar richtete – und dann war unser Reichtum null und nichtig! ...<<

Ein Zeitzeuge berichtete damals über die Not und das Elend in der Hauptstadt Berlin (x256/-78): >>Zahlreiche Kinder auch im zartesten Alter, erhalten nie einen Tropfen Milch, kommen ohne warmes Frühstück zur Schule. Als Schulfrühstück erhalten sie trockenes Brot oder als Aufstrich gequetschte Kartoffeln. Die Kinder gehen vielfach ohne Hemd und warme Kleidungsstücke zur Schule oder werden aus Mangel an Leib und Unterwäsche ganz vom Schulbesuch zurückgehalten.

Die Not erstickt allmählich jedes Gefühl für Ordnung, Sauberkeit und Sitte und läßt nur noch dem Gedanken an Kampf gegen Hunger und Kälte Raum. ...<<

Ein anderer Zeitzeuge berichtete über die Inflation im Jahre 1923 (x243/26): >>Die Mark rutschte, fiel, überstürzte sich, verlor sich im Bodenlosen. Städte, Fabriken, Handelsunternehmungen druckten Assignaten (Papiergeld) nach eigenem Belieben, ließen Milliardenflocken auf die Straße schneien.

Keiner wollte die bunten Zettel wirklich haben. Wer wußte denn, ob sie gedeckt waren? Die

Inflation machte aus dem Geld einen Unsinn. Wer etwas davon in die Tasche bekam, stopfte es am Vormittag in irgendeine Geschäftskasse, um etwas zu erstehen, das er nicht brauchte, der Kaufmann stürzte mit dem Papier in ein anderes Geschäft, nur fort damit, es war, als ob die Geldzettel giftig oder feurig wären; ein Mann kaufte 20 Badewannen, das Wort "Sachwert" wurde Trumpf. ...<<

Die Folgen der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg

Die Einführung der Rentenmark (November 1923) machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).

Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm.

Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.

Gustav Stresemann berichtete später über die Auswirkungen der Inflation von 1923 (x067/-91): >>Der Geschichtsforscher sieht heute noch den Ausgang des Krieges für Deutschland vielfach nur in verlorenen Gebietsteilen, verlorener praktischer Kolonialbetätigung, verlorenem Staats- und Volksvermögen.

Er übersieht vielfach den schwersten Verlust, den Deutschland miterlitten hat. Dieser schwerste Verlust bestand meiner Auffassung darin, daß die geistige und gewerbliche Mittelschicht, die traditionsgemäß Trägerin des Staatsgedankens war, ihre völlige Hingabe an den Staat im Kriege mit der völligen Aufgabe ihres Vermögens bezahlte und proletarisiert wurde.

Wie weit die Staatsräson dazu befugt war, dieses Opfer von einer ganzen Generation zu fordern, dieses Opfer, das darin bestand, daß das vom Staat ausgegebene Geld wertlos und nicht wieder ersetzt wurde, darüber ist der Streit der Geister und vielleicht auch die Praxis der Gesetzgebung bis heute nicht zum Abschluß gekommen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Inflation" (x051/276-277): >>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung (und damit Nachfrageüberhang), Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die

Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.

Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli 21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.

Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete.

Diese verzögerte Auswirkung kam durch die Überwindung der Inflation mit Rentenmark, Umverteilung der Reparationen im Dawesplan und Auslandskredite zustande, denen eine kurze Periode (bis 1929) schmaler Prosperität folgte. Eine neue, allerdings zurückgestaute Inflation löste die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung durch deficit spending und v.a. die Finanzierung der Aufrüstung zum Teil durch Geldschöpfung insbesondere im Zweiten Weltkrieg aus.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtete später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26): >>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulant, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...

Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<

Der deutsche Historiker Eberhard Kolb schrieb im Jahre 1984 über die Auswirkungen der Inflation von 1923 (x067/91): >>Die weitverbreitete Vorstellung von der "Vernichtung des Mittelstandes" durch die Inflation ist nach einhelliger Auffassung der Wirtschafts- und Sozialhistoriker falsch.

Der "Mittelstand" bestand aus sehr verschiedenen Gruppen, die in sehr unterschiedlicher Weise die Auswirkungen der Inflation – die nahezu totale Entwertung aller Geldvermögen und die damit einhergehende totale Entschuldung aller Schuldner (einschließlich der öffentlichen Hände) – zu spüren bekamen.

Während Sparer, Hypothekengläubiger und Inhaber öffentlicher Anleihen ihr Vermögen verloren und die Schicht der Kapitalrentner (Menschen, die von den Zinsen ihres Geldvermögens lebten) ganz verschwand, litten Kleingewerbetreibende, Kleinhändler und Handwerker unter der Inflation kaum in nennenswertem Maße und machten gute Geschäfte, auch die Landwirtschaft wahrte insgesamt ihren sozialen Besitzstand.

Allerdings läßt sich nicht bestreiten, daß der Umverteilungsprozeß innerhalb der deutschen Mittelschicht die Auflösung des deutschen "Bürgertums" als eines sozialen und politischen Machtfaktors beschleunigte, die Interessengegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien erheblich verstärkte und nachhaltig auf die Konfiguration (Gestaltung) des deutschen Parteiensystems zurückwirkte. ...<<

Winifred Wagner (1897-1980, englische Schwiegertochter Richard Wagners) schickte Hitler seit November 1923 regelmäßig Lebensmittelpakete und Schreibpapier in die Gefängniszelle nach Landsberg.

Hitler, ein großer Bewunderer der "Wagner-Musik", blieb in den folgenden Jahren ein großer Förderer (Subventionen und Steuerfreiheit) und Freund der Familie Wagner.

Winifred Wagner berichtete später über ihre Gründe, Hitler zu unterstützen (x105/198): >>... Ich meine, man muß sich vorstellen, in welchem fürchterlichen Elend sich also nach dem Ersten Weltkrieg, während der Inflation, das ganze Volk stand.

Man hungerte, man fror, man hatte kein Geld, man hatte nichts zu essen und es war also eine derartige Depression über ganz Deutschland gekommen, dazu dann diese ganz links, ganz scharf gerichtete, die Spartakistengruppe, die also von Kiel ausging. Dann also die Räterepublik in München. Das war der reinste Anarchismus.

Und da war es doch selbstverständlich, daß sich die, sagen wir mal deutsch empfindenden Menschen, versuchten, zusammenzuschließen und auch irgendwie nach einer Führung verlangten. Und als dann in München dieser damals noch also völlig unbekannte Hitler auftrat und seine wirklich flammenden Reden hielt und uns quasi versprach, durch eine neue Volksgemeinschaft den Versuch zu machen, uns zu retten, daß man da eben in jeder Hinsicht sich ihm anzuschließen bereit war. ...

Also mein Mann war absolut deutschbewußt, hat maßlos unter der Niederlage 1918 gelitten, und suchte auch überall Kontakte zu Menschen, die Deutschland wieder aufzubauen bereit waren, die helfen wollten, wieder Deutschland aufzubauen.

Dann hat mich bei Hitler natürlich sehr begeistert die Idee der Volksgemeinschaft. Ich meine, diese Idee ist nie so lebendig gewesen wie zu Anfang des Nationalsozialismus, also diese absolute Gemeinschaft der Arbeiter der Faust, der Arbeiter der Stirn. Das war doch bis 1918 ein krasser Unterschied. ...

Dann fand ich zum Beispiel großartig die Idee, die Jugend von der Straße wegzuholen, ... Nachher wurde dann die sogenannte Hitler-Jugend aufgebaut, die sogenannten Pimpfe usw., also in der Weise hätte man es vielleicht nicht machen brauchen, aber die Jugend hatte wieder ein Ziel, sie hatte Begeisterung, wurde von der Straße weggeholt, wurde in gesundem Sinne zu Sport angetrieben, also das sind lauter Dinge, die einen irgendwie für den Nationalsozialismus einnehmen konnten.<<

Die Arbeitslosigkeit erreichte einen neuen Höchststand. Am 15. Dezember 1923 wurden 3,5 Millionen Arbeitslose und 2,3 Millionen Kurzarbeiter gemeldet (x034/213).

Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar Viscount d'Abernon (1857-1941), berichtete am 25. Dezember 1923 über die Verhältnisse im Deutschen Reich (x073/110): >>Das auffallendste Kennzeichen der neuen Lage ist die erstaunliche Ruhe und Besserung, die unter der Berührung des Zauberstabes der Währungsstabilität eingetreten ist. ...

Die Lebensmittel in den großen Städten sind plötzlich in Hülle und Fülle vorhanden – Kartoffeln und Getreide werden in großen Mengen auf den Markt gebracht, während die Butter, die man bisher nur in besseren Stadtvierteln bekam, jetzt zu einem bestimmten, wenn auch hohen Preis überall erhältlich ist, Die Schlachthäuser haben jetzt reichlich zu tun. ...

Die wirtschaftliche Entspannung hat eine politische Beruhigung mit sich gebracht, Von Diktatur und Putschen wird nicht mehr geredet, und selbst die äußersten Flügelparteien haben für den Augenblick aufgehört, Unruhe zu stiften. ...<<

Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar d'Abernon, berichtete am 31. Dezember 1923 (x256/82): >>Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, daß sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. ...

In zwölf Monaten, von Januar bis heute, hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden:
die Ruhrinvasion,
den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen,
den Hitlerputsch in Bayern,
eine Wirtschaftskrise ohnegleichen,

die separatistische Bewegung im Rheinland.

Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Veränderung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet.

Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, daß ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird. ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" schrieb im Jahre 1923 über die "Krankheiten Europas" (x269/223-224): >>... Die ganze Familie ist krank, einer immer vom anderen angesteckt. Die robusten unter ihnen, die Neutralen, siechen an Geld- und Goldverstopfung, an völliger Geschäftsstille, an Konkurrenzunfähigkeit durch zu hohe Löhne und Preise.

Die Balkanländer sind schon wieder in die Intrigen der ewigen Balkankonflikte verstrickt, dazu finanziell sehr schlecht stabilisiert, Griechenland ist in einem übermütigen Krieg gegen die Türken ganz zusammengebrochen und in die Krallen einer Militärrevolution geraten, während die Türken, nahezu ausgeblutet durch 14jährige Kriege, sich in den hysterischen Krämpfen politischer und religiöser Umwälzungen winden.

Die Ostlandstaaten wissen noch nicht recht, ob ihre neue Selbständigkeit nicht viel eher eine wirtschaftliche Amputation war, und sehen in eine noch durchaus dunkle, weil vom Schicksal Rußlands abhängige politische Zukunft.

Von diesem Rußland weiß man nicht, liegt es nur in der ... Ohnmacht einer riesenhaften Konstitution oder ist es nur noch eine durch theoretischen Starrsinn galvanisierte Leiche. Die Krankheiten der Tschechoslowakei, Industriekrise und bitterster Nationalitätenhader, zeigen sich zehnfach verschärft in Polen, wo der Haß eben auch in politischen Mord ausgeartet ist. Dafür, für seine völlig sinnlose, Nachbarhaß erregende Zusammensetzung kann es sich bei Frankreich bedanken, dessen aussterbendes Volk seinen imperialistischen Ehrgeiz durch fremde und miserabel bezahlte Söldner befriedigen lassen will.

In der Mitte dieser Epidemien aber liegt der Krankheitsherd Deutschland (von Österreich ganz zu schweigen).

Dem Lebenszentrum Europas hat man den Pestbazillus des Versailler Vertrages eingepflegt, weigert sich jedoch, das Serum der Revision zu verabreichen, und wundert sich dann, daß noch immer durch ganz Europa ein Todesröcheln zu hören ist.<<

Die kommunistische Politikerin Klara Zetkin (1857-1933, seit 1878 SPD-Mitglied, wechselte 1919 zur KPD, seit 1920 zeitweise Mitarbeiterin Lenins, 1920-33 Mitglied des Reichstages) berichtete im Jahre 1923 über den Kampf gegen den Faschismus (x245/313-314): >>Die Ruhrbesetzung hat die faschistische Gefahr gesteigert, die alle Arbeiter ohne Unterschied, ob sie in den sanften sozialdemokratischen oder den übel beleumdeten kommunistischen Organisationen stehen, bedroht.

Der Faschismus bedeutet nicht nur die Gefahr, daß das Weltproletariat in einen neuen Weltkrieg hineinschlittert, der noch umfangreicher und barbarischer sein wird, als alles, was wir an Barbarei, Infamie und Verbrechen während des imperialistischen Weltkrieges erlebt haben.

Die zweite Gefahr besteht darin, daß das Proletariat durch nationalistische Losungen gespalten und kampfunfähig gemacht wird, und daß dadurch die einzige Macht zerstört wird, die fähig ist, nicht nur die Gewaltigen des französischen Hüttenkomitees, sondern auch die Kohlen- und Finanzmagnaten Deutschlands und der ganzen Welt zu besiegen: das international kämpfende Proletariat. ...

Der Faschismus ist der Ausdruck des wirtschaftlichen Verfalls des Kapitalismus und der Auflösung des bürgerlichen Staates.

Wie konnte sich der Faschismus zur Massenbewegung entwickeln, daß er in Italien den Sieg

über die Arbeiterbewegung davontrug?

Es war nur möglich durch den Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft. Breite Schichten des Kleinbürgertums und der Intellektuellen haben die Lebensbedingungen der Vorkriegszeit verloren; sie sind nicht nur proletarisiert, sie sind pauperisiert (massenhaft verarmt).

Die bürgerliche Wirtschaft vermag diesen Schichten nicht einmal die Existenz als Proletarier zu sichern, sie schleppt sie nur mit als Lumpenproletariat. Dazu kommen die Staatsbeamten und Angestellten, denen der vom Bankrott bedrohte Staat die Existenz nicht mehr sichern kann. Die ehemals festesten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft stehen darum der bürgerlichen Regierung zum Teil gleichgültig, zum Teil feindlich gegenüber.

Aber es sammeln sich unter den Losungen des Faschismus auch viele von denen, die früher Vertrauen zu den sozialistischen Losungen hatten, die sich ohne klare Erkenntnis instinktiv im Gegensatz zum Großkapital fühlten und die auf eine Besserung durch die Zählung des Kapitalismus auf dem Weg der Demokratie hofften.

Diese Hoffnung ist von den reformistischen Partei schwer enttäuscht worden, weil selbst Reformen auf dem Boden bürgerlicher Gesellschaft heute nur durch den revolutionären Klassenkampf durchgesetzt werden können. Dazu gesellen sich noch eine Zahl von Berufslosen, nämlich Offiziere, die während des Krieges in Überfülle geschaffen worden sind. Die faschistischen Organisationen gestalten sich so zu einem politischen Asyl für Obdachlose. ...

Der italienische Faschismus spinnt seine Fäden schon nach Deutschland. Er hat seine Organisation in Berlin. Die Hitler-Banden, die in Bayern herrschen, verwandeln Bayern jetzt schon in einen faschistischen Staat. Was ist die schmachvolle Behandlung der politischen Gefangenen anderes als der konsequente Terror des Faschismus?

Während in Bayern das faschistische Programm sich in dem Grundsatz erschöpft: "Haut den Juden", ist das Programm der norddeutschen Organisationen voll von scheinrevolutionären Phrasen, allerdings ohne konkrete Maßregeln zu ihrer Durchführung und alles gedeckt mit dem Stahlpanzer der nationalen Gesinnung. ...

Nach Italien hat der Faschismus seine stärkste Position in Deutschland infolge des Ausganges des Krieges und des Versagens der Revolution. In Deutschland ist die kapitalistische Wirtschaft zerrüttet, die Staatsgewalt ist schwach und andererseits ist in keinem Lande der Gegensatz zwischen der objektiven Reife für die Revolution und der subjektiven Unreife der Arbeiterklasse so groß wie gerade in Deutschland. ...<<

Rudolf Höß (1900 in Baden-Baden geboren, von 1940-43 Lagerkommandant des Vernichtungslagers Auschwitz, 1946 an polnische Behörden ausgeliefert und 1947 im KZ Auschwitz gehängt) wurde im Jahre 1923 als Mittäter eines politischen Mordes zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe) schrieb im Jahre 1923 über den damaligen Antisemitismus (x191/47): >>Ich gehöre einer Rasse an, die im Mittelalter für alle Volksseuchen verantwortlich gemacht wurde und die in der Gegenwart die Schuld an dem Zerfall des Reiches in Österreich und die am Verlust des Krieges in Deutschland tragen soll. Solche Erfahrungen wirken ernüchternd. ...

Wenn wir fortfahren, einander wegen kleiner Verschiedenheiten zu hassen und um kleinen Gewinn zu erschlagen, wenn wir die großen Fortschritte in der Beherrschung der Naturkräfte immer wieder für unsere gegenseitige Vernichtung ausnützen, welche Zukunft steht uns da bevor? ...<<

In Ostgalizien wurde der Aufstand der Ukrainer und Weißruthenen, die sich im Jahre 1923 gegen die polnische Unterdrückung zur Wehr setzten, brutal niedergeschlagen (x064/128-129).

Die "Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" errang im Jahre 1923 bei der ersten jugoslawischen Parlamentswahl 8 Mandate und schloß sich dem Regie-

rungsblock an.

Corneliu Codreanu gründete im Jahre 1923 die rechtsradikale Bewegung "Legion des Erzengels Michael" (Schwarze Fahne mit Hakenkreuz im weißen Kreis).

Mussolini schrieb im Jahre 1923 über die "Sendung des italienischen Faschismus" (x149/26):
>>Die Wahrheit, die heute jedem ins Auge springt, ... ist die, daß die Menschen der Freiheit müde sind. ...

Für die unerschrockene, unruhige und herbe Jugend, die auf die Morgenröte der neuen Geschichtsstunde stößt, gibt es andere Worte, die eine viel größere Faszination ausüben: Ordnung, Hierarchie, Disziplin. ...

Der Faschismus ist über den mehr oder weniger verwesenen Leichnam der Göttin Freiheit hinweggestiegen. ...<<

Ein Erdbeben in Tokio forderte im Jahre 1923 etwa 143.000 Todesopfer (x175/60).

1924

Heinz Orbis (1884-1924, eigentlich Franz-Josef Heinz), ein Führer der von Frankreich unterstützten "Pfälzischen Republik", wurde am 9. Januar 1924 mit seinen engsten Kampfgefährten als "Volksverräter" in Speyer erschossen (x063/547).

Als England die Anerkennung der deutsch-französischen "Rheinischen Republik" ablehnte, stellte Frankreich Anfang 1924 allmählich die Unterstützung der deutschen Überläufer ein (x063/548).

Lenin starb am 21. Januar 1924 an den Folgen eines schweren Schlaganfalls.

Stalin konnte sich nach Lenins Tod erfolgreich behaupten und übernahm völlig überraschend die Führung der KPdSU. In den folgenden erbarmungslosen Machtkämpfen beseitigte der verschlagene Georgier allmählich sämtliche Gegner.

Josef Stalin

Josef Stalin (eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili) wurde 1879 in Gori (Georgien) geboren. Stalin stammte aus ärmlichen Verhältnissen, sein Vater war Schuhmacher.

Von 1894-98 besuchte Stalin das orthodoxe Priesterseminar in Tiflis. Stalin, der als bolschewistischer Revolutionär den Decknamen "Koba" führte, war seit 1898 Mitglied der bolschewistischen Arbeiterpartei und wurde deshalb aus dem Priesterseminar verwiesen. Im Jahre 1902 verhaftete man den ehemaligen Priesterschüler in Batumi während eines Aufstandes und verbannte ihn 1903 nach Sibirien. Stalin konnte 1904 aus der Verbannung fliehen und schloß sich im Kaukasus den Bolschewiken an.

Die eigentliche Parteikarriere des Georgiers begann 1912, als er als Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda" in Erscheinung trat. 1913 wurde Stalin in Wien verhaftet und erneut nach Sibirien verbannt (1914-16).

Stalin war ein listiger, unbarmherziger Machtpolitiker, der wie Hitler, als Außen- und Innenpolitiker oftmals unerhörtes Glück hatte. Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der seit 1912 den Deck- bzw. Künstlernamen "Stalin" ("der Stählerne") führte, war relativ klein. "Der Stählerne" litt unter seiner geringen Körpergröße, denn er war nur etwa 1,65 m groß (x080/-31). Stalin war außerdem körperbehindert (verkrüppelter bzw. verkürzter und steifer linker Arm, wurde als Kind von einer Kutsche angefahren - x080/31).

Entscheidend für Stalins spätere Machtübernahme wurde sein Amt als Generalsekretär des ZK der KPdSU, das er 1922 übernahm. Lenin schätzte Stalin zwar als guten Organisator, aber er lehnte den zwielichtigen Generalsekretär und schwachen Partei-Ideologen wegen seiner Skrupellosigkeit und zahlreichen Intrigen als Führungspersönlichkeit entschieden ab.

Lenin schrieb in seinem Testament vom 25. Dezember 1922 über Stalin und Trotzki (x073/-55): >>... Nachdem Genosse Stalin Generalsekretär wurde, vereinigte er eine enorme Macht in seinen Händen, und ich bin nicht sicher, daß er es immer versteht, diese Macht mit der notwendigen Vorsicht zu gebrauchen.

Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki nicht nur durch seine außergewöhnlichen Fähigkeiten aus, wie er in seinem Kampf mit dem Zentralkomitee in der Frage des Volkskommissariats für Straßen und Verkehr bewiesen hat, sondern er ist auch sicherlich der fähigste Mann im augenblicklichen Zentralkomitee. Aber er neigt auch dazu, durch sein zu weit gehendes Selbstvertrauen sich zu sehr für die rein administrative Seite der Dinge zu interessieren.<<

Lenin sprach sich in einem Nachtrag des Testaments vom 4. Januar 1923 eindeutig gegen Stalin aus (x073/55): >>... Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, der unter uns Kommunisten durchaus erträglich ist, wird vollkommen untragbar in dem Büro des Generalsekretärs.

Ich schlage daher den Genossen vor, ein Mittel zu finden, um Stalin aus dieser Stellung zu entfernen und einen anderen zu ernennen, der sich von Stalin in jeder Weise nur durch Überlegenheit unterscheidet – nämlich geduldiger, loyaler, höflicher, aufmerksamer gegen die Genossen und weniger launisch ist und so weiter.

4. Januar 1923. Lenin.<<

Leo Trotzki (ein herausragender Ideologe und Redner der Kommunistischen Partei), der bereits 1927 durch Stalin ausgeschaltet wurde, schrieb damals über den schwachen Parteiideologen Stalin (x073/57): >>... Er besitzt praktischen Sinn, Ausdauer und Beharrlichkeit in der Verfolgung seiner Ziele.

Sein politischer Horizont ist äußerst beschränkt, sein theoretisches Niveau vollkommen primitiv. Sein zusammengestoppeltes Buch "Die Grundlagen des Leninismus", in dem er versucht, den theoretischen Traditionen der Partei einen Tribut zu zollen, wimmelt von schülerhaften Fehlern. ... Nach der Art seines Verstandes ist er ein hartnäckiger Empiriker (Erfahrungsmensch), dem jede schöpferische Einbildungskraft fehlt. ...<<

Obwohl Lenin in seinem Testament vom 4. Januar 1923 ausdrücklich empfahl, Stalin abzulösen und zu entmachten, konnte sich der verschlagene Georgier erfolgreich behaupten (x128/-42). Stalin gelang es, die Veröffentlichung des Testaments zu verhindern. Er blieb nach Lenins Tod im Amt und übernahm sogar die Führung der KPdSU.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Stalin (x068/244): >>Nach Lenins Tod 1924 sichert sich Jossif Wissarionowitsch Stalin die unumschränkte Autorität. Der Nachkomme leibeigener Kleinbauern, der Sohn des georgischen Schumachers und Fabrikarbeiters Dschugaschwili, befiehlt nun das größte Machtpotential der Diktatoren aller Zeiten.

Nur selten wird erwähnt oder gar hervorgehoben, daß Stalins infernalischer Haß, seine Tücke, Rachsucht, die fürchterliche Frucht einer negativen Vaterbeziehung, bei seiner Ausbildung zum Priester noch gefördert worden sind, daß er schließlich anstelle des einen Dogmatismus nur den anderen setzte.

Im Priesterseminar von Tiflis, wo Mönche und Inspektoren die Seminaristen argwöhnisch, ja, feindselig bewachten, beobachteten, ihre Zimmer und sie selbst untersuchten, schon die geringsten "Verbrechen", wie Lesen eines unerwünschten Buches, bestrafen, wurde Stalins Haß auf Obrigkeiten, sein künftiger Terror, wurden seine Racheträume in den Jahren von 1894 bis 1899 regelrecht herangezuchtet.

"Hier", schreibt Gustav Bychowski, einst Ordinarius für Psychiatrie in Warschau, in seinen psychoanalytischen Persönlichkeits- und Geschichtsdeutungen diverser "Diktatoren", "hier absolvierte der spätere Revolutionär eine Lehre in der Ausübung von Kälte, Grausamkeit und Arglist. ... Als Josef Stalin mit der revolutionären Bewegung in Berührung kam, brach er mit der Theologie und setzte den Marxismus an die Stelle der griechischen Orthodoxie. Für ihn war es nur natürlich, daß er ihm mit dem dogmatischen Fanatismus anhing, den er bei seinen theologischen Studien entwickelt hatte." ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über Stalins Persönlichkeit (x080/-397): >>Stalin war ein Außenseiter. Er hatte keine natürliche Bindung an seine Familie, seine

Heimat, seine Nation, seine Schulkameraden. Er war weder Georgier noch Russe, weder Arbeiter noch Intellektueller. ...

Sein Eheleben war reine Fassade. Dasselbe gilt für sein geselliges Leben ... Wie so häufig bei Stalin stellen wir fest, daß normale menschliche Eigenschaften bei ihm entweder ganz gefehlt oder nur in Rudimenten existiert haben müssen.

Eines seiner hervorstechendsten Merkmale war eine ausgeprägte Mittelmäßigkeit im Verein mit einer ausgeprägten Willenskraft.

Stalins Persönlichkeit war von einem tiefen Gefühl der Unsicherheit durchzogen, das ihn veranlaßte, seine eigene Rolle bei zahlreichen Ereignissen in verfälschter Weise darzustellen. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Stalin (x192/-435): >>Die Mythen, denen sich die Propaganda für Josef Stalin (1879-1953) in Rußland bediente, waren den faschistischen nicht unähnlich.

Stalin trat in vielen verschiedenen Rollen auf, seine Selbstdarstellung stützte sich aber vor allem auf seine "bäuerliche" Herkunft als Sohn eines georgischen Schusters, um das Image eines erdverbundenen Patriarchen und gütigen Landesvaters aufzubauen.

In Wahrheit brachte Stalin mit seiner in brutaler Weise durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft, die Millionen Todesopfer forderte, mit den Massensäuberungen und dem Aufbau eines lückenlosen Polizeistaates unendlich viel Leid über seine Landsleute.<<

Stalins Gewaltherrschaft in der Sowjetunion

Nach der Machtübernahme zertrümmerte Stalin systematisch die jahrhundertealte russische Gesellschaftsordnung und entfesselte einen Terror, wie ihn Rußland bis dahin noch nicht erlebt hatte. Der Stalinismus verteilte die Kapitalisten, sprach die kommunistische Partei selig und setzte den sogenannten "Klassenkampf der Proletarier" mit brutaler Gewalt durch.

Stalins Kommunismus bzw. totalitäre Alleinherrschaft brachte in den folgenden Jahrzehnten grenzenloses Elend und beispiellose Not über die Völker der Sowjetunion. Massenverschleppungen und geheime Hinrichtungen von politischen Gegnern gehörten damals zur Tagesordnung.

Das russische Volk war in der Zarenzeit bereits beispiellos verelendet, aber während der Stalin-Diktatur von 1924 bis 1953 wurden die Lebensverhältnisse der sowjetischen Völker noch wesentlich schlechter.

Stalin war zwar kein herausragender Theoretiker, aber er war ein eiskalter Taktiker und ein nervenstarker, rücksichtsloser Machtpolitiker. Er pflegte seine langfristige Liquidationspolitik, mit einer fast unvorstellbar vorausschauenden Skrupellosigkeit und Zielstrebigkeit zu planen. Der Stalinismus ("persönliche Diktatur") zeichnete sich vor allem durch eine verschlagene Art von Heuchelei, raffinierte Demagogie und die konsequente Ausnutzung von zwangsläufig einsetzenden Kettenreaktionen aus.

Die "Diktatur des Proletariats", der "Soziale Kollektivismus" oder die "Soziale Weltrevolution" dienten nur als Tarnung, um Stalins diktatorische Gewaltherrschaft und die Verwirklichung der maßlosen osteuropäischen Expansionsziele gewaltsam zu realisieren.

Karl Marx, der Begründer des sogenannten "wissenschaftlichen Sozialismus", warnte bereits im Jahre 1853 vor dem russischen Vormarsch nach Westen (x043/275): >>... Es wird sich herausstellen, daß die natürliche Grenze Rußlands von Danzig oder etwa Stettin bis nach Triest reichen wird.<<

Stalins Staatssicherheitsabteilung besaß eine weitverzweigte, hervorragend organisierte geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" unter verschiedenen Namen operierte (Tscheka = 1917-22, GPU = 1922-34, NKWD = 1934-46, MWD = 1946-53 und danach KGB). Diese gnadenlosen Vollstrecker der Stalinisten verfolgten und beseitigten alle vermeintlichen Systemgegner. In den ersten 10 Jahren der Stalin-Diktatur wurden mindestens 8,0

Millionen "Staatsfeinde" in die Straflager Nordrußlands oder nach Sibirien verschleppt (x061/467).

Stalins Terrormethoden wurden später häufig von Hitler nachgeahmt. Das NS-Regime imitierte z.B. "erfolgreich" die sowjetischen Zwangsarbeitslager ("Vernichtung durch Arbeit"), Massenerschießungen, Zwangsumsiedlungen und die Verschleppung von Arbeitskräften. Weitere Nachahmungen der NSDAP waren: Gestapo = NKWD, Hitlerjugend = Stalinschüler bzw. Komsomolzen.

Hitler hielt Stalin später für einen "tollen Kerl" und hatte große Achtung vor dem sowjetischen Diktator. Der Führer bewunderte Stalin, der mit eiserner Faust die riesige Sowjetunion zusammenhielt und für den Menschenleben völlig bedeutungslos waren.

Der deutsche Politologe Eugen Kogon (1903-1987, 1939-45 KZ-Haft in Buchenwald) berichtete später über die Unterschiede zwischen Lenin und Stalin (x245/127): >>... Bleibt die Frage, die oft genug gestellt worden ist: Wäre die Fortentwicklung des Sowjetkommunismus anders verlaufen, wenn Lenin noch Jahre an der Spitze des Sowjetreichs gestanden hätte?

Hätte er wesentlich anders als Stalin gehandelt, dessen Gefährlichkeit er zuletzt selbst einsah? Die Frage wird hier nicht wiederholt, um unnützen Spekulationen nachzuhängen, sondern um die Antwort zum Charakterbild Lenins, soweit möglich, beizutragen.

Der mächtige Mann, ohnmächtig geworden, hat am Ende mit längeren Zeiträumen der politischen Entwicklung in Sowjetrußland gerechnet, und da das Regime endlich Bestand hatte, sollte eine friedlichere Art der Einwirkung auf die Menschen im Sowjetbereich möglich geworden sein.

"Im Kriege handeln wir nach Kriegsbrauch; wir versprechen keinerlei Freiheit und keinerlei Demokratie", sagte er beim Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale. An anderer Stelle: "Die Freiheiten werden solange nicht gewährt, als wir nicht endgültig gegen die Angriffe der Bourgeoisie gesichert sind".

Im Falle genügender Sicherung und Sicherheit wären "die Freiheiten" also "gewährt" worden. Kann man annehmen, daß dies in den zwanziger und dreißiger Jahren hätte geschehen können? Die internationale Wirklichkeit der beiden Jahrzehnte spricht dagegen.

Es kommt hinzu, daß nicht zu erkennen ist, wie es Lenin hätte gelingen sollen, die zwei objektiven Grunderfordernisse der sowjetischen Entwicklung, wenn die Union im politisch-ökonomischen Wettbewerb der globalen Entwicklung aufholen und bestehen sollte, ohne umfassende Gewaltanwendung zu erfüllen: die rasche und zureichende kollektive Akkumulation des notwendigen Investitionskapitals, die ja nur durch systematischen bewirkten Konsumverzicht zu erreichen war, und die industriewirtschaftliche Arbeitsdisziplinierung der Bauernschaft, die folglich radikal "umerzogen" werden mußte.

Man darf annehmen, daß Lenin die beiden Erfordernisse nicht annähernd so barbarisch realisiert hätte, wie Stalin es getan hat; aber um die Härte, die er für alle "historischen Fälle" gewohnt war, wäre er seinen Prämissen gemäß nicht herumgegangen.

Ganz anders steht es ohne Zweifel mit Lenins Verhältnis zur Partei: niemals, unter keinen Umständen hätte er auch nur den Versuch unternommen, sie sich total gefügig zu machen, sie sich schrankenlos zu unterwerfen, sie zum mechanisiert-instrumentalisierten Exekutionsapparat zu degradieren.

Kalt, heuchlerische Liquidierung verdienter Bolschewiki nach Schauprozessen mit erfolgten Selbstbezeichnungen – nein, das wäre Lenin nicht einmal in den Sinn gekommen. Der Personenkult außerdem war ihm verhaßt, wie hätte er ihn erzwingen können. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über Stalins rücksichtslose Machtpolitik in den Jahren 1923 bis 1929 (x080/178,190): >>>Heute kennen wir das Ergebnis des politischen Kampfes, der von 1923 bis 1929 anhielt: In diesen 6 Jahren schaltete Stalin eine Reihe von Gegnern aus. Zunächst verbündete er sich mit den übrigen Mitgliedern des Politbü-

ros erfolgreich gegen Trotzki.

Sodann versetzte er im Bündnis mit der "Rechten" unter Bucharin und Rykow zunächst dem "Linksblock" unter Kamenew und Sinowjew und danach einer neuen Koalition der Linken mit den Trotzkiisten einen vernichtenden Schlag. Und zum Schluß eliminierten er und seine Anhänger ihre bisherigen Verbündeten, die "Rechten". ...<<

>>... Stalin hatte es tatsächlich verstanden, während der letzten 5 Jahre seine wahren Eigenschaften vor den "Rechten" zu verbergen. Das ist an sich schon eine erstaunliche politische Leistung und ein Symptom für die abgründigen Züge in seiner Persönlichkeit.

Der unglückliche Bucharin war allerdings nur ein weiteres Glied in einer langen Kette angeblich intelligenter Leute, die Stalins wahre Natur erst erkannten, als es zu spät war. Sie reicht von Lenin bis zu Roosevelt ...<<

Der Erste Staatsanwalt Ludwig Stenglein begründete am 21. März 1924 den Strafantrag im Hitler-Prozeß in München (x245/344): >>... Hitler ist aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen, er hat im großen Krieg als tapferer Soldat seine deutsche Gesinnung bewiesen und nachher aus kleinsten Anfängen heraus in mühsamer Arbeit eine große Partei, die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", geschaffen, wobei die Bekämpfung des internationalen Marxismus und Judentums, die Abrechnung mit den Novemberverbrechern und die Ausbreitung des nationalen Gedankens in allen Volkskreisen, besonders auch in der Arbeiterschaft, die wesentlichen Programmpunkte waren.

Über seine Parteipolitik habe ich kein Urteil zu fällen, sein ehrliches Streben aber, in einem unterdrückten und entwaffneten Volke den Glauben an die deutsche Sache wieder zu erwecken, bleibt unter allen Umständen ein Verdienst. Er hat hier, unterstützt durch seine einzigartige Rednergabe, Bedeutendes geleistet.

Wurde er auch durch die Kampf Stimmung in den Reihen seiner Anhänger zu einer einseitigen Einstellung geführt, so wäre es doch ungerecht, ihn als Demagogen zu bezeichnen; vor diesem Vorwurf schützt ihn die Echtheit seiner Überzeugung und die uneigennützig hingabe an die von ihm selbst gewählte Lebensaufgabe. Sein Privatleben hat er stets rein erhalten, was bei den Verlockungen, die an ihn als gefeierten Parteiführer naturgemäß herantraten, besondere Anerkennung verdient. ...

Hitler ist ein hochbegabter Mann, der aus einfachen Verhältnissen heraus sich eine angesehene Stellung im öffentlichen Leben errungen hat, und zwar in ernster und harter Arbeit. Er hat sich den Ideen, die ihn erfüllten, bis zur Selbstaufopferung hingegeben und als Soldat in höchstem Maße seine Pflicht getan. Daß er die Stellung, die er sich schuf, eigennützig ausnützte, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Auch bei der Tat, die jetzt abzuurteilen ist, war nicht so sehr persönlicher Ehrgeiz, wenn er auch zweifellos eine Rolle mitspielte, als höchste Begeisterung für die deutsche Sache als Beweggrund ausschlaggebend.

Als Mensch können wir Hitler unsere Achtung nicht versagen. ...<<

Hitler, der wegen Hochverrats angeklagt wurde, verteidigte sich während des Strafprozesses selbst. Er hielt am 27. März 1924 im Verlauf der Verhandlung, die zeitweise an eine "bayerischen Justizposse" erinnerte, vor dem Volksgerichtshof München I eine mehr als 4 Stunden dauernde Verteidigungsrede.

Hitler beendete seine Verteidigungsrede mit folgendem theatralischen Schlußwort (x030/174): >>... Mögen Sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichts der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwalts und das Urteil des Gerichtes zerreißen, denn sie spricht uns frei. ...<<

Der Volksgerichtshof München I beendete am 1. April 1924 den Strafprozeß (vom 24. Februar bis zum 1. April 1924) gegen Hitler. Der Hochverräter Hitler wurde lediglich zu 5 Jahren Festungshaft (damalige Mindeststrafe für Hochverrat) verurteilt.

Da Hitler noch österreichischer Staatsbürger war, hätte der Ausländer Hitler gemäß Republik-schutzgesetz § 9 Abs. 2 sofort ausgewiesen werden müssen. Die bayerischen Richter verzich-teten jedoch wegen der "ehrenhaften, patriotischen Einstellung" auf Hitlers Ausweisung.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Hitler-Prozeß" (x051/265-266): >>Hitler-Prozeß, Strafprozeß vor dem Münchener Volksgericht vom 24.2.-1.4.24 gegen zehn führende Teilnehmer des Hitlerputsches: Hitler, Ludendorff, Röhm, Frick, Pöhner, Kriebel, F. Weber, R. Wagner, Brückner und Pernet; die Anklage lautete auf Hochverrat.

Nach dem zu Gunsten der Angeklagten parteilichen Gerichtsverfahren (sie hatten reichlich Gelegenheit zu heftigen Angriffen gegen die Weimarer Republik, man billigte ihnen ehrenhaf-te Motive zu) wurden Hitler, Pöhner, Kriebel und Weber zur gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft (mit Aussicht auf baldige Strafaussetzung zur Bewährung) verurteilt, Röhm, Frick, Wagner, Brückner und Pernet zu 15 Monaten Festungshaft mit Bewährung. Lu-dendorff wurde unter Würdigung seiner Verdienste als Feldherr im Ersten Weltkrieg freige-sprochen.

Das Urteil gegen Hitler, der damals noch österreichischer Staatsbürger war, verstieß gegen § 9, Abs. 2 des Republikschutzgesetzes, der die Ausweisung eines wegen Hochverrats verurteil-ten Ausländers aus dem Deutschen Reich vorschrieb.

Nach rund einjähriger Haft in der Festung Landsberg am Lech wurde Hitler am 20.12.24 ent-lassen.<<

Hitler wurde nach seiner Verurteilung in der Festung Landsberg am Lech interniert. Während der Haft diktierte der "Vorzugshäftling" Hitler seinem "Schreiber" Rudolf Heß den 1. Teil seiner Rechenschafts- und Programmschrift "Mein Kampf" (eine Sammlung von bisherigen Partei- und Hetzreden).

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schrieb später über Hitlers Landsberger Haft (x245/345): >>... Wie der gescheiterte Putschist das Tribunal zur Bühne seiner hemmungslo-sen Anklagen gegen die "Judenpolitik" hatte machen können, so kam ihm auch der Strafvoll-zug in jeder Weise entgegen. Anstatt, wie noch einmal im Herbst 1924 geplant, den uner-wünschten Ausländer abzuschieben, gewährte man Hitler im Kreis der etwa 40 mitinhaftierten Gesinnungsgenossen einen geradezu erholsamen Aufenthalt auf der Festung Landsberg, der mehr als vorzeitig schon im Dezember 1924 mit Begnadigung endete.

Im großen Aufenthaltsraum, wo Hitler beim Mittagessen den Vorsitz hatte, prangte die Ha-kenkreuzfahne; am 8. November 1924 hielt man eine Gedenkfeier ab. Die Haftanstalt wurde geradezu zu einem ersten "Braunen Haus", in dem Hitler, meist in Lederhosen und Tirolerjak-ke gekleidet, der Ehrenbezeugungen seiner Getreuen und die Briefe, Blumen und Sympathie-kundgebungen der Außenwelt entgegennahm. Dazu gehörten auch der Geburtstagsbrief des alten Houston Stewart Chamberlain aus Bayreuth, der Hitler als den "großen Vereinfacher" feierte und mit dem Satz schloß: "Gott, der ihn uns geschenkt hat, möge ihn noch viele Jahre bewahren zum Segen für das deutsche Vaterland."

Vor allem aber hatte der bislang nur redende "Schriftsteller" nun Muße und Hilfsmittel, ein – wie er selbst höhnte – Hochschulstudium auf Staatskosten zu genießen. Er verschlang die be-reitstehende Lektüre und machte sich mit willkommenen Hilfstheorien wie mit der Geopolitik Karl Haushofers vertraut, der ihn durch Vermittlung seines Studenten Rudolf Heß wiederholt besuchte, und schon im Juni begann er sein großes Buch zu schreiben, das die Abrechnung mit Vergangenheit und Gegenwart führen und den neuen, nun "legalen" Weg zur Macht und Herrlichkeit der nationalsozialistischen Zukunft verbindlich deklarieren sollte. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Hitlers Re-chenschafts- und Programmschrift "Mein Kampf" (x192/439): >>In seiner Programm- und Rechtfertigungsschrift "Mein Kampf" hatte Hitler die Zerstörung des Kommunismus, die Er-oberung neuen Lebensraumes und die Vernichtung des Judentums zu den zentralen Zielen

seiner Politik erklärt.

Das Buch erzielte seit 1933 riesige Auflagen, war fast in jedem deutschen Haushalt verfügbar, doch die wenigsten lasen es, und wer sich damit befaßte, nahm es nicht ernst. Mit diesem extremistischen Propagandageschwätz ließ sich doch keine Politik gestalten. Doch genau das geschah, auch wenn das Ganze in taktische Winkelzüge, Täuschungsmanöver und Friedensbe-teuerungen eingebunden wurde.

Kein anderer Politiker hat je seine Kernziele im voraus so präzise und offen formuliert wie Adolf Hitler. ...<<

Der deutsche Kulturbund wurde im April 1924 durch die jugoslawische Regierung aufgelöst und das gesamte Vermögen beschlagnahmt. Diese Maßnahme begründete man mit der Unterdrückung der slowenischen Minderheit in Österreich (x006/31E).

Die KPD-Führung gründete im Mai 1924 eine kommunistische Wehrorganisation (den "Roten Frontkämpferbund").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die kommunistische Wehrrorganisation "Roter Frontkämpferbund" (x051/502): >>Roter Frontkämpferbund (RFB), mit Beschluß der KPD-Führung vom Mai 24 ins Leben gerufene kommunistische Wehrorganisation, deren Mitgliederzahl von 15.000 (1925) auf über 100.000 (1928) anwuchs, davon etwa die Hälfte KPD-Angehörige.

Als Antwort auf Stahlhelm und Reichsbanner gedacht, wurde der Rote Frontkämpferbund zu einem Instrument der Moskau-Fraktion innerhalb der KPD, deren Vorsitzender Thälmann ab Februar 25 auch den Roten Frontkämpferbund führte. Er gründete Nebenorganisationen wie den "Roten Jungsturm", die "Rote Marine" und den "Roten Frauen- und Mädchenbund", setzte seine Kampfgruppen mit den Schalmeienkapellen für propagandistische Paraden z.B. bei den jährlichen Reichskonferenzen ein oder bei Straßenkämpfen mit politischen Gegnern.

Die blutigen Auseinandersetzungen am Maifeiertag 1929 in Berlin führten zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung besonders intensiv verfolgt und rasch zerschlagen wurde.<<

Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1946) kritisierte am 29. August 1924 während einer offiziellen Kundgebung die deutsche Kriegsschuld gemäß § 231 des Versailler Vertrages (x034/-232): >>... Die Reichsregierung erklärt, ... daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. ... (Das deutsche Volk müsse befreit werden) von der Bürde dieser falschen Anklage.<<

Der Reichsrat nahm gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung am 29. August 1924 die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen.

Das Deutsche Reich sollte bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhielt das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten.

Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren seien. Mit Hilfe des Dawes-Planes sollten die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden.

Das Deutsche Reich mußte danach die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/44). Die deutsche Reichsbank wurde außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhielt für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.

Im "Dawes-Plan" von 1924 hieß es z.B. (x128/120-121): >>... Je mehr es gelingt, die Zahlungen automatisch, geregelt und unabhängig von den Schwankungen gegenüber der Reparationsfrage zu gestalten, um so weniger Reibungen werden entstehen und um so größer wird die tatsächliche Stabilität des deutschen Staatshaushalts sein.

Letzten Endes ist die beste Sicherheit für die Zahlung das Interesse der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, ehrlich eine Last auf sich zu nehmen, von der die Welt überzeugt ist, daß sie die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit nicht übersteigt, und so rasch als möglich eine Last abzutragen, die schwer ist und schwer sein soll.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Dawes-Plan" (x051/-109): >>Dawes-Plan, Maßnahmenkatalog der Reparationskommission nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen (Festlegung 19.3.23 auf 226 Milliarden Goldmark) auf die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands abzustimmen.

Der Dawesplan beruhte auf einem Gutachten des amerikanischen Bankiers C. G. Dawes (1865-1951; Friedensnobelpreis 1925) vom 9.4.24, der als Voraussetzung weiterer deutscher Leistungen die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und unter Anspielung auf Frankreich die Einstellung der "Faustpfandpolitik" (Ruhrkampf) forderte.

Er sah jährliche deutsche Zahlungen von 1-1,75 Milliarden für eine Übergangszeit von vier Jahren und später von 2,5 Milliarden Goldmark vor; das Reich erhielt einen Stützungskredit von 800 Millionen Goldmark und verpfändete dafür seine Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern; Frankreich verpflichtete sich zur Räumung des Ruhrgebietes binnen zwölf Monaten.

Der am 16.8.24 in London geschlossene Vertrag passierte am 29.8.24 den Reichstag und trat zwei Tage später in Kraft. Die Folge war eine politisch-psychologische Entspannung in Deutschland und Europa, eine zunehmende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit amerikanischem Kapital und eine stetig wachsende Auslandsverschuldung.

1930 wurde der Dawesplan durch den von der NSDAP heftig bekämpften Youngplan ersetzt, der die Gesamthöhe der Reparationen auf 34,5 Milliarden Mark (zahlbar bis 1988) herabschraubte.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Dawes Plan (x364/135-136): >>Der Dawes-Plan

Diese Sackgasse wurde also verlassen und die Ruhr frei gemacht, als sich Deutschland mit einer Kompromißlösung einverstanden erklärte, die als der Dawes-Plan bekannt ist. Diesen "Plan" hatte J. P. Morgan entworfen, und zwar mit Hilfe eines Komitees internationaler Finanzexperten. Charles Dawes, J. P. Morgan, ein Rothschild-Genosse, gehörte zu den führenden Finanziers Amerikas zu Beginn dieses Jahrhunderts. Nebenbei ist zu sagen, daß Morgan eine wesentliche Rolle bei der Gründung des "Council of Foreign Relations" (Rat für Auswärtige Beziehungen) - der "unsichtbaren Regierung" - im Jahre 1921 gespielt hat. Der CFR lenkt seitdem die Geschicke Amerikas.

Nach dem Dawes-Plan wurden in den ersten vier Jahren Deutschland Kredite in Höhe von 800 Millionen Dollar eingeräumt. Diese sollten für den Wiederaufbau benutzt werden, der seinerseits die Finanzen bringen sollte, mit denen die Reparationszahlungen an Deutschlands Gläubiger zu leisten waren. Ein Großteil des Geldes stammte aus den Vereinigten Staaten.

Dazu berichtet Professor Quigley:

"Es ist zu beachten, daß dieses System von den internationalen Banken eingerichtet wurde, und daß das Ausleihen des Geldes anderer an Deutschland für diese Banker höchst gewinnbringend war."

Er schreibt weiter: "Mit Hilfe dieser amerikanischen Kredite wurde die deutsche Industrie

weitgehend mit den neuesten technischen Einrichtungen ausgerüstet. Mit diesen amerikanischen Krediten konnte Deutschland seine Industrie wieder aufbauen und sie mit Abstand zur zweitbesten der Welt entwickeln.

Damit konnten Wohlstand und Lebensstandard beibehalten werden, trotz Niederlage und Reparationen, und die Reparationen bezahlt werden, ohne die Übel eines defizitären Haushaltes und einer negativen Handelsbilanz.

Mit Hilfe dieser Kredite konnten die deutschen Schuldner ihre Kriegsschuld an England und die USA zurückzahlen, ohne Waren und Dienstleistungen zu exportieren. Devisen, die in Form von Krediten an Deutschland gingen, flossen an Italien, Belgien, Frankreich und England in Form von Reparationen zurück sowie schließlich an die Vereinigten Staaten in Form von Rückzahlung der Kriegsschulden.

Was allein an diesem System schlecht war, war, daß es einfallen würde, sobald die Vereinigten Staaten kein Geld mehr liehen, und zweitens, daß in der Zwischenzeit die Schulden lediglich von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden und niemand der Zahlungsfähigkeit auch nur einen Schritt näher kam. In der Zeit von 1924 bis 1931 bezahlte Deutschland 10,5 Milliarden Mark an Reparationen, borgte sich aber insgesamt 18,6 Milliarden Mark. Somit war rein gar nichts gelöst, aber die internationalen Banker saßen im Himmel, wo es von Gebühren und Provisionen nur so regnete." ...<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen Bankiers Charles Dawes (1865-1951).

Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.

Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.

Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bängigen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.

... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.

Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.

Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.

Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzelite formiert sich

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.

Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, *"von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten."* Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel."*

Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.

Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.

"Was an dem System nicht stimmte, war nur,

a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. *"Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandelt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinlbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. *"Drei Häuser - Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co und National City Company - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."*

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahl-

hersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

"Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

"Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht."

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

"Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab." 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.

Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter *"saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*

Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.

Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35 Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.

Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.

"Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."

Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufge-

rüstet wurde. *"Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer (späteren) kriegesischen Konfrontation ... wieder niederzuwerfen."*

Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"böser Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb."* ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/38-39): >>Das Netz der Dulles-Brüder

_ von Karel Meissner

Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler - bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.

Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makellosen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001.

Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.

Profitmaschine Versailles

Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel, Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.

John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J. P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen.

1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, daß US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer Demokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger - eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.

"Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen."

US-Botschafter Dodd

Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ih-

ren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averell Harriman sowie die Investmentbanken J. P. Morgan und Goldman Sachs.

Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. "In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. ... Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen", faßt Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.

War das business as usual - oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines "unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich".

Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe, seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, daß John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt als "Kriegstreiber" beschimpfte.

Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und zwar auf Vermittlung von Konzernboß Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten - auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt geebnet hatte.

Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an - von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der New York Times: "Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten."

Der Putsch von Morgan & Co.

Dodds Rede über die Versuche einer "Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen", waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongreß-Ausschuß für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, daß einflußreiche Kreise mittels einer faschistischen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten.

Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N. Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und - auch vom Präsidenten - unter den Teppich gekehrt. Roosevelt mußte sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des spä-

teren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.

Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der pro-deutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits mußte den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen.<<

Der Zeppelin "LZ 123" startete am 12. Oktober 1924 in Friedrichshafen zur Fahrt nach Nordamerika (1. Zeppelinfahrt über den Atlantik nach Amerika). Der Luftschiffer Hugo Eckener (1868-1954) führte die 1. Passagierfahrt nach Nordamerika in 81,5 Stunden ohne Zwischenlandung durch.

Am 26. November 1924 wurde in Ulan Bator die "Mongolische Volksrepublik" proklamiert. Die "Mongolische Volksrepublik" wurde damit der zweite kommunistische Staat der Welt und stand bis zum Zusammenbruch der UdSSR (1991) unter dem dominanten Einfluß der Sowjetunion.

Hitler wurde am 20. Dezember 1924 nach nur 9 Monaten Haft wegen "guter Führung" aus Landsberg entlassen. Der Gefängnisdirektor beschrieb Hitler damals als einen Mann der Ordnung, der sich genügsam, bescheiden und gefällig verhielt und weder rauchte noch Alkohol trank.

Nach dem "wahnsinnigen Billionenrausch" der Jahre 1922-1923 raffte sich Deutschland im Jahre 1924 zwar wieder mühsam auf, aber die astronomischen Reparationsforderungen führten langfristig zum wirtschaftlichen Ruin des Deutschen Reiches.

Bis 1924 erarbeitete die Reichswehrführung die erforderlichen Grundlagen für eine geheime Erweiterung der deutschen Reichswehr (x098/52).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Reichswehr" (x051/487-488): >>Reichswehr, Bezeichnung für die Streitkräfte des Deutschen Reiches 1919-35, gemäß Versailler Vertrag bestehend nur aus Heer (100.000 Mann) und Marine (15.000 Mann), da Luftrüstung untersagt war.

Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche stellte die Reichswehr wegen des hohen Ausbildungsstands ihrer Berufssoldaten als Kerntruppe für eine spätere große Armee ein beachtliches militärisches Instrument dar, das wegen des Verbots von Angriffswaffen (Panzer, Kampfgas, U-Boote u.a.) mit geheimen Aufrüstungsmaßnahmen ausgebaut wurde in Zusammenarbeit mit der Roten Armee (ab 1924 Panzerschulung, ab 1930 Luftwaffenausbildung).

Die Reichswehr stand unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten, dessen Verfügungen aber vom Reichswehrminister (1919/20 Noske, bis 1928 Geßler, bis 1932 Groener, dann bis zur Machtergreifung Schleicher und danach Blomberg) gegengezeichnet werden mußten. Militärische Führer waren der Chef der Heeresleitung (1919/20 Reinhardt, bis 1926 Seeckt, bis 1930 Heye, dann Hammerstein-Equord) und der Chef der Marineleitung (1919/20 Trotha, bis 1924 Behncke, bis 1928 Zenker, dann Raeder).

Gebildet aus ehemaligen Angehörigen des kaiserlichen Heeres und der kaiserlichen Marine, aus Freikorps und sonstigen Freiwilligen, war die Reichswehr von antirepublikanischem Geist geprägt, hielt sich aber während der ersten Krisenjahre an den Verfassungsauftrag.

Nach Hindenburgs Amtsantritt als Reichspräsident (1925) keimten in der Reichswehr Hoffnungen auf einen neuen autoritären Staat, die in der Zeit der Präsidialkabinette neuen Auftrieb bekamen.

Zwar war Hitler nicht unbedingt der Mann der Reichswehr, die er intensiv umwarb, doch

wurde seine Machtübernahme begrüßt, zumal er sofort Schritte zur Aufrüstung ankündigte (Rede vor Reichswehrgenerälen am 3.2.33). Nach der Entmachtung der SA und der Liquidierung ihrer Volksmilizpläne in der Röhm-Affäre (30.6.34) machte die Reichswehr endgültig ihren Frieden mit dem nationalsozialistischen Regime und führte die Vereidigung der Soldaten auf Hitler persönlich ein. Seit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16.3.35) hieß sie offiziell Wehrmacht.<<

Im Deutschen Reich wurden im Jahre 1924 etwa 200.000 illegale Abtreibungen durchgeführt. Die deutschen Zeitungen vertraten im Jahre 1924 folgende politische Richtungen (x074/-1.062): "Rechtsstehende Parteien = 444, Zentrum = 284, Demokraten = 166, Sozialdemokraten = 142 und KPD = 20 Zeitungen.

Nach einer statistischen Ermittlung eines britischen Historikers fielen der kommunistischen Revolution von 1917 bis 1924 folgende Personen zum Opfer (x046/169): >28 Bischöfe, 1.219 Geistliche, 6.000 Professoren und Lehrer. 9.000 Doktoren, 12.950 Grundbesitzer. 54.000 Offiziere, 70.000 Polizisten, 193.290 Arbeiter, 260.000 Soldaten, 355.250 Intellektuelle und Gewerbetreibende, 815.000 Bauern.<<

Der italienische Politiker Giacomo Matteotti (1885-1924, führender Sozialist und Gegner Mussolinis) forderte die Arbeiter im Jahre 1924 zur Zurückhaltung und zum Stillhalten auf (x149/27): >>... Bleibt in euren Wohnungen; reagiert nicht auf die Provokationen. Auch Schweigen und Feigheit sind zuweilen echter Heldenmut. – Man muß den Mut zur Feigheit haben!<<

Giacomo Matteotti wurde noch im selben Jahr von Faschisten entführt und ermordet.

Der Völkerbund erkannte im Jahre 1924 die gewaltsame völkerrechtswidrige Annexion des ostpreußischen Memelgebietes durch Litauen an (eindeutiger Vertragsbruch der Versailler Abmachungen).

Aufrechte Vorkämpfer für Völkergemeinschaft und Frieden, wie z.B. Leon Blum (1872-1950, Sozialist, mehrfach französischer Ministerpräsident), Romain Rolland (1866-1944, französischer Schriftsteller, Nobelpreis 1915) und viele andere französische Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler kritisierten im Jahre 1924 die völkerrechtswidrige Behandlung der Minderheiten in Polen.

In einem Protestschreiben von französischen Schriftstellern und Politikern hieß es z.B. (x024/44): >>Eine Woge des Terrors rollt über Polen hinweg. Die Presse kann kaum davon sprechen, da sie geknebelt ist.

Es handelt sich um ein Polizeiregime in all seiner Schrecklichkeit und in seinen wilden Unterdrückungsmaßnahmen. Die Gefängnisse der Republik umschließen heute einige tausend politische Häftlinge, von ihren Kerkermeistern mißhandelt, beleidigt, mit Riemen und Stöcken geschlagen.

Das Leben, das man ihnen aufzwingt ist derartig, daß in zahlreichen Gefängnissen die Gefangenen den Tod der langsamen Marter, der sie unterworfen sind, vorziehen. ...<<

Im Jahre 1924 erhielten alle nordamerikanischen Ureinwohner die US-Bürgerrechte zuerkannt (x075/56). Die katastrophale wirtschaftliche Lage der nordamerikanischen Ureinwohner änderte sich jedoch nicht.

Die Einwanderung von Chinesen und Japanern wurde 1924 durch ein neues US-Einwanderungsgesetz verboten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Rechtsstellung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten im 20. Jahrhundert (x068/70-71): >>... Doch noch immer durften viele Indianer nicht wählen. Noch 1940 verweigerten ihnen sieben nordamerikanische Staaten dies Recht. Und der weitaus größte Teil der Indianer vegetierte auch weiterhin in großer Armut.

Noch in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts betrug das durchschnittliche Einkommen

einer nordamerikanischen Indianerfamilie 1.500 Dollar pro Jahr; waren weit mehr als die Hälfte aller Indianer der USA dauernd oder oft ohne Arbeit; stieg die Arbeitslosigkeit in einigen Reservationen bis auf 86 %; blieben 90 % ihrer Wohnungen unter dem Standard; fehlte fließendes Wasser bei 80 %, war das aus Bächen und Gräben herbeigeschleppte Wasser, nach amtlichen Feststellungen, "möglicherweise gesundheitsschädlich"; war Krankheit durch Tuberkulose bei Indianern sieben- bis achtmal häufiger als bei weißen Amerikanern, war die Kindersterblichkeit doppelt so hoch, die Lebenserwartung überhaupt 42 Jahre, bei den Indianern Arizonas sogar nur 30 Jahre.

Kommentar überflüssig.

Natürlich suchte man den traurigen Rest der Rothäute nun durch gewisse Segnungen der amerikanischen Zivilisation und Kultur zu beglücken, drängte man ihm Schulen auf. Aber, gesteht Jesuit John F. Bride, "wir haben auf die indianische Mentalität nicht den geringsten Eindruck machen können." Immerhin ein erfreuliches Resultat.

Und in einer Hinsicht erzielten die US-Lehrmethoden trotz allem oder vielmehr wegen allem sogar einen Aufsehen erregenden Rekord. Sind doch, nach Dr. Dan O'Connel, einem weißen Psychiater und Berater der Association of Indian Affairs, die Selbstmordziffern der indianischen High-School-Studenten mehrere hundert Mal höher als im Durchschnitt der Nation. ...<<

Der chinesische Präsident Sun Yat-sen (1866-1925, trat seit 1894 für die Erneuerung bzw. Befreiung Chinas ein) berichtete im Jahre 1924 über die Unterdrückung Chinas (x128/323):

>>Die Revolutionen im Ausland begannen mit dem Kampf um die Freiheit. ... Einstmals lautete die Parole der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Parole unserer Revolution lautet: Nationalität, Rechte des Volkes, Lebenserhaltung des Volkes. ...

Damals kämpfte man in Europa für die Freiheit des einzelnen; aber heute ist die Anwendung der Freiheit nicht mehr die gleiche. Wie sollen wir heute diesen Begriff "Freiheit" anwenden? Wenden wir ihn auf den einzelnen an, dann wird daraus ein "Haufen losen Sandes". So kann man ihn keinesfalls auf den einzelnen anwenden.

Wenden wir ihn auf den Staat an, so kann der einzelne nicht zu viel Freiheit haben, aber der Staat erhält vollkommene Freiheit. Wenn erst der Staat in der Lage ist, in Freiheit zu handeln, dann wird China ein starker Staat werden. Wenn wir das wollen, dann müssen alle von ihrer Freiheit opfern. ...

Warum wollen wir die Freiheit für den Staat? Weil China von den Mächten unterdrückt wird und seinen Platz als Staat verloren hat. Es ist nicht nur eine halbe Kolonie, sondern in Wahrheit bereits eine Hypokolonie, schlimmer als Burma, Annam (Vietnam) und Korea.

Burma, Annam und Korea sind Kolonien von nur einem Lande, nur Sklaven von einem Herrn. China ist Kolonie aller Länder, Sklave aller Länder. China ist jetzt Sklave von mehr als 10 Herren. Daher ist der Staat jetzt äußerst unfrei.<<

1925

Am 10. Januar 1925 weigerte sich Frankreich, die "Kölner Zone" fristgerecht zu räumen.

Am 11. Februar 1925 starben 136 Bergleute bei einem Grubenunglück in Dortmund-Eving.

Im Münchener Bürgerbräukeller erfolgte am 27. Februar 1925 die Neugründung der NSDAP.

Friedrich Ebert (1871-1925, 1. deutscher Reichspräsident der Nachkriegszeit, ein pflichtbewußter sozialdemokratischer Politiker) starb am 28. Februar 1925 überraschend an den Folgen einer nicht rechtzeitig behandelten Blinddarmentzündung.

Mit Friedrich Ebert (ein "einfacher Sattlergeselle", der wegen seiner Herkunft oftmals verspottet wurde) verlor das Reich einen gütigen, maßvollen Staatsmann und treuen Hüter der Verfassung.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann schrieb damals über seinen ehemaligen parteipolitischen Gegner Friedrich Ebert (x059/52): >>Der Tod des ersten deutschen Reichsprä-

sidenten reißt eine Lücke, von der bis heute niemand weiß, wer sie ausfüllen soll. In schwerster Zeit hat der Reichspräsident sein Amt mit Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet. ...<<

Während der Reichsratssitzung am 9. März 1925 beschimpften Abgeordnete der KPD den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert als "Helfershelfer des Großkapitals". Auch die Nationalsozialisten lehnten ein Staatsbegräbnis für das tote Staatsoberhaupt ab.

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete später über die Totenfeier für Friedrich Ebert (x269/240): >>An einem Spalier von Hunderttausenden vorüber ging der lange, düstere Zug, der den Sarg des ersten Reichspräsidenten durch die Berliner Straßen zum Potsdamer Bahnhof geleitete. ...

Der Trauerzug wurde von Militär eröffnet: Reiterei, Artillerie, Infanterie aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, und Matrosen – dann folgten Leichen- und Kranzwagen und hinter ihnen außer den Angehörigen die Vertreter aller Gruppen des offiziellen Deutschland. ...

Bis der Sarg in den Sonderzug getragen wurde, der ihn zur Bestattung auf dem Heidelberger Bergfriedhof nach Süddeutschland führte, defilierte hier die endlose Schar der Menschen – dem toten Reichspräsidenten zum letzten Gruß.<<

Adolf Hitler erhielt am 9. März 1925 in Bayern Redeverbot. Preußen und die Mehrheit der deutschen Länder erteilten Hitler später ebenfalls Redeverbot.

Hitler wohnte in dieser Zeit mit seiner Geliebten (Angela Raubal, Hitlers 17jährige Nichte) mehrere Monate auf dem Obersalzberg.

Nach der NSDAP-Neugründung (rd. 27.000 Mitglieder) hielt sich Hitler bewußt zurück. Er schickte Gregor Strasser am 11. März 1925 nach Norddeutschland, um dort eine NSDAP-Parteiorganisation zu errichten.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann erklärte am 12. März 1925 in der "Kölnischen Zeitung" (x064/132): >>Es gibt keine Partei in Deutschland von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, die von ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspreche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu ertrotzen, und nicht den Willen, es zu tun.

Wenn aber Artikel 19 der Völkerbundsatzung ausdrücklich davon spricht, daß unabwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.<<

Paul von Hindenburg (Kandidat der konservativen und rechten Parteien) erklärte am 11. April 1925 während des Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten (x058/324-325): >>Vaterländisch gesinnte Deutsche aus allen Gauen haben mir das höchste Amt im Reich angetragen. Ich folge diesem Ruf nach ernster Überlegung. Mein Leben liegt klar vor aller Welt. Ich glaube auch in schwierigen Zeiten meine Pflicht getan zu haben.

Wenn diese Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung – ohne Ansehen der Partei, der Person, der Herkunft und des Berufes – als Reichspräsident zu wirken, so soll es nicht an mir fehlen. Als Soldat habe ich immer die ganze Nation im Auge gehabt, nicht die Parteien; sie sind in einem parlamentarisch regierten Staat notwendig, aber das Staatsoberhaupt muß über ihnen stehen und unabhängig von ihnen für jeden Deutschen walten.

Den Glauben an das deutsche Volk und an den Beistand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen plötzlichen Umschwung zu glauben. Kein Krieg, kein Aufstand im Innern kann unsere gefesselte, leider durch Zwietracht zerspaltene Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit, es bedarf vor allem der Säuberung unseres Staatswesens von denen, die aus der Politik ein Geschäft gemacht haben. Ohne Reinheit des öffentlichen Lebens und ohne Ordnung kann kein Staat gedeihen.

Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechtes hochzuhalten. Wie der erste Präsident auch als Hüter der Verfassung seine Herkunft aus der sozialdemokratischen Partei nie verleugnet hat, so wird auch niemand mir zumuten können, daß ich meine politische Überzeugung aufgebe. ...

Ich reiche jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt und den konfessionellen Frieden will, und bitte jeden Deutschen: Hilf auch du mir zur Auferstehung unseres Vaterlandes! ...<<

Der wegen Mordes zum Tod verurteilte Friedrich Haarmann (1879-1925, seit 1918 Polizeispitzel im Zuhältermilieu Hannovers, 1924 verhaftet) wurde am 15. April 1925 in Hannover hingerichtet. Der homosexuelle, wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestrafte, Haarmann ermordete von 1918-24 in Hannover mindestens 27 junge, obdachlose Männer (x175/225-227).

Thomas Mann erklärte am 23. April 1925 vor der Wahl des Reichspräsidenten (x034/252):

>>Ich wäre stolz auf die politische Zucht und den Zukunftsinstinkt unseres Volkes, wenn es darauf verzichtet, einen Recken der Vorzeit zu seinem Oberhaupt zu wählen.<<

Der "Reichsblock" der rechten Parteien rief damals zur Wahl Hindenburgs auf (x256/88):

>>... Wir betrachten es als die ganz selbstverständliche Pflicht aller Deutschen, sich mit ganzer Kraft und Hingabe für unseren Hindenburg einzusetzen.

Hindenburg war Euer Führer in großer und schwerer Zeit, Ihr seid ihm gefolgt, Ihr habt ihn geliebt! Er hat Euch nie verlassen.

Kämpft für ihn auch jetzt, wo er in alter Führertreue wieder an Eure Spitze treten will, um seinem Vaterland in friedlichem Aufbau zu dienen!

Unsere Losung lautet deshalb: Mit Hindenburg zum Sieg für die Einheit aller Deutschen, für christliche Art und sozialen Fortschritt, für des Vaterlandes Größe und Freiheit!

Hindenburg der Retter aus der Zwietracht!<<

Der bereits 78jährige, parteilose Generalfeldmarschall a.D., Paul von Hindenburg (Kandidat der konservativen und rechten Parteien) wurde am 26. April 1925 Nachfolger Friedrich Eberts.

Der neue Reichspräsident von Hindenburg, der bis zu diesem Zeitpunkt ein völlig unerfahrener Politiker war, erhielt im 2. Wahlgang 14,65 Millionen Stimmen, während die Gegenkandidaten Marx (13,75 Millionen Stimmen) und Thälmann (1,93 Millionen Stimmen) bekamen (x034/252).

Hitler erhielt am 30. April 1925 die beantragte Auswanderungsgenehmigung und wurde auf eigenen Wunsch von der Landesregierung Oberösterreich aus der österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen.

Im Münchener Franz Eher Verlag erschien am 18. Juli 1925 Hitlers Buch "Mein Kampf".

Im Verlagsprospekt des Buches hieß es damals (x034/258): >>In seinem, während seiner Kerkerhaft geschriebenen Werke führt er den Kampf gegen alle diejenigen, denen Lüge, Dummheit und Feigheit Bundesgenossen sind und zeigt uns den Weg, den wir wählen müssen, um unsere Achtzigmillionennation aus den Fesseln der inneren wie äußeren Feinde zu befreien.<< Hitlers Buch "Mein Kampf" wurde nach Hitlers Machtübernahme zwar "zwangsweise" viel gekauft, aber nur äußerst selten gelesen. Die Auflage des Buches betrug 1933 = 1,5 Millionen, 1940 = 6,0 Millionen und 1943 = 9,8 Millionen Exemplare.

Ab April 1936 erhielt jedes deutsche Brautpaar eine "NS-Bibel" als Hochzeitsgeschenk des Führers. Wegen seiner Unleserlichkeit oder den z.T. haarsträubenden Behauptungen und unglaublichen Drohungen beachtete die deutsche Bevölkerung Hitlers Buch eigentlich nie richtig ("Mein Kampf": Der einsame Spitzenreiter auf der NS-Bestsellerliste - Ein Bestseller ohne Leser - Ein Buch, an dem höchstens die Seitenzahlen stimmten).

Der 2. Teil der "NS-Bibel" erschien im Jahre 1926.

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über Hitlers Buch "Mein Kampf" (x051/380-381): >>Mein Kampf, nach dem gescheiterten Hitlerputsch vom 9.11.23 in der Landsberger Festungshaft entstandenes Buch Hitlers, dessen ersten Band er zunächst seinem Chauffeur Maurice und später seinem persönlichen Sekretär Heß in die Maschine diktierte. Ursprünglich geplanter Titel: "Viereinhalb Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit". Nach seiner vorzeitigen Entlassung am 20.12.24 diktierte Hitler den zweiten Band seiner Sekretärin und Amann.

Der erste Band mit dem Untertitel "Eine Abrechnung" erschien am 18.7.25, der zweite, "Die nationalsozialistische Bewegung" untertitelt, am 11.12.26 im Eher-Verlag in München. Ab 1930 erschienen beide Bände in der 782 Seiten umfassenden, einbändigen, bibelformatigen Volksausgabe. Bis zu dieser Ausgabe wurden 23.000 Exemplare des ersten und 13.000 des zweiten Bandes verkauft. Danach, bis zum Machtantritt Hitlers am 30.1.33, rund 287.000 Exemplare. Die weitere Auflagenentwicklung: Ende 33: 1,5 Millionen, 1938: 4 Millionen, 1943: 9,84 Millionen.

Der Verkauf von "Mein Kampf" wurde bewußt "von oben" gefördert. So "empfahl" der Reichsinnenminister im April 36 den Standesbeamten, jedem Brautpaar "Mein Kampf" als Geschenk zu überreichen. Im Oktober 38 wurden die Buchhändler durch den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer angehalten, nur noch Neuauflagen von "Mein Kampf" zu verkaufen. In einem Rundschreiben der Parteikanzlei vom 13.12.39 wurde gefordert, "daß eines Tages jede deutsche Familie, auch die ärmste, des Führers grundlegendes Werk besitzt".

Trotz der Auflagenrekorde wurde das in 16 Sprachen übersetzte Buch, wie Forschungen von Karl Lange belegt haben, vor und nach 1933 sowohl in Deutschland wie im Ausland nur wenig gelesen.

Wie Hitler im Vorwort schreibt, suchte er in "Mein Kampf" die "Ziele unserer Bewegung klarzulegen" sowie "ein Bild der Entwicklung derselben zu zeichnen". Außerdem nahm er die Gelegenheit wahr, "eine Darstellung meines eigenen Werdens zu geben, soweit dies zum Verständnis sowohl des ersten als auch des zweiten Bandes nötig ist und zur Zerstörung der von der jüdischen Presse betriebenen üblen Legendenbildung über meine Person dienen kann". Ausdrücklich wandte sich Hitler in seinem Bekenntnisbuch nicht an "Fremde, sondern an diejenigen Anhänger der Bewegung, die mit dem Herzen ihr gehören und deren Verstand nun nach innigster Aufklärung strebt".

Seiner literarischen Leistung – "Mein Kampf" ist im typischen Hitlerschen Redestil niedergeschrieben – stand Hitler durchaus kritisch gegenüber: "Ich bin kein Schriftsteller", sagte er im Frühjahr 38 zu H. Frank. "Die Gedanken gehen mir durch beim Schreiben. 'Mein Kampf' ist eine Aneinanderreihung von Leitartikeln für den 'Völkischen Beobachter', und ich glaube, selbst dort würde man sie aus sprachlichen Gründen nur ungern annehmen."

Doch: "Inhaltlich möchte ich nichts ändern."

Tatsächlich hat Hitlers "Mein Kampf" trotz zahlreicher stilistischer Verbesserungen in all seinen Auflagen nur eine wesentliche Änderung erfahren. Dabei handelt es sich um die Tilgung der letzten Spuren demokratischer Willensbildung in Partei und Staat zugunsten des absoluten Führerprinzips: Wurde 1925 und 1928 noch von "germanischer Demokratie" und "Wahl des Führers" gesprochen, so galt von 1930 an der "Grundsatz der unbedingten Führerautorität".

Als Quelle ist "Mein Kampf", was Hitlers autobiographische Passagen und die Schilderung der frühen Parteigeschichte der NSDAP betrifft, lückenhaft, irreführend, verschleiern und verschweigend – eine positiv stilisierte Selbstdarstellung, die nur bedingt zu nutzen ist.

In theoretisch-programmatischer Hinsicht jedoch lassen die Aussagen über das Wesen der rassistisch-antisemitischen, auf Eroberung von Raum im Osten angelegten Weltanschauung Hitlers und ihre Methoden (Organisation, Taktik, Propaganda) an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Daran können auch der unsystematische Aufbau des Werkes und Hitlers langatmige abschweifende, sich wiederholende Gedankenführung nichts ändern. In "Mein Kampf" ist das Revolutionäre, Primitive und Brutale des Nationalsozialismus deutlich ausgesprochen.

Nach 1945 gingen die Verlagsrechte an "Mein Kampf", dessen Originalmanuskripte seit Kriegsende verschollen sind, auf den Freistaat Bayern über, der im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt aus Sorge um das deutsche Ansehen im Ausland jede erneute Auflage untersagt.

"Dieser Entschluß", schreibt der Historiker Eberhard Jäckel in seinem Standardwerk über Hitlers Weltanschauung, "ist jedoch nur in Deutschland durchsetzbar, und so ergibt sich die absonderliche Lage, daß in anderen Ländern zahlreiche, z.T. von gänzlich unverdächtigen Wissenschaftlern eingeleitete Übersetzungen erhältlich sind, während der Originaltext nur in den unterschiedlichen und daher unzulänglichen Fassungen der nationalsozialistischen Ausgaben in Bibliotheken greifbar ist.

So berechtigt die politische Rücksichtnahme manchem erscheinen mag, bedenklicher ist in Wahrheit der Umstand, daß der Staat auf diesem Wege Zensur ausübt und der Wissenschaft die Möglichkeit nimmt, eine wichtige historische Quelle einwandfrei benutzbar zu machen, die ... den verbrecherischen Charakter Hitlers überzeugender offenlegt als viele Kommentare".<<

In seinem Buch "Mein Kampf" schrieb Hitler z.B. über die Ideologie und Ziele des NS-Regimes (x128/151-153: >>1. Der Ausgangspunkt

... Elende und verkommene Verbrecher!

Je mehr ich mir in dieser Stunde über das ungeheure Ereignis klarzumachen versuchte, um so mehr brannte mir die Scham der Empörung und der Schande in der Stirn. Was war der ganze Schmerz der Augen gegen diesen Jammer?

Was folgte, waren entsetzliche Tage und noch bössere Nächte – ich wußte, daß alles verloren war. Auf die Gnade des Feindes zu hoffen, konnten höchstens Narren fertigbringen oder -Lügner und Verbrecher. In diesen Nächten wuchs mir der Haß gegen die Urheber dieser Tat.

In diesen Tagen wurde mir auch mein Schicksal bewußt. Ich mußte nun lachen bei dem Gedanken an meine eigene Zukunft, die mir vor kurzer Zeit noch so bittere Sorgen bereitet hatte. War es nicht zum Lachen, Häuser bauen zu wollen auf solchem Grunde? Endlich wurde mir auch klar, daß doch nur eingetreten war, was ich so oft schon befürchtete, nur gefühlsmäßig nie zu glauben vermochte.

Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führern des Marxismus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, daß Schurken keine Ehre besitzen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suchte die andere schon nach dem Dolche.

Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder – Oder.

Ich aber beschloß, Politiker zu werden. ...

2. Massenpsychologische Einstellung

... Die breite Masse des Volkes besteht weder aus Professoren noch aus Diplomaten. Das geringe abstrakte Wissen, das sie besitzt, weist ihre Empfindungen mehr in die Welt des Gefühls. Dort ruht ihre entweder positive oder negative Einstellung. ... Ihre gefühlsmäßige Einstellung aber bedingt zugleich ihre außerordentliche Stabilität. Der Glaube ist schwerer zu erschüttern als das Wissen. Liebe unterliegt weniger dem Wechsel als Achtung.

Haß ist dauerhafter als Abneigung, und die Triebkraft zu den gewaltigsten Umwälzungen dieser Erde lag zu allen Zeiten weniger in einer die Masse beherrschenden wissenschaftlichen Erkenntnis als in einem sie beseelenden Fanatismus und manchmal in einer sie vorwärtsjagenden Hysterie.

Wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihrem Herzen öffnet. Es heißt nicht Objektivität, sondern Wille und Kraft. ...

3. Ariertum und "Höherzüchtung"

Wenn wir versuchen aus dem Wort "völkisch" den sinngemäß innersten Kern herauszuschälen, kommen wir zu folgender Feststellung:

Die völkische Weltanschauung erkennt die Bedeutung der Menschheit in dessen rassistischen Urelementen. Sie sieht im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck und faßt als seinen Zweck die Erhaltung des rassistischen Daseins der Menschen auf. Sie glaubt somit keineswegs an eine Gleichheit der Rassen, sondern erkennt mit ihrer Verschiedenheit auch ihren höheren oder minderen Wert und fühlt sich durch diese Erkenntnis verpflichtet, gemäß dem ewigen Wollen, daß dieses Universum beherrscht, den Sieg des Besseren, Stärkeren zu fördern, die Unterordnung des Schlechteren und Schwächeren zu verlangen.

Sie huldigt damit prinzipiell dem aristokratischen Grundgedanken der Natur und glaubt an die Geltung dieses Gesetzes bis herab zum letzten Einzelwesen. Aus der Masse schält sich für sie die Bedeutung der Person heraus, dadurch aber wirkt sie gegenüber dem desorganisierenden Marxismus organisatorisch.

Damit entspricht die völkische Weltanschauung dem innersten Wollen der Natur, da sie jenes freie Spiel der Kräfte wiederherstellt, das zu einer dauernden gegenseitigen Höherzüchtung führen muß, bis endlich dem besten Menschentum, durch den erworbenen Besitz dieser Erde, freie Bahn gegeben wird zur Betätigung auf Gebieten, die teils über, teils außer ihr liegen werden.

Alles Mögliche, das in allem wesentlichen seiner Ansichten himmelweit auseinanderklafft, treibt sich zur Zeit unter dem Deckwort "völkisch" herum. Die organisatorische Erfassung einer Weltanschauung kann aber ewig nur auf Grund einer bestimmten Formulierung derselben stattfinden, und was für den Glauben die Dogmen darstellen, sind für die sich bildende politische Partei die Parteigrundsätze.

Jede Weltanschauung, sie mag tausendmal richtig sein und von höchstem Nutzen für die Menschheit sein, wird so lange für die praktische Ausgestaltung eines Völkerlebens ohne Bedeutung bleiben, als ihre Grundsätze nicht zum Panier (Wahlspruch) einer Kampfbewegung geworden sind, die ihrerseits wieder so lange Partei sein wird, als sich ihr Wirken nicht im Siege ihrer Ideen vollendet hat, und ihre Parteidogmen die neuen Staatsgrundgesetze der Gemeinschaft eines Volkes bilden.

Damit muß also der völkischen Weltanschauung ein Instrument geschaffen werden, das ihr die Möglichkeit einer kampfesmäßigen Vertretung gewährt, ähnlich wie die marxistische Parteiorganisation für den Internationalismus freie Bahn schafft.

Dieses Ziel verfolgt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Menschliche Kultur und Zivilisation sind auf diesem Erdteil unzertrennlich gebunden an das Vorhandensein des Ariers. Sein Aussterben oder Untergehen wird auf diesen Erdteil wieder die dunklen Schleier einer kulturlosen Zeit senken.

Das Untergehen des Bestandes der menschlichen Kultur durch Vernichtung ihres Trägers aber erscheint in den Augen einer völkischen Weltanschauung als das fluchwürdigste Verbrechen. Wer Hand an das Ebenbild des Herrn zu legen wagt, frevelt am gütigen Schöpfer dieses Wunders und hilft mit an der Vertreibung aus dem Paradies.

4. "Lebensraum im Osten"

... Die Außenpolitik des völkischen Staates hat die Existenz der durch den Staat zusammengefaßten Rasse auf diesem Planeten sicherzustellen, indem sie zwischen der Zahl und dem Wachstum des Volkes einerseits und der Größe und Güte des Grund und Bodens andererseits ein gesundes, lebensfähiges, natürliches Verhältnis schafft.

Als gesundes Verhältnis darf immer nur jener Zustand angesehen werden, der die Ernährung eines Volkes auf eigenem Grund und Boden sichert. Jeder andere Zustand, mag er auch Jahrhunderte, ja selbst Jahrtausende andauern, ist nichtsdestoweniger ein ungesunder und wird

früher oder später zu einer Schädigung, wenn nicht zur Vernichtung des betreffenden Volkes führen.

Nur ein genügend großer Raum auf dieser Erde sichert einem Volke die Freiheit des Daseins. Dabei kann man die notwendige Größe des Siedlungsgebietes nicht ausschließlich von den Erfordernissen der Gegenwart aus beurteilen, ja nicht einmal von der Größe des Bodenertrages, umgerechnet auf die Zahl des Volkes. Denn wie ich schon im ersten Band unter "Deutsche Bündnispolitik vor dem Kriege" ausführte, kommt der Grundfläche eines Staates außer ihrer Bedeutung als direkter Nährquelle eines Volkes auch noch eine andere, die militärpolitische, zu. ...

... Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.

Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken. ...<<

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über "Die Weltanschauung Hitlers" (x051/632-635): >>Immer wieder hat Hitler von seiner Weltanschauung gesprochen, ohne diesen Begriff exakt zu definieren oder den Inhalt systematisch darzustellen.

Bereits aus seinem Bekenntnisbuch "Mein Kampf" jedoch läßt sich Hitlers Weltanschauung als ein in sich schlüssiges Gedankengebäude herausarbeiten. Daß Hitler, was lange in Frage gestellt wurde, über eine solche in sich folgerichtige, konsistente Weltanschauung verfügte, ist spätestens seit Jäckel unbestritten, ebenso wie die Tatsache, daß sich Hitler deren Prämissen und Zielen bis zu seinem Ende verpflichtet fühlte.

Ausgangspunkt war für Hitler "die Natur mit ihren ewig gültigen Gesetzen". Im alles beherrschenden Kampf ums Dasein gelte für Individuen wie Gemeinschaften allein das Recht des Stärkeren, während es die Bestimmung des Schwachen sei, zugrunde zu gehen. Um des "Forterhaltungswillens" werde "ein stärkeres Geschlecht die Schwachen verjagen", werden die "lächerlichen Fesseln einer sogenannten Humanität" zerbrechen, "um an seine Stelle die Humanität der Natur treten zu lassen, die die Schwäche vernichtet, um der Stärke den Platz zu schenken".

Ein weiteres, "nahezu ehernes Grundgesetz" des "Lebenswillens der Natur" sah Hitler in der "inneren Abgeschlossenheit der Arten sämtlicher Lebewesen dieser Erde". Jedes Tier paare sich nur mit einem Genossen der gleichen Art: "Meise geht zur Meise, Fink zu Fink, der Storch zur Störchin, Feldmaus zu Feldmaus, Hausmaus zu Hausmaus, der Wolf zur Wölfin usw." Käme es zur Kreuzung nicht gleich hoher Wesen, würde das Junge "wohl höher stehen als die rassistisch niedere Hälfte des Elternpaares, allein nicht so hoch wie die höhere.

Folglich wird es im Kampf gegen diese höhere später unterliegen. Solche Paarung widerspricht aber dem Willen der Natur zur Höherzüchtung des Lebens überhaupt". Die Folge "dieses in der Natur allgemein gültigen Triebes zur Rassenreinheit ist nicht nur die scharfe Abgrenzung der einzelnen Rassen nach außen, sondern auch ihre gleichmäßige Wesensart in sich selber".

Diese "ehernen Naturgesetze" seien auch die Ursache für die gesamte Entwicklung der menschlichen Geschichte, wobei hier der Rasse und Rassenreinheit ausschlaggebende Bedeutung zukomme. Ohne auf die komplexe Entstehung und ihr differenziertes Erscheinungsbild einzugehen, reduzierte Hitler die menschlichen Rassen auf "drei Arten", auf "Kulturbegründer", "Kulturträger" und "Kulturzerstörer". Kulturbegründer seien "wohl nur die Arier, typisch für eine kulturtragende Rasse die Japaner, Inbegriff der Kulturzerstörer die Juden".

Und: "Was wir heute an menschlicher Kultur, an Ergebnissen von Kunst, Wissenschaft und

Technik vor uns sehen, ist nahezu ausschließlich schöpferisches Produkt des Ariers ... Man schalte ihn aus – und tiefe Dunkelheit wird vielleicht schon nach wenigen Jahrtausenden sich abermals auf die Erde senken, die menschliche Kultur würde vergehen und die Welt veröden." Und: "Den gewaltigsten Gegensatz zum Arier bildet der Jude."

In Hitlers Vorstellungswelt verdichtet sich die konkrete, historisch-politische Situation auf die Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein aller menschlichen Kultur zwischen der höherwertigen arischen und der minderwertigen jüdischen Rasse. Gefährdet sei der "wahrhafte Kulturbegründer dieser Erde, der Arier" letztlich durch die nicht mehr gewährte Rassenreinheit. "Die Blutsvermischung und das dadurch bedingte Sinken des Rassenniveaus ist die alleinige Ursache des Absterbens aller Kulturen."

Um dies zu verhindern, sei der Rassenmischung vorzubeugen, der eigenen Rasse die Daseinsberechtigung zu erkämpfen. Denn "alles weltliche Geschehen" sei letztlich nur "die Äußerung des Selbsterhaltungstriebes der Rassen im guten oder schlechten Sinne".

Diesen Selbsterhaltungstrieb der Rassen, diesen eigentlichen Motor der geschichtlichen Entwicklung, billigte Hitler wie jeder anderen Rasse auch den Juden zu. Ja, er betonte geradezu, daß der Selbsterhaltungstrieb bei den Juden ganz besonders stark ausgeprägt sei. In dieser Stärke des Selbsterhaltungstriebes der jüdischen Rasse mit der ihr von Hitler unterstellten Absicht, die Weltherrschaft anzustreben, bestünde die besondere Gefährdung der germanisch-nordischen Rasse und damit der Kultur überhaupt (die Begriffe arisch, nordisch, germanisch, germanisch-deutsch werden von Hitler synonym gebraucht).

Die kulturschöpferische Fähigkeit des Ariers nämlich liege primär in dessen "idealistischer Grundeinstellung", einer rassenspezifischen Eigenschaft, "das eigene Ich dem Leben der Gesamtheit unterzuordnen und, wenn die Stunde es erfordert, auch zum Opfer zu bringen". Diese "Aufopferungsfähigkeit des einzelnen für die Gesamtheit" wiederum sei die notwendige Voraussetzung für die Bildung höher organisierter, raumbeherrschender Staaten, die Staatsbildung wiederum Voraussetzung zur Entwicklung der "menschlichen Kultur".

Den Juden hingegen fehle eben diese "idealistische Gesinnung" und damit die "allerwesentlichste Voraussetzung, ein Kulturvolk" zu sein. Der Aufopferungswille des jüdischen Volkes gehe "über den nackten Selbsterhaltungstrieb des einzelnen" nicht hinaus. Daher könnten die Juden weder einen raumbeherrschenden Staat und somit auch keine eigenständige Kultur bilden, sondern nur "als Parasit im Körper anderer Völker" leben. "Er (der Jude) ist und bleibt der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einläßt.

Die Wirkung seines Daseins aber gleicht ebenfalls der von Schmarotzern: wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab." Würde der Jude in dem von ihm geführten Kampf um die Weltherrschaft siegen, dann würde "seine Krone der Totentanz der Menschheit sein", dann werde "dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen".

So unterschiedlich nun die rassischen Eigenschaften von Juden und Ariern seien, so verschieden seien auch ihre Methoden zur Verwirklichung ihres Selbsterhaltungstriebes. Die Natur nämlich, so Hitler, lehre nicht nur die Ungleichheit der Rassen, sondern auch die Ungleichheit der Individuen innerhalb der Rassen und Völker. Wollten sich die Völker behaupten, müßten "Persönlichkeitswert" und "Volkswert" die richtigen Beziehungen eingehen. Der arisch-germanisch raumgebundene Staat sei daher nach dem "aristokratischen Prinzip der Natur" zu ordnen, nach den Kriterien Führung und Gefolgschaft, Verantwortung und Vertrauen, Autorität von oben und Zustimmung von unten.

An diesem ewigen Kampf der Völker und Rassen könne sich der Jude nur auf die ihm eigene Weise beteiligen. Da er aufgrund seines rassisch bedingten "Volkswertes", seines Mangels an idealistischer Gesinnung keinen Raumstaat bilden könne, müsse er zwangsläufig zu anderen

Methoden seines Existenzkampfes greifen. Statt die Ungleichheit der Rassen und Persönlichkeiten anzuerkennen, predige er das widernatürliche Postulat der Gleichheit.

Dem Prinzip des ewigen Kampfes setze er die Idee des Pazifismus entgegen, dem nationalen Machtstaat die internationale Solidarität, dem autoritären Führerstaat die egalitären Verfallsysteme Demokratie, Sozialismus und Marxismus; denn hinter all diesen komplexen Gesellschaftsentwürfen sah Hitler als den eigentlichen Drahtzieher den "ewigen Juden", der in seinem Kampf um die Weltherrschaft alles darauf anlegen müsse, den Wert der Rasse und der Persönlichkeit zu untergraben. "Mit der Zertrümmerung der Persönlichkeit und der Rasse fällt das wesentliche Hindernis für die Herrschaft des Minderwertigen – dieser aber ist der Jude." Um dies zu verhindern, müsse die jüdische Gefahr erkannt und entschieden bekämpft werden. Darin sah Hitler seine welthistorische Mission: "Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn."

Neben der Eliminierung des jüdischen Rassenfeindes war die Sicherung von Grund und Boden für das eigene Volk sowie dessen Etablierung als Weltmacht ein weiterer konstitutiver Bestandteil der Weltanschauung Hitlers. Zu Beginn seiner politischen Tätigkeit selbst noch Revisionist, wurde in "Mein Kampf" die Rückkehr zu den Grenzen der Vorkriegszeit vehement verworfen. Die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen von 1914 sei "ein politischer Unsinn". Weder umfaßten sie alle "Menschen deutscher Nationalität" noch seien sie "vernünftig in Hinsicht auf ihre militärgeographische Zweckmäßigkeit".

Eine vernünftige Außenpolitik habe demgegenüber zu einer Grenzregelung zu führen, in der Hitler seinen absoluten Souveränitätsanspruch gesichert sah. D.h. die Grenzen müßten ein Gebiet umfassen, aus dem sich das Volk ernähren lasse und das darüber hinaus den notwendigen militärgeographischen Schutz des Staates garantiere. Das wiederum laufe auf die entsprechende Größe des Raumes und der Bevölkerungszahl hinaus, mit der man sich als Weltmacht etablieren und behaupten könne.

Für Hitler kam als Lösung nur in Frage, "bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit" zu ziehen und dort anzusetzen, "wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken."

Hatte sich Hitler so nach Verwerfung aller anderen Möglichkeiten für eine Expansionspolitik gegen Rußland festgelegt, war für ihn unter Einbeziehung des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich ("Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich") mit Italien und England die Frage nach potentiellen Bündnispartnern entschieden.

Während die italienisch-französische Rivalität im Mittelmeerraum Rom automatisch an die Seite Deutschlands brächte, mußte Englands traditionelle Politik des Gleichgewichts der Kräfte London, um eine aufkommende Hegemonie Frankreichs in Europa zu verhindern, ebenfalls bündnisbereit machen, sofern auf Kolonien und Seegeltung verzichtet werde.

Das Bündnis mit England gebe ihm die Möglichkeit, "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" zu betreiben. Mit Gewalt hätten die slawischen Völker der deutschen Herrenrasse zu weichen. Im siegreichen Raub- und Vernichtungskrieg gegen Rußland sollte Hitlers Außenpolitik ihren krönenden Abschluß finden. Eliminierung der Juden und Eroberung von Lebensraum im Osten waren oberste Ziele der Hitlerschen Weltanschauung. Alles übrige subsumierte Hitler unter die Kategorie Mittel zum Zweck.

Ausgehend von der fixen Idee der kulturschöpferischen arischen Rasse und der Verderblichkeit der Rassenmischung mit einer damit verbundenen Senkung des Rassenniveaus habe man

im Staat lediglich ein solches Mittel zum Zweck zu sehen. "Sein Zweck liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen. Diese Erhaltung selbst umfaßt ... den rassenmäßigen Bestand und gestattet dadurch die freie Entwicklung aller in dieser Rasse schlummernden Kräfte."

V.a. aber dürften körperlich oder geistig Ungesunde ihr Leid nicht in ihren Kindern verewigen. Neben dieser Aufgabe einer Herauf- und Reinzüchtung des nordisch-germanischen Rassekerns hatte der Staat wie alle innenpolitischen Maßnahmen die Funktion, die Voraussetzung zur kriegerischen Expansion zu schaffen. "Die Innenpolitik", heißt es in Hitlers "Zweitem Buch", "hat einem Volk die innere Kraft zu sichern für seine außenpolitische Behauptung".

Fragt man nach den geistesgeschichtlichen Ursprüngen dieser Weltanschauung, so ist Hitlers biologistischer Ausgangspunkt extremster Sozialdarwinismus, während seine rassische Geschichtsauffassung auf Gobineau zurückgeht, wie sie primär von H. S. Chamberlain in Deutschland Verbreitung fand.

Übereinstimmungen zwischen "Mein Kampf" und T. Fritschs "Handbuch der Judenfrage", das Eckart noch 1920 "unser ganzes geistiges Rüstzeug" nannte, sind offenkundig.

Seit den Forschungen von Daim läßt vieles darauf schließen, daß sich Hitler in seiner Wiener Zeit auch von den rassistischen Vorstellungen des einstigen Mönchs Lanz beeinflussen ließ, die dieser in seinen "Ostara-Heften" publizierte, in deren Mittelpunkt die "blau-blonde", die "arische Rasse" als der "Götter Meisterwerk" stand, während die "Dunkelrassen", zu denen auch die Juden gehörten, der "Dämonen Pfluswerk" seien. Darüber hinaus komme "alles Häßliche und Böse von der Rassenmischung her".

Hitler selbst nennt als seine großen Wiener Lehrmeister lediglich die Antisemiten Ritter von Schönerer und Lueger. In seinen "Wiener Lehr- und Leidensjahren" jedenfalls will Hitler "die Grundlagen eines Wissens, von denen ich heute noch zehre", geschaffen haben. "In dieser Zeit bildeten sich mir ein Weltbild und eine Weltanschauung, die zum granitenen Fundament meines derzeitigen Handelns wurden.

Ich habe zu dem, was ich mir so einst schuf, nur wenig hinzulernen müssen, zu ändern brauchte ich nichts." Mit Sicherheit verfügte Hitler in Wien noch nicht über die Weltanschauung, wie sie aus "Mein Kampf" ersichtlich ist. Spätestens während seiner Haftzeit in Landsberg am Lech jedoch waren ihm die wesentlichen Elemente dieser Weltanschauung zur nie mehr revidierten Gewißheit geworden.

Sowenig sich die Frage nach Hitlers weltanschaulichen Fixierungen und seiner Weltanschauungs-Genese exakt beantworten läßt, so gab es im Meinungsklima seiner Zeit noch genügend sozialdarwinistische und rassenhygienische Veröffentlichungen, mit denen sich seine brutalbiologistische Kampf-ums-Dasein-Ideologie untermauern ließ, ganz abgesehen von der Fülle rassenanthropologischer Schriften gemäßiger bis radikalster antisemitischer Prägung. In dieser Vermengung sozialdarwinistischer, rassistisch-antisemitischer und rassenhygienischer Gedanken meinte Hitler, über eine naturwissenschaftlich exakt begründete Weltanschauung zu verfügen, die einer Kritik jedoch nicht standhalten kann.

Wenn Hitler schreibt: "Der Fuchs ist immer ein Fuchs, die Gans eine Gans, der Tiger ein Tiger", dann hätte es folgerichtig weiter heißen müssen: Und der Mensch bleibt immer ein Mensch. Doch zu dieser Schlußfolgerung wollte Hitler eben nicht kommen und sein mangelhaftes Wissen über die Natur führte ihn zwangsläufig zu falschen Konsequenzen.

Zum Ersten ist Hitlers Rassendefinition, biologisch gesehen, unrichtig, da hier der Rassebegriff mit dem übergeordneten Artbegriff verwechselt bzw. gleichgesetzt wird.

Zum zweiten ist seine Behauptung, in der Natur gebe es als ewiges Gesetz den Trieb zur Rassenreinheit, nicht haltbar. Im Gegenteil: Die natürliche Evolution des Lebendigen war gekennzeichnet durch eine permanente rassische Auffächerung, durch die die Bildung neuer Arten erst ermöglicht wurde. Kann die Gleichsetzung "höher- und minderwertig" mit "stärker

und schwächer" im Bereich der Botanik und Zoologie ihre Berechtigung haben, so ist ihre Übertragung auf die menschliche Gesellschaft zudem aus einem "Wollen der Natur" weder erkennbar noch zu rechtfertigen.

Inwieweit nun den morphologisch bzw. populationsgenetisch definierten Rassen der Gattung Mensch bestimmte geistig-seelische Eigenschaften zugeordnet werden können, ist schon eine diffizile anthropologische Fragestellung. Hitlers Vorstellungen vom Wesen und von der Bedeutung der Rassen hingegen sind grundsätzlich falsch. Hitlers Behauptungen über die Eigenschaften der kulturschöpferischen Arier und der stets kulturzerstörerischen Juden, über den Verfall aller Kulturen durch Rassenmischung, über das Absterben der Wirtsvölker fehlt jeder naturwissenschaftliche Beweis.

Die These schließlich von der jüdischen Weltverschwörung (Hitler nennt in diesem Zusammenhang als "besten Beweis" die gefälschten "Protokolle der Weisen von Zion"), einer zentral gelenkten, rassistisch bedingten, planmäßig betriebenen Welteroberung, ist vollends absurd.

Hitlers rassistisch-antisemitische Vorstellungen sind Fiktionen, die er so lange zurechtbog, bis sie in Verbindung mit sozialdarwinistischen Gedanken in seiner diesbezüglich paranoiden Psyche zu einer ihn überzeugenden Weltanschauung erstarrten.

Auch für ein mögliches (später tatsächliches) Scheitern, England als Verbündeten zu gewinnen, machte Hitler nicht realistisch britische Politik verantwortlich, die keiner Macht, also auch nicht Deutschland, in Europa eine Hegemonialstellung zubilligte; er machte dafür fiktive jüdische Interessen verantwortlich.

Hitler argwöhnte, "ob nicht der nun einmal gegebene Einfluß des Judentums stärker als alle Erkenntnisse und aller gute Wille ist und so sämtliche Pläne durchkreuzen und zurechtmachen wird." Und noch unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches klagte er: "Ich selbst aber habe eines unterschätzt: das Ausmaß des jüdischen Einflusses auf die Engländer Churchills."

Daß Hitler, einmal zur Macht gelangt, einzig und allein seine Weltanschauung gelten lassen wollte, ist in "Mein Kampf" ebenfalls deutlich ausgesprochen: "Denn die Weltanschauung ist unduldsam und kann sich mit der Rolle einer 'Partei neben anderen' nicht begnügen, sondern fordert gebieterisch ihre eigene, ausschließliche und restlose Anerkennung."

Was die Methoden der Durchsetzung anbetrifft, war Hitler reinster Machiavellist. Bei der Frage nach den Mitteln der Politik gebe es nur eine "einzige vorgefaßte Meinung": "Nützt es unserem Volk jetzt oder in der Zukunft, oder wird es ihm von Schaden sein? Parteipolitische, religiöse, humane, überhaupt alle übrigen Gesichtspunkte scheiden restlos aus." Beseitigung von Rechtsstaat und Demokratie sowie die Installierung von Terror und Gewalt (u.a. Konzentrationslager), Vernichtung "lebensunwerten Lebens" (Euthanasie), Vorbereitung und Durchführung eines Raub- und Vernichtungskrieges, eine gnadenlose Rassenpolitik bis zum Völkermord der Endlösung waren die Folgen.

Das Verbrecherische des Dritten Reiches findet allemal seine tieferen Gründe in Hitlers rassistisch-biologistischer Weltanschauung, die den christlicher und humanistischer Tradition entsprechenden Wert des einzelnen ebenso leugnete wie die universalen Postulate Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde. An ihre Stelle traten als die logische Folge von Hitlers Weltanschauung Diktatur, Krieg und Völkermord.<<

Joseph Goebbels schrieb am 21. August 1925 über die Münchener NS-Zentrale (x034/259):
>>Eine Sau- und Luderwirtschaft! Hitler ist von falschen Leuten umgeben.<<

Im August 1925 versammelten sich in Stockholm die Vertreter der christlichen Kirchen aus 37 Ländern aller Kontinente zur "Weltkonferenz für praktisches Christentum".

In einer Stellungnahme der "Weltkonferenz", die ohne die katholische Kirche stattfand, hieß es (x199/251): >>Die Sünden und Sorgen, Kämpfe und Verluste der christlichen Kirchen in und nach dem Kriege haben sie zu der beschämenden Erkenntnis geführt, daß gegenüber einer

in sich uneinigen Christenheit die Welt die Übermacht hat.

Unter Beiseitelassung aller Fragen des Bekenntnisstandes und der Kirchenverfassung hat die Konferenz sich das Ziel gesetzt, sich in gemeinsamer praktischer Arbeit zu betätigen. Die Konferenz ist bei alledem, so weithin sichtbar sie auch in die Erscheinung trat, ein erster Anfang.

Wir bekennen vor Gott und der Welt die Sünden und Versäumnisse, deren die Kirche sich durch Mangel an Liebe und mitfühlendem Verständnis schuldig gemacht hat. Menschen, die mit Ernst nach Wahrheit und Gerechtigkeit trachteten, haben sich von Christus ferngehalten, weil seine Nachfolger ihn vor der Menschheit so unvollkommen vertreten haben.

Der Ruf der gegenwärtigen Stunde an die Kirche muß deshalb ein Bußruf sein und doch auch ein Ruf zu einem freudigen Neuanfang aus der unerschöpflichen Kraftquelle Jesu Christi! ...<<

Die Komintern setzte durch, daß Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald ermordet) am 1. September 1925 die KPD-Führung übernahm (x092/813).

Thälmann befolgte loyal die Moskauer Direktiven und unterstützte bis 1933 bedingungslos Stalins Kurs (x030/352).

Außenminister Gustav Stresemann schrieb am 7. September 1925 einen Brief an den ehemaligen deutschen Kronprinzen, um einige politische Ziele zu erläutern (x149/45): >>... Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens ... Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich. ...

... Daher der (Locarno-) Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie ... Italien als Garanten der deutschen Westgrenze festlegen soll. ...

Die Sorge für die Auslandsdeutschen spricht für den Eintritt in den Völkerbund.

... Frankreich ist von dem Gedanken des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund durchaus nicht entzückt, während England ihn herbeiwünscht, um Frankreichs bisher überragenden Einfluß in dem Völkerbund entgegenzutreten zu können. ...

Die Frage des Optierens der Entscheidung zwischen Osten und Westen erfolgt durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht. ... Wir können weder zum Kontinentaldegen für England werden, ... noch können wir uns auf ein deutsch-russisches Bündnis einlassen.<<

Reichspräsident Hindenburg nahm nach der Beendigung des Ruhrkampfes an den Befreiungsfeiern im Ruhrgebiet teil.

Hindenburg erklärte am 17. September 1925 während einer Kundgebung in Bochum (x034/-262): >>... Das Volk der Westgoten wird vor dem Richterstuhl der Geschichte gut bestehen. ...<<

Die Ententemächte signalisierten während der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) erstmalig eine gewisse Verständigungsbereitschaft gegenüber den Vorschlägen des deutschen Außenministers Stresemann.

Am 16. Oktober 1925 wurden im Vertrag von Locarno z.B. folgende Festlegungen getroffen: Endgültiger Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Teilräumung des Ruhrgebietes (Frankreich räumte zwar Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, aber die erhoffte Räumung des gesamten Rheinlandes erfolgte nicht), Aufnahme in den Völkerbund, Verzicht auf gewaltsame Änderungen der deutschen Ostgrenzen (aber ausdrücklich keine Anerkennung der deutschen Ostgrenzen).

Der Erste Weltkrieg wurde eigentlich erst mit den "Verträgen von Locarno" beendet, aber für das Deutsche Reich kam diese längst überfällige Friedenspolitik nachweislich zu spät.

Joseph A. Chamberlain (1863-1937, 1924-1929 britischer Außenminister, Friedensnobelpreis 1925) erklärte nach der Vertragsunterzeichnung feierlich (x059/60): >>... Von jetzt ab gibt es weder Sieger noch Besiegte ...<<

Der englische Botschafter in Berlin berichtete am 16. Oktober 1925 über den Abschluß des Locarno-Paktes (x256/84): >>Der Locarnovertrag bringt Deutschland gewaltige Vorteile: zuerst die Gleichstellung mit den anderen Großmächten, zweitens das Verschwinden der Kriegskonstellation und der Kriegspsychose und drittens den wirklichen Schutz gegen eine französische Invasion. Dieser Schutz ist von größtem Wert, da Frankreich bewaffnet und Deutschland vollkommen waffenlos ist.

Dieser Vertrag ist eine deutliche Dokumentierung eines grundlegenden Umschwungs, und seine Vorteile sind unbestreitbar. ... Der Pakt zieht Deutschland als einen mit Frankreich und England gleichberechtigten Partner zur Zusammenarbeit an der Erhaltung der westeuropäischen Zustände heran. Auf diese Weise vermindert sich beträchtlich die Gefahr, daß es in den Bannkreis des russischen Kommunismus gerät. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Locarno-Pakt" (x051/360): >>Locarno-Pakt, am 16.10.25 in Locarno (Schweiz) paraphierter und am 1.12.25 in London unterzeichneter Vertrag zwischen Belgien, dem Deutschen Reich, Frankreich und Großbritannien.

Unterzeichner des Locarnopakts waren für Deutschland Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann (der den Locarnopakt in enger Abstimmung mit Großbritannien vorbereitet hatte), für Belgien, Frankreich und Großbritannien die Außenminister Vandervelde, Briand und J. A. Chamberlain und für Italien Ministerpräsident Mussolini.

Inhalt:

1. Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland auf der einen, Belgien und Frankreich auf der anderen Seite; Deutschland erkannte damit förmlich seine im Versailler Vertrag von 1919 festgelegte Westgrenze an, verzichtete also auf Elsaß-Lothringen.
2. Garantie dieser Grenzen durch Großbritannien und Italien.
3. Anerkennung der in Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages festgeschriebenen Entmilitarisierung des Rheinlandes.
4. Gegenseitige Verpflichtung von Deutschland und Belgien sowie von Deutschland und Frankreich, "in keinem Falle" gegeneinander einen Krieg oder (andere) kriegerische Handlungen zu beginnen.
5. Verpflichtung der Vertragspartner, alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln.

Zum Abschluß der Konferenz von Locarno (5.-16.10.) wurden neben dem Locarnopakt ("West-", "Rhein-" oder "Sicherheitspakt") noch je ein gleichlautendes Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich, je ein (von Deutschland anerkannter) Defensivvertrag Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei und je ein gleichlautender Schiedsvertrag Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen ("Ost-Locarno"), durch die das Deutsche Reich auf eine künftige gewaltsame Revision seiner Ostgrenzen verzichtete.

Mit dem Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund am 8.9.26 wurde der Locarnopakt wirksam.

Am 7.3.36 kündigte Hitler den Locarnopakt, befahl die Rheinlandbesetzung und zerstörte damit das "System von Locarno".<<

Die deutsche Historikerin Anneliese Thimme (1918-2005) schrieb später über Stresemanns Außenpolitik (x245/271): >>Stresemann sah in der Europapolitik die große Möglichkeit, die Revision des Versailler Vertrages zu beschleunigen, um Deutschland machtpolitisch wieder das werden zu lassen, was es einstmals war.

Briand im Gegensatz wollte durch den Locarno-Vertrag seine Europa-Politik stabilisieren; Deutschlands Ziel war Gleichberechtigung, Frankreichs Ziel war Sicherheit.

Das eine war also durch die gegebene Situation in sich dynamisch, das andere stagnierend. Hieß es nicht Feuer und Wasser zusammenbringen, um beide Ziele gleichzeitig zu befriedigen? ...<<

Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar d'Abernon, schrieb am 18. November 1925 über den Vertrag von Locarno (x149/45): >>Der erste und wichtigste Gewinn liegt darin, daß Locarno die Kriegsentente gegen Deutschland beendet. Er bringt Deutschland in das europäische Konsortium (Gesellschaft) der Westmächte und räumt mit der alten diplomatischen Auffassung der Lage auf, die Deutschland als "den bösen Friedensstörer", den "Exponenten (Vertreter) des aggressiven Militarismus" ... betrachtete.

Zu diesem grundsätzlichen Urteil kommen greifbare Ergebnisse ... im besetzten Gebiet. ...

Bei einer unparteiischen Bewertung muß man diesem Gewinn gewisse Verluste entgegensetzen. Der wichtigste darunter ist eine Schwächung oder sogar Aufgabe des Rapallo-Vertrages. ...<<

Der Reichstag debattierte am 24. November 1925 über die die Annahme der Verträge von Locarno (x243/29): >>... (Wels – SPD): Die west- und mitteleuropäischen Staaten sind wirtschaftlich und politisch heute so eng miteinander verbunden, daß jede politische, jede wirtschaftliche Erschütterung in einem derselben in ihren Folgewirkungen allgemein schwer empfunden wird. ...

Was ... in Europa fehlte, das Bedürfnis nach europäischer Solidarität, das ist heute ein sichtbares Bedürfnis aller europäischen Völker geworden. ...

(Graf Westrap – DNVP): Die Grundgedanken unseres Widerspruchs gegen ... Locarno: Jeder Verzicht auf deutsches Land, jede erneute und freiwillige Anerkenntnis des Versailler Diktats sollte durch ... Verträge ausgeschlossen sein. ...

Deutschland (muß) als Land der Mitte Europas sich seine Handlungsfreiheit und die Möglichkeit seiner Neutralität wahren. ... Wir müssen uns die Freiheit nach Osten freihalten, auch im Hinblick auf die östlichen Grenzen Deutschlands. ...

(Thälmann – KPD): Locarno ist nicht der Versuch, ... durch Abschluß von Verträgen den Krieg zu verhindern, sondern ... der Versuch der Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Konzentration unter der Führung Englands gegen Sowjetrußland und gegen die ... erwachenden unterdrückten Völker im fernen Osten und in Afrika. ...

(Stresemann – DVP): Der Geist von Locarno ... zeigt sich in dem Gedanken der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, in dem Gedanken, das ein Zusammenbrechen Deutschlands eine europäische und eine Weltfrage ist. ... Dieser Geist wird fundiert sein, wenn Idealismus und reale Interessen sich dazu verbinden, den Weg aus dem europäischen Zusammenbruch gemeinschaftlich zu suchen. ...<<

Der Reichstag stimmte am 27. November 1925 der Annahme der Verträge von Locarno mit 292 gegen 174 Stimmen zu (x243/29)

Der Deutsche Ostbund verlangte am 29. November 1925 in Berlin eine friedliche Zurückgewinnung der verlorenen deutschen Ostgebiete.

Joseph Goebbels berichtete am 6. Dezember 1925 in seinem Tagebuch über eine NSDAP-Veranstaltung in Düsseldorf (x034/268): >>Auf der Königsallee Parademarsch! Im Rhythmus des Gleichschritts singt die Idee. ... Dieser Wahnsinn in Hetze und Arbeit.<<

Stalin erklärte am 18. Dezember 1925 während des XIV. Parteitages der KPdSU (x125/58-59,171): >>Das, was wir eine Zeitlang als eine kurze Atempause nach dem Krieg betrachteten, ist zu einer Atempause geworden, die sich über eine ganze Periode erstreckt. Hieraus entspringt ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte und eine gewisse Periode des "friedlichen Zusammenlebens" der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariats. ...

Daher die Aufgabe, die Widersprüche im Lager der Imperialisten in Rechnung zu stellen, den Krieg hinauszuzögern, sich zu diesem Zweck von den Kapitalisten "loszukaufen" und alle

Maßnahmen zu ergreifen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Wir dürfen die Worte Lenins nicht vergessen, daß sehr viel für unseren Aufbau davon abhängt, ob es uns gelingen wird, den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszuzögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann, entweder bis zu dem Moment, da die proletarische Revolution in Europa herangereift ist, oder bis zu dem Moment, da die kolonialen Revolutionen vollständig reif geworden sind, oder endlich bis zu dem Moment, da die Kapitalisten einander wegen der Aufteilung der Kolonien in die Haare geraten. ...

Bei Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern wird sich vor uns unbedingt die Frage unserer Armee, ihrer Macht, ihrer Bereitschaft als lebenswichtige Frage erheben. ...

Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen, aber wir werden als Letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte. ...<<

>>... Die Welt ist in 2 Lager gespalten: In das Lager des Imperialismus und das Lager des Kampfes gegen den Imperialismus, an die Spitze der mit dem Imperialismus Unzufriedenen und ihn auf Leben und Tod Bekämpfenden tritt unser Land - die Sowjetunion. ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Stalins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>...

Die 1925 von Stalin initiierte Politik des "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" bedeutete keineswegs die Abkehr vom Ziel der Weltrevolution. Vielmehr hatte die von feindlichen imperialistischen Mächten eingekreiste Sowjetunion nach dem Abebben der "revolutionären Flut", den Unruhen und sozialistischen Umsturzversuchen in Ost- und Mitteleuropa in den Jahren 1918 bis 1923, eine Atempause erhalten, die es für die sogenannte "sozialistische Industrialisierung" zu nutzen galt.

Das eigentliche Ziel der "sozialistischen Industrialisierung" war es, ohne Rücksicht auf die Kosten und die Lebensbedingungen der Bevölkerung, eine leistungsfähige Schwer- und Rüstungsindustrie zu schaffen und die sowjetischen Streitkräfte zu den bestausgerüsteten der Welt zu machen.

Mit dem ersten Fünfjahresplan 1928 bis 1933 wurde in der Sowjetunion die Grundlage für eine riesige Schwer- und Rüstungsindustrie gelegt. Im Rahmen des zweiten und dritten Fünfjahresplanes 1934 bis 1941 produzierte die sowjetische Rüstungsindustrie dann mehr Waffen als die übrige Welt zusammengenommen.

Seit Ende der zwanziger Jahre entwickelten in der Sowjetunion Boris Schaposchnikow, Wladimir Triandafillow und Michail Tuchatschewski eine moderne Militärtheorie, die den Einsatz von massierten Panzer- und Fliegerverbänden für Offensivoperationen vorsah und viel Ähnlichkeit mit dem deutschen Konzept des "Blitzkrieges" hatte. Damit entsprach diese Militärtheorie den politischen Vorgaben des Sowjetstaates. ...<<

Die rumänische Regierung beschloß am 22. Dezember 1925 ein Gesetz über das nichtstaatliche Schulwesen Rumäniens.

Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" wurden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schonte man.

Das Auswärtige Amt erklärte am 29. Dezember 1925 zur Polenpolitik und zu den abgetretenen deutschen Ostgebieten (x128/127-128): >>... V. Damit hat sich für die Deutsche Regierung die Notwendigkeit ergeben, zu der Frage der Internationalen Finanzierung Polens Stellung zu nehmen. ...

Indessen ist sie sich darüber klar, daß eine finanzielle Sanierung gleichzeitig eine politische Stabilisierung der bisherigen Grenzen Polens bedeutet. Eine finanzielle Sanierung Polens wird gleichzeitig seine politische Energie neu beleben, seinen Chauvinismus stärken und es für alle Erwägungen, die für eine friedliche Bereinigung der streitigen Grenz-

frage mit Deutschland sprechen, unzugänglich machen. ...

VI. ... Einer solchen politischen Sanierung kann sie aber natürlich nur zustimmen, wenn die deutsch-polnischen Grenzfragen zuvor bereinigt sind. Daher wird mit einer Finanzsanierung die Frage der Rückgabe der abgetretenen Gebiete an Deutschland brennend. Die Deutsche Regierung kann sich, ehe diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, nicht an einer internationalen finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung Polens beteiligen. ...

VII. Da somit die Grenzfrage angeschnitten ist, sind einige Ausführungen über die deutsche Stellungnahme zu ihr erforderlich.

Zunächst der Umfang der deutschen Rückforderungen. Deutschland erstrebt die Rückgabe Danzigs und des Korridors einschließlich des Netzegaues, also bis zur Linie Schneidemühl - Thorn; es ist aber bereit, an Polen freien Transit auf dem Wasserwege und dem Landwege sowie besondere Vorrechte im Danziger Hafen zu gewähren, Abrundung im Gebiet der früheren Provinz Posen, jedoch so, daß die Stadt Posen mit ihrer Umgebung und die östlich von Posen gelegenen Gebiete polnisch bleiben sollen; Rückgabe der abgetretenen kleinen Gebietsteile in Mittelschlesiens und die Rückgabe Oberschlesiens. ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" schrieb im Jahre 1925 über die Politisierung der deutschen Jugend (x269/237): >>... In Deutschland klagt man unablässig über die politische Unreife und Unbegabung des Volkes, und seit der Errichtung der demokratischen Freiheit sucht man diesen Mängeln durch eine Überfülle von politischer Aufklärung abzuheilen. ...

Man trägt die Politisierung bis hinab in die Kreise der Schulkinder, die man zwar immer noch nicht in den staatsbürgerlichen und Verfassungs-Elementen unterrichtet, aber dafür doppelt eifrig mit Parteipolitik vergiftet, die sie noch absolut nicht zu verstehen und zu verdauen vermögen. Und da es gerade die radikalsten politischen Bewegungen von rechts und links sind, die ihre Agitation vorsätzlich unter die Schulkinder tragen, so wird diese geistig noch ganz wehrlose Jugend in den verschiedenen politischen Jugendorganisationen gerade mit den schlimmsten politischen Exzentrizitäten bekanntgemacht.

Die Folge davon ist nicht nur, daß sich heute auch schon die "nationalsozialistischen" und "kommunistischen" Schulbuben bei jeder Gelegenheit in die Haare kriegen und ihre Keilereien unter "politischen" Schlagworten ausfechten; die viel schlimmere Folge davon ist, daß durch solche Agitationen die deutsche Seele schon in ihrem ersten Werden unfähig für ein nationales Einheitsempfinden gemacht wird. Politisierte Jugend, das ist der Wurzelschaden am Wachstum einer politischen Nation.<<

Julius Leber (1891-1945, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer) erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... (Nie werde es) eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

Im Jahre 1925 berichtete Major Klingbeil in dem Wehrmachtshandbuch "Der Pionier" über die damalige Bedeutung und Haltung der Reichswehr (x058/326-328): >>Die Reichswehr steht im Mittelpunkt des politischen Interesses aller Parteien.

Sie ist der Machtfaktor, auf den sich der innere Bau unseres Staatswesens stützt. Unter ihrem Schutze wickelt sich das ganze wirtschaftliche und politische Leben der Nation ab. ...

Trotzdem die Reichswehr selbst völlig unpolitisch und unberührt von allen Parteikämpfen ist, kann doch ohne sie letzten Endes keine Partei ihre Absichten durchsetzen. Jede politische Richtung muß daher zur Reichswehr Stellung nehmen. Keine kommt um die Frage herum: "Wie stehst Du zur Reichswehr?"

Alle guten Deutschen, die vaterländische Gesinnung mit politischer Einsicht verbinden sehen ein Glück darin, daß der deutsche Staat mit der Reichswehr ein völlig parteiloses Machtmittel

in der Hand hat, um nötigenfalls damit seinen Willen durchzusetzen.

... Außer ihnen gibt es aber leider noch andere Leute in unserem Vaterlande. Man kann sie in 3 Klassen einteilen:

Erstens diejenigen, welche mit den jetzigen Verhältnissen in Deutschland ganz zufrieden sind, nur nicht aus ihrem beschaulichen Leben aufgestöbert werden wollen und daher keinerlei Opfer an Geld oder Bequemlichkeit bringen, um uns durch harte Arbeit und Erstarkung der Wehrhaftigkeit wieder zu einem stolzen, freien, geachteten Volk zu machen.

Sie halten das Reichsheer für eine unnötige, kostspielige Einrichtung und ärgern sich über jeden Soldaten, den sie sehen. Soldatisches Wesen ist ihnen völlig fremd. Anstatt sich zu freuen, daß im Heere strammer Dienst gemacht wird, empfinden sie jede Gefechtsübung mit Platzpatronen, jedes Bellen eines Meldehundes als ruhestörenden Lärm. ...

Unsern Begriff "Vaterland" kennen sie nicht. Internationale Gedankengänge spielen bei ihnen eine große Rolle. Du hast als Soldat nichts mit ihnen zu schaffen. Wenn du mit ihnen zusammenkommst, üben sie auf dich einen verweichlichenden, unsoldatischen Einfluß aus, dem du dich nicht auszusetzen hast. Bekümmere dich nicht um sie.

Zweitens gibt es in Deutschland eine ganze Anzahl streng vaterländisch gesinnter Männer, die in so scharfem Gegensatz zur Reichsleitung stehen, daß sie diese auf gewaltsamem Wege vertreiben wollen, um ihre Parteifreunde ans Ruder zu bringen. Sie erhoffen davon eine Besserung der Lage unseres Volkes, bedenken aber nicht, daß bei unsern innerpolitischen Verhältnissen jeder gewaltsame Eingriff in unser Staatsgefüge von einer radikalen Seite aus sofort den stärksten Widerstand der Andersdenkenden hervorrufen muß.

Von ihnen kann man sagen, daß sie meist Gutes wollen, aber Böses schaffen würden, wenn sie ihre Pläne in die Tat umsetzten. Bürgerkrieg, Zerfall der Reichseinheit, Niedergang der deutschen Wirtschaft wären die Folgen solcher Gewalttaten. Niemand würde sich darüber mehr freuen als unsere Grenznachbarn. ...

Drittens haben wir in Deutschland radikale Parteien, die den Begriff "Vaterland" bewußt ablehnen und das Heil der Menschheit in der Völkerverbrüderung unter der Knute einer einzelnen Volksklasse sehen. Sie werden von landfremden Elementen geführt, vom Auslande mit Geld erheblich unterstützt und scheuen vor keinem Mittel zurück, die Herrschaft an sich zu reißen. Sie predigen "Krieg dem Kriege". Trotzdem ist ihnen keine Bluttat zu scheußlich, wenn sie nur ihren Zwecken dient. Blutigster Bürgerkrieg ... ist der von ihnen heißersehnte, einzig mögliche Weg zur Erreichung ihrer Ziele.

Die Reichswehr – die mächtigste Pflegestätte vaterländischen Geistes – ist ihnen von Grund aus verhaßt. Öffentlich bekämpfen und beschimpfen sie diese, wo sie können. Im Reichstage stimmen ihre Parteifreunde gegen die Bewilligung sämtlicher Geldmittel zur Erhaltung, Verbesserung und Besoldung des Heeres. Dafür wenden sie aber im geheimen durch Agenten um so mehr Mittel an, die Truppe vom Wege der Pflicht abzulenken und politisch zu verseuchen. Denn sie sind sich darüber klar, daß die Durchführung ihrer Pläne unausführbar ist, solange sich die Reichswehr fest in der Hand ihrer Führer befindet.<<

Die "Goldenen Zwanziger Jahre"

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands (überwiegend durch US-Anleihen) finanziert. Da die deutsche Reichsregierung nicht genügend Eigenkapital besaß, mußte sich der Staat zwangsweise immer höher verschulden. Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen.

Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deut-

schen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" ("Hoppla, wir leben noch") waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude (Charleston, modernen Lebensstil, weltoffene Künste usw.), dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde.



Abb. 59 (x149/51): "Großstadt" von Otto Dix, 1927/28.

Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" ("dem Tanz auf dem Vulkan") hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebung von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und

konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Der deutsche Schriftsteller Leonhard Frank (1882-1961) schrieb später über die "Goldenen Zwanziger" in Berlin (x149/50): >>Damals war die schöne Zeit. Von den Nachwirkungen des verlorenen Krieges war nichts mehr zu spüren. Die Wirtschaftsverhältnisse hätten nicht besser sein können, wenn Deutschland den Krieg gewonnen haben würde. ...

Ein neues Deutschland hatte sich herausgeschält. Eine Art Märchen von Aschenbrödel war für eine ganze Nation Wirklichkeit geworden.

Diese Zeit war der Beweis dafür, daß Wirtschaftskraft und –aufstieg auch das geistige und künstlerische Schaffen befruchten. ...

Die Bücherproduktion war größer als je. Die neue expressionistische Richtung, in Deutschland entstanden, beeinflusste die europäische Dichtung. Theater, Oper, Konzerthäuser waren überfüllt. Europäische Künstler aus Paris, London, Rom, die nach Berlin kamen, waren begeistert und wollten nicht mehr fort. Die Luft in Berlin war elektrisch geladen. ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete im Jahre 1925 über eine Zeppelinfahrt nach Amerika (x269/236): >>ZR III ist in Amerika gelandet, nachdem er 79 Stunden in stetem, sicheren Flug das Luftmeer durchkreuzt und das Weltmeer überflogen hat. Mit dieser Leistung ist der Beweis erbracht, daß die deutsche Konstruktion zuverlässig und sicher genug ist, um einen regelmäßigen Verkehr zwischen den Kontinenten auf dem Luftweg herzustellen.

Wie bahnbrechend diese Leistung ist, erhellt am besten ein Rückblick auf die früheren Verkehrsmöglichkeiten zwischen Europa und Amerika. Christoph Kolumbus brauchte bei seiner Entdeckungsfahrt volle 71 Tage; für die Strecke, die ZR III von Friedrichshafen bis Lakehurst zurückgelegt hat, würde er weit über 80 Tage, also mehr als ebensoviel Tage gebraucht haben als der Zeppelin Stunden. Aber auch der erste Raddampfer brauchte für die Strecke Liverpool – Savannah 26 Tage. Noch der erste, 1845 gefahrene Schraubendampfer brauchte fast ebensoviel, und erst die Schnelldampfer der letzten Jahrzehnte drückten in ihren Rekordfahrten allmählich die Überfahrtszeit von 10 bis 12 auf 6 Tage, freilich für die kürzeste Überfahrtstrecke.

Der neueste Rekord der "Mauretania", die das "Blaue Band" des Ozeans zur Zeit hält, ist mit rund 5 ½ Tagen zu Schiff schwerlich zu überbieten. Da kommt nun das Luftschiff, das mit 3 ¼ Tagen einschließlich der Überquerung großer Festlandteile Europas die Kontinente einander um fast die Hälfte näher rückt.

Die Zukunftsmöglichkeiten die sich daraus für den friedlichen Verkehr der Völker untereinander ergeben, sind unabsehbar, und es ist zu hoffen, daß das Verständnis für diese Kulturleistung die unangebrachten militärischen Erwägungen verdrängt, um in einem Hand-in-Hand-Arbeiten der Völker dem in schwerer Prüfung so glänzend erprobten Verkehrsmittel deutscher Konstruktion überall in der Welt zur höchsten Auswertung zu verhelfen.<<

Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schrieb im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie warnte bereits im Jahre 1925 vor dem nächsten Krieg (x903/..., x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie

in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

>>Europäer! Europäerinnen!

In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab.

Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.

Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden – das Bündnis sichert die Freiheit – die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<

Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endete im Jahre 1925 mit der gewaltsamen Beschlagnahme der Westerplatte (Landzunge im Norden des Danziger Hafens) durch polnische Truppen.

Danach begann ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauerte. Der deutsch-polnische Handel ging drastisch zurück und verursachte in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).

Wegen der Einführung des "Hus-Tages" (Staatsfeiertag) kam es im Jahre 1925 zwischen der romfreien tschechoslowakische Kirche (seit 1920) und dem Vatikan zum Konflikt (x061/435). Die tschechischen Sozialdemokraten wurden bei den Wahlen erstmalig von den Kommunisten überflügelt. Die erst 4 Jahre vorher gegründete Kommunistische Partei wurde mit 934.000 Stimmen die zweitstärkste Partei der CSR (x120/35).

Große US-Firmen (Ford, Austin-Companie, Arthur McKee und andere) unterstützten die Industrialisierung der Sowjetunion. Die nordamerikanischen Unternehmen stellten im Jahre 1925 erhebliche Kredite und Experten zur Verfügung, um Stahlwerke, Ölraffinerien, Staudämme und Industriebetriebe zu errichten (x068/210-211).

1926

Joseph Goebbels berichtete am 8. Januar 1926 in seinem Tagebuch über die wirtschaftliche Lage der NSDAP (x034/271): >>Wieder viel Sorge wegen des Mammons. Das Geld geht schlecht.<<

Alfred Hugenberg schrieb am 9. Januar 1926 in der Zeitung "Der Tag" (x034/272): >>... Es ist in der Tat eine elende Geschichte mit den Parteien und mit dem Parlamentarismus. ... Worauf es ankommt, ist die Frage, was anstelle der Parteien und des Parlamentarismus treten soll!<<

Nach der verspäteten Räumung der Kölner Zone (vereinbarter Termin: 10.01.1925) fanden im Deutschen Reich am 30. Januar 1926 große Befreiungsfeiern statt.

Das Kölner Telegrafnamt sendete anlässlich der Befreiung folgendes Gedicht (x034/276):

>>Es lodert der Himmel in roter Glut,
Es brennen die Fackeln, es brennt das Blut,

In den Glockenturm jauchzen die Lieder hinein:

Es lebe die Freiheit am deutschen Rhein!

Die Berge klingen, es braust der Strom,

Die Glocken jubeln vom hohen Dom,

Verrauscht die Jahre, die wir verbüßt,

O, Freiheit am Rheine, sei begrüßt!<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" schrieb damals über die Befreiungsfeiern am Rhein (x269/245): >>Den Glockenklang und Jubel, mit dem Köln seine Befreiung feierte, hat ganz Deutschland nicht bloß - dank dem Radio -, gehört, sondern ganz Deutschland hat auch die Stimmung Kölns geteilt, die in diesem feierlichen Augenblick ohne Bitterkeit war.

Ein Volk kann nicht vergessen, was ihm Böses widerfahren ist. Nur der einzelne Mensch vergißt und muß vergessen können; denn wie könnte ein Mensch das Leben ertragen, wenn jedes Leid und jedes Unrecht, das er erlebt, sich unauslöschlich in seine Seele einschrieb und die menschliche Natur nicht vielmehr so gearbeitet wäre, daß die Zeit alle seelischen Wunden heilt und die Erinnerung auch aus den schlimmsten Zeiten das spärliche Gute festhält, das sie uns gebracht haben.

Weil aber die Völker nicht ebenso wie der einzelne vergessen können, müssen sie imstande sein zu vergeben. ...<<

Der französische Außenminister Briand berichtete am 26. Februar 1926 vor dem Parlament über den Vertrag von Locarno (x149/45): >>Er ist nicht abgefaßt und abgeschlossen worden, um der einen Nation auf Kosten der anderen Vorteile zuzuwenden. Um ihn zu würdigen muß man ihn in seinem wahren Geiste verstehen, und das ist nicht der Geist eines engen und egoistischen Nationalismus.

Er ist abgefaßt ... in einem europäischen Geist und für die Zwecke des Friedens. ... Das beste an ihm ist, daß er den Völkern wieder Vertrauen gegeben hat, in einer Zeit, da alles dunkel war. ...<<

Während einer NS-Tagung in Bamberg (Februar 1926) "demonitierte" Hitler die norddeutsche NS-Gruppierung der Gebrüder Strasser. Dr. Joseph Goebbels (1897-1945, ein begnadeter und unermüdlicher NS-Agitator), der damals noch ein enger Mitarbeiter von Gregor Strasser war, wechselte später vom gemäßigten NSDAP-Flügel zu den radikalen "NSDAP-Rechten" und ließ seinen 1. Förderer Gregor Strasser im Stich.

Reichskanzler Hans Luther (1879-1962, 1925/26 Reichskanzler) erklärte am 4. März 1926 vor ausländischen Journalisten in Berlin (x034/281): >>Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den ich auf das dringendste erhoffe, ist der Schlußtermin eines bedeutungsvollen Abschnitts der bisherigen Politik und soll gleichzeitig der Grundstein sein für die Fortsetzung der deutschen Wiederaufbaupolitik mit den Mitteln der internationalen Verständigung.<<

Der deutsche Unternehmer August Thyssen (1842-1926, gründete 1867 ein Eisenwalzwerk in Duisburg, 1871 ein Band- und Stabeisenwalzwerk bei Mülheim-Ruhr und erwarb danach diverse Maschinenfabriken, 1890 Gründung der August Thyssen-Hütte AG in Duisburg) starb am 4. April 1926.

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtete damals über den Tod des Großindustriellen (x034/287): >>Wohl kein deutscher Industrieller hat eine derartig umfangreiche Spanne deutscher Wirtschaftsgeschichte miterlebt und maßgebend mitbeeinflußt wie er. ... Die Zeit der großen Einzelpersonlichkeiten in der deutschen Industrie geht mit August Thyssen ... allmählich dahin.<<

Die Deutsche Luft-Hansa nahm am 6. April 1926 mit 57 Flugplätzen und 110 Maschinen den innerdeutschen Flugverkehr auf (x034/287). Nach Gründung der Deutschen Luft-Hansa entwickelte sich der deutsche Flugverkehr mit rasanter Geschwindigkeit.

Am 19. April 1926 informierte Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289, x243/31): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete (der Korridor, Danzig, Oberschlesien) ... kann uns befriedigen. ...<<

>>... Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. ...<<

Angesichts der polnischen Aggressivität schloß Außenminister Stresemann mit der Sowjetunion am 24. April 1926 ein Freundschafts- und Neutralitätsabkommen (für den Fall, daß eine Partei von einem Dritten angegriffen würde) ab (x243/31): >>Art. 1. Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bleibt der Vertrag von Rapallo. ...

Art. 2. Sollte einer der vertragsschließenden Teile ... von einer dritten Macht ... angegriffen werden, so wird der andere vertragsschließende Teil ... Neutralität beachten.

Art. 3. Sollte ... zwischen dritten Mächten eine Koalition geschlossen werden, um gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen. ...<<

Marschall Pilsudski, der einen noch größeren und stärkeren polnischen Staat anstrebte, marschierte am 12. Mai 1926 mit 15 Regimentern in Warschau ein. Nach harten Straßenkämpfen, die etwa 300 Todesopfer forderten, übernahm Pilsudski die Regierungsgewalt und beseitigte die demokratische polnische Regierung (x178/72). Nach dem Militärputsch herrschten in Polen diktatorische Verhältnisse.

Außenminister Stresemann lehnte Konrad Adenauer am 18. Mai 1926 als Kandidaten für das Amt des Reichskanzlers ab (x034/293): >>... Adenauer ist eine schwer zu behandelnde Persönlichkeit ... ein Mann der einseitigen Orientierung ...<<

Der Volksentscheid vom 20. Juni 1926 über die Enteignung der Fürstenvermögen erreichte nicht die notwendige Mehrheit von 20 Millionen Wählerstimmen.

14.455.184 Wahlberechtigte stimmten für und 585.710 gegen die entschädigungslose Enteignung der Fürsten (x034/297).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Enteignung der Fürstenvermögen (x051/201): >>Fürstenenteignung (Fürstenabfindung), Einbehalt der nach Ende der Monarchie (9.11.18) beschlagnahmten Vermögen der deutschen Fürstenhäuser.

Nachdem einige Länder bereits Abfindungsverträge mit ihren ehemaligen Fürsten geschlossen hatten, legte die Regierung Luther am 2.2.26 ein Gesetz zur einheitlichen Entschädigungsregelung vor. Dagegen erhob die Linke, v.a. die KPD, die Forderung nach vollständiger Fürstenenteignung, erwirkte ein Volksbegehren und erreichte 12,5 Millionen Stimmen.

Nach Ablehnung der Fürstenenteignung im Reichstag (mit den NSDAP-Stimmen) am 6.5.26 wurde ein Volksentscheid erforderlich, der am 20.6.26 mit 15,5 Millionen Stimmen aber nicht die nötige Mehrheit von 20 Millionen fand.

Trotz der hohen Popularität einer Fürstenenteignung hatte Hitler seine Partei auf der Bamberger Führertagung dagegen eingeschworen, da er den Bolschewismusvorwurf fürchtete und eine Aktionsgemeinschaft mit den marxistischen Parteien ablehnte.<<

Der D-Zug Berlin-Köln wurde am 19. August 1926 zwischen Leiferde und Meinersen durch einen Attentäter zum Entgleisen gebracht. 24 Menschen verloren ihr Leben. Der Täter wurde später in Berlin gefaßt und zum Tod verurteilt.

Im antisemitischen NSDAP-Hetzblatt "Der Stürmer" drohte man den Juden bereits am 19. August 1926 mit Mord und Totschlag (x034/303): >>... Drum, Jude, mach' dich auf.

Flieh aus den deutschen Gauen,

wenn Du willst dein Vaterland
Lebend noch erschauen!<<

Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, teilte der deutschen Regierung am 8. September 1926 per Telegramm mit, daß die Völkerbundsversammlung in ihrer Sitzung vom 8. September beschlossen hätte, Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufzunehmen.

Als die deutsche Delegation, die von Außenminister Stresemann angeführt wurde, am 9. September 1926 den Sitzungssaal des Völkerbundes in Genf betrat, empfing sie freundlicher Applaus.

Am 10. September 1926 wurde das bis dahin völlig isolierte Deutsche Reich in den Völkerbund aufgenommen und kehrte damit in die Völkergemeinschaft der Welt zurück.

Stresemann erklärte während seiner ersten Rede vor dem Völkerbund (x063/550-51): >>...

Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das Nationalgewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen.

Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. ... Er gab ihnen als Heiligtum ihrer Seele ihre Muttersprache, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur.

Aber es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinanderkehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen.

Der wird der Menschheit am meisten dienen, der wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit, über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben sind. So verbinden sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiet, so können sie sich auch verbinden im politischen Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen. ...<<

Danach trat der französische Außenminister Briand vor die Völkerbundsversammlung und hielt eine mitreißende Begrüßungsrede, die mehrfach von Beifallsstürmen unterbrochen wurde (x256/84, x073/119): >>... Was bedeutet nun dieser heutige Tag für Deutschland und für Frankreich?

Das will ich Ihnen sagen: es ist Schluß mit jener langen Reihe schmerzlicher und blutiger Auseinandersetzungen, die die Seiten unserer Geschichte befleckten, es ist Schluß mit dem Krieg zwischen uns, Schluß mit den langen Trauerschleiern. Keine Kriege, keine brutalen Gewaltlösungen soll es von jetzt ab mehr geben.

Ich weiß, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Ländern auch heute noch bestehen, aber in Zukunft werden wir sie genau so wie die Einzelperson vor dem Richterstuhl in Ordnung bringen. ...<<

>>... Das Zeichen des heutigen Tages ist der Friede für Deutschland und für Frankreich. Das will heißen: zu Ende ist die Reihe der schmerzlichen und blutigen Zusammenstöße, von denen alle Blätter der Geschichte künden. Zu Ende ist der Krieg zwischen uns! Vorüber sind die schweren Wolken der Trauer! ...

Fort mit den Gewehren! Fort mit den Maschinengewehren! Fort mit den Kanonen! Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht und für den Frieden! ...

Ihnen aber, meine Herren Vertreter Deutschlands, möchte ich nur noch eines sagen: Was Helldentum und Kraft anbetrifft, brauchen sich unsere Völker keine Beweise mehr zu liefern. Auf

den Schlachtfeldern der Geschichte haben beide eine reiche und ruhmvolle Ernte gehalten. Sie können sich von jetzt an um andere Erfolge auf anderen Gebieten bemühen.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die "Locarnopolitik" des Jahres 1926 (x063/551-552): >>... Der Geist von Locarno (bedeutete) eine große Hoffnung, damals, und wiederum für eine zukünftige Zeit.

In neuer Form wurde das Erbe abendländischer Kultur aufgenommen. Ein brüderlicher Geist überwand den Völkerhaß, und bei der Jugend Europas erwachte das Bewußtsein, daß die Kriege des Abendlandes ein Ende finden müssen. Dem Geschlechte, das die Luft jener Frühlingstage atmen durfte, bleibt die Erinnerung als unverlöschliche Verheißung, daß die Geschichte nicht altert. Immer von neuem weiß sie die Geister und Führer zu finden für den Fortgang ihres großen Plans.

Zum erstenmal seit dem Waffenstillstand hatte sich Deutschland mit den anderen Mächten in Gleichheit zusammengefunden, wenn auch noch viele Fragen unerledigt blieben. Die Last der Reparationen war hart, und Deutschlands einseitige Entwaffnung war mit dem neuen Abkommen unvereinbar. Trotz starken französischen Druckes hat Stresemann es abgelehnt, ein "Ostlocarno" mit Polen zu schließen. Die Republik dachte nicht an Krieg, aber keine deutsche Regierung konnte die ungerechte Grenzziehung von Versailles freiwillig anerkennen. Der Weg für einen friedlichen Ausgleich durfte nicht versperrt werden. ...

Mit der Locarnopolitik und der europäischen Befriedung kehrte ein gewisses Maß von Wohlstand in Deutschland zurück. Die Republik erlangte sowohl durch fortschrittliche Gesetzgebung wie durch geistige, wissenschaftliche und künstlerische Leistungen einen neuen Rang in der Welt. Die deutschen Schulen und Universitäten zogen ausländische Schüler und Studenten an. Unablässig war die Republik bemüht, die Volksbildung zu heben.<<

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" erinnerte am 31. Oktober 1926 an den 2. Weltspartag (x034/313): >>Spartet! Besinnet euch wieder auf die ungeheure Wichtigkeit, die die Spartätigkeit für den einzelnen wie für die gesamte Volkswirtschaft hat!<<

Ein SA-Führer berichtete am 3. November 1926 (x243/33-34): >>Die einzige Form in der sich die SA an die Öffentlichkeit wendet, ist das geschlossene Auftreten. Dieses ist zugleich eine der stärksten Propagandaformen. Der Anblick einer starken Zahl innerlich und äußerlich gleichmäßiger, disziplinierter Männer, deren restloser Kampfwille unzweideutig zu sehen ... ist, macht auf jeden Deutschen den tiefsten Eindruck und spricht zu seinem Herzen eine überzeugendere und mitreisendere Sprache als Schrift und Rede und Logik je vermag.

Ruhiges Gefaßtsein ... unterstreicht den Eindruck der Kraft ... der marschierenden Kolonnen und der ... Sache. Die innere Kraft der Sache läßt den Deutschen gefühlsmäßig auf deren Richtigkeit schließen. ... Wo ganze Scharen planmäßig ... Leib, Leben, Existenz für eine Sache einsetzen, da muß die Sache groß und wahr sein. ...

Der SA-Mann ist der heilige Freiheitskämpfer. ... (Die SA) kennt keine Konzessionen. Sie geht aufs Ganze. Sie kennt nur das Motto: ... du oder ich! ...<<

Joseph Goebbels gründete am 16. November 1926 in Berlin mit 300 Mitgliedern die erste NSDAP-Ortsgruppe.

Hitler, der Goebbels geschickt an sich ziehen konnte, ernannte den berüchtigten "hinkenden, kleinen Doktor", der bereits ein erfolgreicher NS-Demagoge bzw. Volksaufwiegler war, im Herbst 1926 "zur Belohnung" zum Gauleiter von Berlin. Obgleich Gauleiter Goebbels nur von 300 NSDAP-Mitgliedern unterstützt wurde, konnte Hitlers bester Agitator in Berlin tatsächlich Fuß fassen und die "rote Reichshauptstadt" schließlich nach jahrelangen Kämpfen erobern. In diesen schwierigen Jahren zeichnete sich Goebbels (ein schwächlicher Mann, mit einem unverhältnismäßig großen Kopf) als mitreisender, furchtloser Redner aus, der auch in kommunistischen Arbeitervierteln NS-Hetzreden hielt.

Für den ehemaligen Hitler-Gegner Dr. Goebbels, der wegen eines verkrüppelten Fußes weh-

runtauglich war, ging es an Hitlers Seite nur noch um ein Lebensziel, die Vernichtung der Weimarer Republik.

Die rechtsnationale Partei Tautaininkai führte am 17. Dezember 1926 einen militärischen Staatsstreich in Litauen durch und beendete die demokratische Entwicklung des Landes. Staatspräsident Antanas Smetona errichtete danach eine autoritäre Herrschaft nach dem Vorbild des italienischen Faschismus.

Im Deutschen Reich wurde 1926 der Volkstrauertag (Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges) eingeführt.

Im Jahre 1926 wurde ein "Verein zur Vorbereitung der Autobahnstraße Hamburg-Frankfurt-Basel" (HAFRABA) gegründet.

Dr. Horst Heidtmann schrieb später über Planung und Bau der "Autobahn" (x051/54): >>Autobahn, kreuzungsfreie Straße, die ausschließlich dem Autoverkehr vorbehalten sein sollte, anfänglich auch "Nurautostraße", "Kraftfahrtbahn" ...

Erste autobahnähnliche Straße war die 1921 fertige, 8,9 km lange Avus bei Berlin (1912 geplant von der Automobil-Verkehrs- und Übungs-Straße GmbH), 1932 wurde dann die 20 km lange "Kraftwagenstraße" zwischen Köln und Bonn freigegeben.

Die in den 20er Jahren wachsende Automobilisierung schuf Bedürfnisse nach Fernverkehrsstraßen, die "große Geschwindigkeiten bei erhöhter Sicherheit" ermöglichen sollten, die aus verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Gründen damals eigentlich nicht erforderlich waren.

Die Vorarbeiten zum Autobahnbau leisteten zunächst (halb-) private Initiativen wie die 1924 gegründete Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau (STUFA) oder der 1926 entstandene Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hamburg – Frankfurt – Basel (HAFRABA), der als ersten Ausbaubauabschnitt die Strecke Frankfurt – Mannheim – Heidelberg plante. ...<<

Ein Arbeiter berichtete im Jahre 1926 über die Fließbandarbeit in einer Ford-Autofabrik im Deutschen Reich (x149/57-58): >>Für die Arbeiter ist die Hauptsache das Mitkommen. Das Arbeitsstück fließt weiter, schneckengleich langsam zwar – aber es fließt! Die Verzögerung des einen bringt den ganzen Betrieb in Unordnung, lenkt sofort die Aufmerksamkeit aller Kollegen und Vorgesetzten auf den "Bummler".

Kommt ein Arbeiter an einer Stelle nicht recht mit, wird er stillschweigend an eine andere versetzt. Versagt er dort auch, fliegt er ohne jede Förmlichkeit. Das weiß auch jeder. ...

Anfänger erhalten ohne Rücksicht darauf, ob sie was gelernt haben, pro Tag 13 Mark. Nach der "Anlernung" oder richtiger gesagt Abrichtung, gibt es 15 Mark. ... Der Höchstlohn beträgt 20 Mark pro Tag! Dies ist die Summe, die zahlreiche Akkordarbeiter der Berliner Metallindustrie für die ganze Woche erhalten. ...<<

Prof. Dr. Werner Stein berichtete in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1926 (x074/1.073): >>Handwerk in Deutschland vertreten durch Reichsverband des deutschen Handwerks (1919) mit 67 Handwerks- und Gewerbekammern, 59 Innungs- und Fachverbänden, 6 Fachverbands-Kartellen und anderen Organisationen (Handwerk steht teilweise im harten Konkurrenzkampf zur Industrie).<<

Im Jahre 1926 betrug der Branntweinkonsum der Deutschen 1,35 l pro Kopf (1905 = 3,8 l).

Der deutsche Lehrer und Komponist Hermann Grote (1885-1971) verfaßte um 1926 den Text des "Niedersachsenliedes ..." (x846/...):

>>1. Von der Weser bis zur Elbe,

Von dem Harz bis an das Meer

Stehen Niedersachsens Söhne,

Eine feste Burg und Wehr

Fest wie unsre Eichen

Halten allezeit wir stand,

Wenn Stürme brausen

Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekind's Stamm.

2. Wo fiel'n die römischen Schergen?
Wo versank die welsche Brut?
In Niedersachsens Bergen,
An Niedersachsens Wut
Wer warf den römischen Adler
Nieder in den Sand?
Wer hielt Freiheit hoch
Im deutschen Vaterland?
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekind's Stamm.

3. Auf blühend roter Heide
Starben einst vieltausend Mann
Für Niedersachsens Treue
Traf sie des Franken Bann.
Viel tausend Brüder fielen
Von des Henkers Hand.
Viele tausend Brüder
Für ihr Niedersachsenland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekind's Stamm.

4. Aus der Väter Blut und Wunden
Wächst der Söhne Heldenmut.
Niedersachsen soll's bekunden:
Für die Freiheit Gut und Blut.
Fest wie unsre Eichen halten
Allezeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekind's Stamm.<<

Die sudetendeutschen Parteien beteiligten sich im Jahre 1926 an den CSR-Koalitionen und bekundeten damit nachweislich ihren Willen zur Zusammenarbeit (x020/32).

Nach der Einführung von neuen tschechischen Sprachverordnungen verloren im Jahre 1926 rund 33.000 sudetendeutsche Beamte ihren Arbeitsplatz (x184/19).

Franco wird im Jahre 1926 in Spanien zum jüngsten General einer europäischen Armee ernannt.

General Rivera besiegte mit französischer Unterstützung im Jahre 1926 die Rifkabylen und beendete den Krieg in Marokko.

1927

Am 1. Januar 1927 waren im Deutschen Reich 1.968.334 Menschen arbeitslos (x034/321).

Hitler schrieb am 9. Januar 1927 das Vorwort für das Mitgliedsbuch der NSDAP (x034/321):
>>Parteigenosse, vergiß niemals und an keiner Stelle, daß Du Vertreter und Repräsentant der nationalsozialistischen Bewegung, ja unserer Weltanschauung bist! ... Wenn Du für die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kämpfst, so kämpfst Du damit für Dein Volk.<<

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" kritisierte am 14. Januar 1927 die geforderte Einführung einer 5-Tage-Woche (x034/322): >>... Sie würde die Vergnügungswut, die schon groß ist, ins Ungemessene steigern. Sie wäre ein Hindernis für alle Arbeitslustigen, welche vorwärts kommen wollen.<<

Da Hitler nicht nur ein beliebter Redner, sondern auch ein blendender Schauspieler war, wurde Hitlers Redeverbot am 5. März 1927 in der bayerischen Provinz vorzeitig aufgehoben. Hitler spielte danach die Rolle des "Legalen" und versöhnte sich mit der bayerischen Regierung. Der NSDAP-Führer wurde immer noch sträflich unterschätzt, denn man glaubte irrtümlich, daß man "die Bestie" gezähmt hätte.

Die Münchener Polizeidirektion berichtete über die öffentliche NSDAP-Veranstaltung im Zirkus Krone am 9. März 1927 (x034/329, x105/197): >>... Die meisten (Zuhörer) gehören den untersten Erwerbsschichten an. ... <<

>>... Vom Eingang her brausen Heilrufe, Braunhemden marschieren herein, die Musik spielt, der Zirkus spendet lärmenden Jubel. Hitler erscheint im braunen Regenmantel, geht rasch in Begleitung seiner Getreuen durch den ganzen Zirkus bis hinauf zur Bühne. Die Leute gebärden sich froh erregt und winken, rufen andauernd Heil, stehen auf den Bänken, Getrampel donnert. Dann ein Posaunenstoß, wie im Theater. Plötzliche Stille. Unter der tosenden Begrüßung der Zuschauer marschieren nun Braunhemden in Reih und Glied herein, voran zwei Reihen Trommler, dann die Fahne.

Die Leute grüßen nach Faschistenart mit ausgestrecktem Arm. Das Publikum jubelt ihnen zu. Auf der Bühne hat Hitler in gleicher Weise den Arm zum Gruß gestreckt. Die Musik rauscht. Fahnen ziehen vorüber, blitzende Standarten mit Hakenkreuzen. Es mögen ungefähr 200 Mann vorbeidefilieren. Sie füllen die Manege und stellen sich darin auf, während die Fahnen- und Standartenträger die Bühne bevölkern.

Hitler tritt rasch in den Vordergrund der Bühne. Er spricht frei, zunächst mit langsamer Betonung, später überstürzen sich die Worte. Er gestikuliert mit den Armen und Händen, springt erregt hin und her und sucht das aufmerksam ihm lauschende, tausendköpfige Publikum stets zu faszinieren. Wenn der Beifall ihn unterbricht, streckt er theatralisch die Hände aus. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtete später, wie Hitler damals sein Publikum begeisterte und fesselte (x105/197-198): >>... Augenblicklich waren meine kritischen Fähigkeiten ausgeschaltet. ...

Ich weiß nicht, wie ich die Gefühle beschreiben soll, die mich überkamen, als ich diesen Mann hörte. Seine Worte waren wie Peitschenschläge. Wenn er von der Schande Deutschlands sprach, fühlte ich mich imstande, jeden Gegner anzuspringen. Sein Appell an die deutsche Mannesehre war wie ein Ruf zu den Waffen, die Lehre, die er predigte, eine Offenbarung. Er erschien mir wie ein zweiter Luther. Ich vergaß alles über diesem Mann.

Als ich mich umschaute, sah ich, daß seine Suggestivkraft die Tausende in Bann hielt wie einen Einzigen. Natürlich war ich reif für dieses Erlebnis. Ich war ein Mann von 32, der Enttäuschungen und des Unbehagens müde, auf der Suche nach einem Lebensinhalt; ein Patriot, der kein Betätigungsfeld fand, der sich für das Heldische begeisterte, aber keinen Helden fand. Die Willenskraft dieses Mannes, die Leidenschaft seiner ehrlichen Überzeugung schienen auf mich überzuströmen. Ich hatte ein Erlebnis, das sich nur mit einer religiösen Bekehrung vergleichen ließ.<<

In Rybnik ereigneten sich am 15. Mai 1927 pogromähnliche Ausschreitungen gegen Volks-

deutsche (x025/43).

Die Reichsminister Heinrich Hirtsiefer (1876-1941) und Wilhelm Koch (1877-1950) eröffneten am 18. Juni 1927 den Nürburgring (Automobil- und Motorradrennstrecke, bei Adenau in der Eifel).

Der ADAC berichtete damals in einer Presseerklärung (x034/340): >>Der ADAC ist stolz darauf, als erster deutscher Sportverband auf dieser großartigen Renn- und Prüfungsstrecke eine Veranstaltung durchgeführt zu haben, die nicht nur den deutschen, sondern auch den ausländischen Zuschauern gezeigt hat, wie hoch sich auch in Deutschland der Straßenbau entwickelt hat. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt den Bemühungen der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau zu verdanken.<<

Der deutsche Außenminister Stresemann und der britische Außenminister Chamberlain verhandelten am 18. Juni 1927 in Genf über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes.

Goebbels berichtete am 10. Juli 1927 während des Brandenburger NSDAP-Gautages über die NS-Propagandamethoden (x034/342): >>... Eins aber haben sie schon jetzt doch erreicht, daß jeder Junge in Berlin die NSDAP kennt. ... Eine Bewegung, die einen alten Staat zertrümmern will, kann nicht auf Filzpantoffeln gehen. ...<<

Die "Vossische Zeitung" kommentierte am 16. Juli 1927 den Entwurf eines neuen Reichsschulgesetzes (x034/340): >>... Erst in ein, in zwei Generationen wird man an den Früchten, d.h. an dem Allgemeinzustand des öffentlichen und privaten Lebens der Deutschen von 1900 erkennen, welche Arbeit das deutsche Parlament im Jahre 1927 geleistet hat.<<

Die britische Regierung brach im Juli 1927 alle diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, als sowjetische Spionage- und Zersetzungstätigkeiten in Londoner Handelsvertretungen aufgedeckt wurden (x125/171).

Stalin drohte am 1. August 1927 während einer Rede vor dem "Vereinigten Plenum des ZK der KPdSU" allen innenpolitischen Gegnern (x125/172): >>Genossen!

Wir stehen vor 2 Gefahren: Der Kriegsgefahr, die zu einer Kriegsdrohung geworden ist, und der Gefahr der Entartung einiger Glieder unserer Partei. Zur Vorbereitung der Verteidigung schreitend, müssen wir eine eiserne Disziplin in unserer Partei schaffen. Ohne diese Disziplin ist eine Verteidigung unmöglich.

Wir müssen die Parteidisziplin festigen, wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Partei desorganisieren. Wir müssen all denen einen Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen und im Osten spalten. (Beifall)

Wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen spalten und dabei von solchen abgefeimten Gaunern wie Souvarine, Ruth Fischer, Maslow, dem Wirrkopf Treint unterstützt werden.

Nur so, nur auf diese Weise können wir dem Krieg wohlgerüstet begegnen, wobei wir gleichzeitig bemüht sind, durch gewisse materielle Opfer, die wir auf uns nehmen, den Krieg hinauszuzögern, Zeit zu gewinnen, uns vom Kapitalismus loszukaufen.

Das müssen wir tun und das werden wir tun.

Die zweite Gefahr ist die Gefahr der Entartung. Woher droht sie? Von dort! (Zeigt auf die Opposition) Diese Gefahr muß liquidiert werden! (Anhaltender Beifall) ...<<

Die deutsche Reichsregierung beschwerte sich am 14. September 1927 beim Völkerbund über die polnische Mißachtung der zugesagten Schulrechte in Oberschlesien (x034/347).

Während der sogenannten "Tannenbergfeier" erklärte Reichspräsident von Hindenburg am 18. September 1927 zur Kriegsschuld der Deutschen (x034/348): >>... Die Anklage, daß Deutschland schuld sei, an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk ... in allen seinen Schichten einmütig zurück. ... Der Krieg war für uns vielmehr das äußerste ... Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber.<<

Am 24. Oktober 1927 wurde in Berlin die Preußische Elektrizitäts AG gegründet (Gesetz über

die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen des preußischen Staates). Zur Preußischen Elektrizitäts AG (Preag) gehörten damals z.B. das Großkraftwerk Hannover AG, das Preußische Kraftwerk Oberweser AG und das Großkraftwerk Main-Weser.

Stalin verteidigte am 5. November 1927 während eines Treffens mit ausländischen Arbeiterdelegationen den Einsatz der sowjetischen Geheimpolizei (x245/176): >>... Die GPU oder Tscheka ist ein Straforgan der Sowjetmacht. Dieses Organ ist dem Sicherheitsausschuß mehr oder weniger analog (ähnlich), der während der Großen Französischen Revolution geschaffen wurde. ... Es stellt eine Art politischen Kriegstribunals dar, das zum Schutze der Interessen der Revolution gegen Anschläge seitens konterrevolutionärer Bourgeois und ihrer Agenten geschaffen wurde. ..

Man predigt größtmögliche Milde, man gibt den Rat, die GPU abzuschaffen. ... Kann man aber dafür bürgen, daß nach der Abschaffung der GPU die Kapitalisten aller Länder aufhören werden, konterrevolutionäre Gruppen von Verschwörern, Terroristen, Diversanten, Brandstiftern, Bombenattentätern zu organisieren und zu finanzieren? ...

Wir sind ein Land, das von kapitalistischen Staaten umringt ist. Die inneren Feinde unserer Revolution sind eine Agentur der Kapitalisten aller Länder. ... Indem wir gegen die inneren Feinde kämpfen, führen wir folglich den Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente aller Länder. ...

Nein, Genossen, wir wollen nicht die Fehler der Pariser Kommunarden wiederholen. Die Revolution braucht die GPU, und die GPU wird bei uns weiterbestehen zum Schecken der Feinde des Proletariats. ...<<

Stalin ließ am 14. November 1927 seine größten Widersacher Leo Trotzki, Grigori J. Sinowjew und Lew B. Kamenew aus der Partei ausschließen und nach Kasachstan verbannen oder nach Sibirien deportieren (x175/241-242).

Das "Grand Council Fire of American Indians" übergab dem Bürgermeister von Chicago am 1. Dezember 1927 eine Resolution (x181/2.44): >>Eure Geschichtsbücher lehren die Kinder, daß wir Indianer Mörder waren - ist man ein Mörder, wenn man sein Leben verteidigt?

Wir töteten die Weißen, weil sie uns das Land wegnahmen, unsere Jagdgebiete zerstörten, unsere Wälder niederbrannten, den Büffel ausrotteten, von dem wir lebten.

Die Weißen pferchten uns zuerst in Reservationen, dann nahmen sie uns auch diese weg. Weiße Männer, die ihr Eigentum verteidigten, nennt ihr Patrioten - Indianer, die dasselbe tun, nennt ihr Mörder

Die Weißen nannten uns Diebe – uns, die wir in einfachen Zelten aus Tierhäuten lebten und weder Schlösser noch Riegel brauchten.

Ihr nennt uns Wilde. Aber was ist Zivilisation? Ihre Kennzeichen sind eine hochstehende Religion und Lebenssicht, eigenständige Kunst und Musik, ein reicher Schatz an Geschichten und Legenden.

Das alles hatten wir. Wir sangen Lieder, in deren Melodien die Natur zu uns sprach – das Rauschen des Wassers, die Stimme des Windes, die Rufe der Tiere.

Lehrt eure Kinder diese Lieder, damit sie die Natur so lieben lernen wie wir. Sagt ihnen, daß wir alles, was schön war, liebten und schätzten. Das wir nie zum Vergnügen jagten, sondern einzig um unseren Hunger zu stillen. ...<<

Der Unternehmer und Politiker Alfred Hugenberg erwarb im Jahre 1927 die Filmgesellschaft "Ufa" und gliederte sie in seinen großen Medien- und Meinungskonzern ein.

Der Unternehmer Alfred Hugenberg (1865-1951, 1928 Vorsitzender der DNVP, 1931-33 Führer der Harzburger Front) errichtete während der 20er Jahre den größten Medien- und Meinungskonzern des Deutschen Reiches. In seinen vielen Zeitungen bekämpfte Hugenberg vor allem Stresemanns Außenpolitik. Hugenberg zählte damals zu den wichtigsten bürgerlichen

Gegnern der Weimarer Republik.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Universum-Film-Aktiengesellschaft" (x051/593-594): >>Universum-Film-Aktiengesellschaft, (Ufa), deutsches Filmunternehmen, am 18.12.1917 gegründet auf Initiative der Obersten Heeresleitung, insbesondere Ludendorffs, der im Ersten Weltkrieg den Film als Propagandamittel nutzen wollte.

Mit z.T. staatlichen Mitteln wurden Filmproduktionsfirmen und -theater aufgekauft und zur Universum-Film-Aktiengesellschaft zusammengeschlossen, die nach dem Krieg ganz im Besitz der Deutschen Bank war und mit historischen Ausstattungsfilmen (u.a. "Madame Dubarry", 1919), aber auch künstlerisch bedeutenden Werken (u.a. "Das Kabinett des Dr. Caligari", 1919/20) zum wichtigsten deutschen Filmkonzern wurde.

Die Universum-Film-Aktiengesellschaft expandierte zügig, konnte sich aber auch durch immer aufwendigere Produktionen (u.a. "Metropolis", 1927) nicht gegen die Konkurrenz der amerikanischen Filmindustrie behaupten; nach Millionenverlusten kaufte Hugenberg 1927 die Universum-Film-Aktiengesellschaft und gliederte sie seinem Pressekonzern an. Das Ufa-Programm wurde zunehmend nationalistisch ausgerichtet, neben volkstümlichen Lustspielen und Operettenfilmen entstand eine Reihe von Kriegsfilmen, die sich der nationalsozialistischen Weltanschauung annäherten (u.a. "Die letzte Kompanie", 1930).

Durch die "Säuberung der Filmkunst und Filmwirtschaft von rasse- und wesensfremden Elementen" war die Universum-Film-Aktiengesellschaft nach 1933 ohnehin in den nationalsozialistischen Propagandaapparat eingegliedert, da Goebbels jedoch die vollständige Zentralisierung der deutschen Filmwirtschaft anstrebte, ließ er 1936/37 (zunächst anonym) Ufa-Aktien aufkaufen, 1937 die großen deutschen Filmfirmen verstaatlichen und schloß schließlich 1938 Einzelfirmen in der Dachgesellschaft Ufa-Film GmbH (Ufi) zusammen, die die gesamte Filmproduktion des Dritten Reiches sowie die meisten Filmtheater kontrollierte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte auf Veranlassung der Siegermächte das deutsche Filmmonopol entflochten werden; in der DDR übernahm die 1946 gegründete DEFA die Einrichtungen der Ufi, in der BRD wurden 1955 die Ufa-Theater AG und 1956 die Universum-Film AG (als Produktionsfirma) neu gegründet. Sie konnten jedoch nicht mehr an die Vorkriegserfolge des deutschen Films anknüpfen und gingen 1964 in den Besitz der Bertelsmann-Gruppe über ...<<

Die "Cap Arcona" erwarb im Jahre 1927 die internationale Auszeichnung "Das schönste Schiff auf allen Meeren".

In den Jahren 1927-28 wurden unentwegt Abgeordnete der Opposition verhaftet und die polnische Verwaltung von Regimegegnern gesäubert (x064/130).

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete im Jahre 1927 über das 10jährige Jubiläum der Sowjet-Republik (x269/258-262): >>... Am 7. November sind es zehn Jahre, daß nach blutigen Kämpfen in Petersburg und anderen Städten Rußlands die Regierung der Sowjets aufgerichtet wurde. Wenige Menschen in Europa hätten damals Lenin und seinen Freunden, den neuen Machthabern, (eine) so lange Fortdauer ihres Werkes vorausgesagt. ...

Was hat diese Regierung dem russischen Land und Volk in den zehn Jahren ihres Bestehens gebracht, was hat sie genommen? ... Verloren ging Finnland, verloren ging Polen! Verloren waren die Randstaaten Estland, Lettland und Litauen, die wirtschaftlich auf Rußland angewiesen sind, ebenso wie Rußland sie zum Zugang zum Meer brauchte. Und als ewig brennende Wunde wurde auch der Verlust der von Rumänien annektierten Provinz Bessarabien von den Vorgängern übernommen.

Verlorengegangen ist mit dem alten Reich auch der Name "Rußland" als Reichsidee. Planvoll sprechen die heutigen Machthaber nicht mehr von Rußland als Reich, sondern von der "Sowjetunion", einem Bund der Staaten, die sich nach dem politischen System der Sowjets regieren. Rußland ist in dieser Union ein Teilstaat, freilich der größte, wie Preußen im Deutschen

Reich und England in Großbritannien. ...

So sind im Sowjetreich die Republiken der Ukrainer, Kaukasier, Turkmenen usw. formell der "Republik Rußland" gleichgestellt, in der Praxis freilich werden sie doch von Moskau aus regiert. Nützen tut ihnen die Scheinfreiheit auch sonst nicht, denn es gibt ja keine freie politische Betätigung im Innern Rußlands.

Die Bevölkerung gliedert sich nicht nach politischen Parteien, sie zerfällt vielmehr in eine ungeheure Masse der willenlos Beherrschten und eine verhältnismäßig kleine Schicht der Herrschenden. ... Die Herrschenden sind die in einer raffinierten Parteiorganisation zusammengeschlossenen Kommunisten. ...

Der geistige Druck in diesem riesigen Reich ist ungeheuer. Was den Anschauungen der regierenden Kommunistischen Partei, genau gesagt, des kleinen Personenkreises der höchsten Parteibeamten, nicht gemäß ist, wird unterdrückt.

In diesem Land gibt es keine Presse, die nicht nach dem Diktat der Machthaber schriebe, gibt es keine öffentliche Stimme, die von der Parlamentstribüne oder im Versammlungssaal einer anderen Meinung Ausdruck geben könnte. Eine weitverzweigte politische Polizei, die man in Europa unter dem inzwischen abgelegten Namen "Tscheka" kennt, mit Methoden und nicht wenigen Beamten, die aus der ehemaligen zaristischen Gendarmerie übernommen wurden, wacht darüber, daß jeder Versuch eines Gegendrucks von unten her sofort erstickt wird. ...

... Der Despotismus wird ungeschwächt von einer kleinen Zahl von Männern ausgeübt. Nicht anders, als in Italien von Mussolini und seinen Faschisten ... Und wer nicht sterben will, der liegt im Staube vor den Machthabern wie Asiaten vor ihrem Großherrscher.

Machtmittel zur Beherrschung und Knechtung ist ein militärischer Apparat. Mit seiner Hilfe halten sich die Kommunisten am Ruder wie mit Hilfe ihrer Polizei. War das zaristische Rußland eine ungeheure Militärmacht, so ist auch Sowjet-Rußland ein militaristischer Staat. Die Kriegstüchtigkeit der Roten Armee ist zwar noch nicht erprobt, aber im Geiste eines Militarismus wird die ganze heranwachsende Jugend gedrillt. Einer der ersten Eindrücke, den der Fremde in Moskau erhält, ist der der mit Trommeln und Fahnen durch die Straßen ziehenden Kinderscharen der "Pioniere" ...

... Was bietet der Sowjetstaat nun seinen Bürgern für den Verlust gewisser politischer Freiheiten und eines früher zum Teil aufrechterhaltenen Lebensstandards? Der Sowjetstaat antwortet zunächst, daß unter dem Zarismus ja auch nicht gerade ein freiheitliches Leben geherrscht hat. Und das materielle Los des russischen Volkes war unter dem Zarismus ebenfalls nicht beneidenswert, denn ein prächtiges Leben konnte nur eine kleine Herrschicht führen, und diese war mit einer beispiellosen Verelendung der Massen erkaufte. Das Entscheidende war nun freilich: Geht es den Massen jetzt besser?

Darauf ist zu antworten, daß die Lebenshaltung der Massen gegen früher nicht besser geworden ist. Selbst wenn man von den besonderen Verhältnissen der Moskauer Wohnungsnot absieht, gegen die unsere Enge ein Kinderspiel ist, ist die Lebenshaltung der russischen Bevölkerung so elend wie nie zuvor. ...<<

Der deutsche Kulturbund wurde im Jahre 1927 wieder offiziell zugelassen.

Nach der Rückkehr aus Marokko wurde Franco im Jahre 1927 Leiter der Obersten Militärakademie in Saragossa.

In Elsaß-Lothringen forderte der deutsche Heimatbund im Jahre 1927 einen eigenen Landtag, Selbstverwaltung und größere Unabhängigkeit. Die französische Regierung reagierte danach mit radikalen, gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen.

Chiang Kai-shek (1887-1975, ab 1925 General und führender Politiker der Guomindang-Regierung) trennte sich im Jahre 1927 in China von den Kommunisten. Chiang Kai-shek bildete danach die Nanking-Regierung und führte später 2 Bürgerkriege gegen die Kommunisten.

Mao Zedong, der nach der Trennung von Chiang Kai-shek die Führung der kommunistischen Partisanenbewegung übernahm, berichtete im Jahre 1927 über die Bauernbewegung in Hunan (x128/325): >>Innerhalb kurzer Zeit werden sich in den zentralen, südlichen und nördlichen Provinzen unseres Landes einige hundert Millionen mit der verheerenden Gewalt eines fürchterlich wütenden Orkans erheben, und keine noch so große Macht wird in der Lage sein, sie niederzuhalten. ...

Sie werden alle Netze, die sie fesseln, zerreißen und auf der Straße der Befreiung vorwärts stürmen. Sie werden allen Militaristen, Militärmachthabern, korrupten Beamten und lokalen Machthabern das Grab schaufeln. Alle revolutionären Parteien und revolutionären Genossen werden vor ihrem Angesicht einer Probe unterworfen und zurückgewiesen oder in ihre Reihen aufgenommen.

Sollten wir uns an ihre Spitze stellen und sie führen? Sollen wir hinter ihnen herlaufen und sie mit Händen und Füßen gestikulierend kritisieren? Oder sollen wir uns ihnen in den Weg stellen und gegen sie kämpfen? Jedem Chinesen steht es frei, einen dieser drei Wege zu wählen.

...

Es stimmt schon, daß die Bauern auf dem Lande augenblicklich etwas außer Rand und Band sind. ... Ein Haufen von Menschen wälzt sich in die Häuser der lokalen Machthaber und üblen Gentry (Grundbesitzer), die gegen die Bauernvereinigung eingestellt sind, sie schlachten ihre Schweine und teilen ihre Getreidevorräte aus. Es kommt auch vor, daß sie sich auf den elfenbeinverzierten Betten der jungen Damen aus den Familien der lokalen Machthaber und üblen Gentry herumräkeln. ...

Die Revolution ist kein Gastmahl, kein Aufsatzschreiben, kein Bildermalen oder Deckchen sticken, sie kann nicht so fein, so gemächlich und kultiviert, so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großmütig sein. Die Revolution ist ein Aufruhr, sie ist ein Gewaltakt, durch den eine Klasse eine andere stürzt. Die Revolution auf dem Lande ist eine Revolution, in der die Bauernschaft die Macht der feudalistischen Grundherrenklasse stürzt. ...

Wenn man etwas gerade biegen will, so muß man es unbedingt verbiegen, etwas gerade biegen, ohne es zu verbiegen, ist unmöglich. ...<<

Ein Erdbeben in Kansu forderte im Jahre 1927 etwa 100.000 Todesopfer (x175/60).

1928

Am 1. Januar 1928 waren im Deutschen Reich 1.862.000 Menschen arbeitslos.

Am 24. Februar 1928 machte Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfahl eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

Außenminister Gustav Stresemann erklärte am 18. April 1928 auf der 48. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages (x034/368): >>... Wir leiden unter den Reparationslasten, die Verkehr und Industrie hemmen.<<

Heinrich Himmler wurde am 24. April 1928 zum stellvertretenden Reichsführer der SS ernannt.

Joseph Goebbels (1897-1945, seit 1929 NSDAP-Reichspropagandaleiter) berichtete am 30. April 1928 im "Völkischen Beobachter" über Propaganda und die antidemokratischen Absichten der NSDAP (x245/351, x058/329): >>... Die Propaganda ist gut, die zum Erfolg führt, und die ist schlecht, die am gewünschten Erfolg vorbeigeht, selbst dann, wenn sie noch so geistreich ist; denn es ist nicht die Aufgabe einer Propaganda, geistreich zu sein; ihre Aufgabe ist es, zum Erfolg zu führen.

Es kann also keiner sagen, eure Propaganda ist zu roh, zu gemein. Das sind keine charakteristischen Merkmale für ihre Verschiedenartigkeit. Sie soll gar nicht anständig sein, sie soll nicht sanft oder weich oder demütig sein; sie soll zu einem Erfolg führen.

Wenn einer mir sagt: "Eure Propaganda hat kein gesittetes Niveau", dann brauche ich mich mit ihm gar nicht erst zu unterhalten. Es kommt nicht darauf an, daß eine Propaganda Niveau hat, sondern darauf, daß sie zum Ziele führt.

Eiskalt dem Gegner auf den Pelz rücken, ihn abtasten, auskundschaften, wo seine verwundbare Stelle ist, überlegsam und berechnend den Speer schärfen, ihn wohlgezielt in die lecke Blöße des Feindes hineinjagen und dann vielleicht noch freundlich lächelnd zu sagen: Verzeihen Sie, Herr Nachbar, aber ich kann nicht anders!

Das ist jenes Rachegericht, das kalt genossen wird. ...<<

>>... Wir sind doch eine antiparlamentarische Partei, lehnen aus guten Gründen die Weimarer Verfassung und die von ihr eingeführten republikanischen Institutionen ab, sind Gegner einer verfälschten Demokratie, die den Klugen und den Dummen, den Fleißigen und den Faulen über einen Leisten schlägt, sehen im heutigen System der Stimmenmajoritäten und der organisierten Verantwortungslosigkeit die Hauptsache unseres ständig zunehmenden Verfalls. Was also wollen wir im Reichstag?

Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie, mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Wir zerbrechen uns darüber nicht den Kopf. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.

Wenn es uns gelingt, bei diesen Wahlen 60 bis 70 Agitatoren und Organisatoren unserer Partei in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird der Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden. Eine Angelegenheit, die reizvoll und neckisch genug ist, sie einmal auszuprobieren. ...

Glaubt einer von euch, daß wir, wenn wir in das Plenum des hohen Hauses einmarschieren, gleich mit Philipp Scheidemann Brüderschaft trinken? Haltet ihr uns für so miserable Revolutionäre, daß ihr fürchtet, wir würden vor einem dicken, roten Teppich und einer wohltemperierten Schlafhalle unsere geschichtliche Mission vergessen?

Wer ins Parlament geht, kommt darin um! Jawohl, wenn er ins Parlament geht, um auch einer (von ihnen) zu werden. Geht er jedoch hinein mit dem zähen und verbissenen Willen, auch hier seinen bedingungslosen Kampf gegen die zunehmende Ver lumpung unseres öffentlichen Lebens mit der ihm angeborenen Rücksichtslosigkeit fortzuführen, dann wird er nicht verparlamentarisieren, sondern er bleibt das, was er ist: ein Revolutionär. ...

Man soll nicht glauben, der Parlamentarismus sei unser Damaskus (Paulus war durch die Erscheinung Christi vor Damaskus aus einem Verfolger zu einem Gläubigen geworden). Wir haben dem Gegner die Zähne gezeigt von den Podien der Massenversammlungen und von den Riesendemonstrationen unserer braunen Garde aus. Wir werden sie ihm auch zeigen in der bleiernen Satttheit eines parlamentarischen Plenums.

Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir. Jetzt seid ihr nicht mehr unter euch! Und so werdet ihr keine reine Freude an uns haben!<<

17 Monate vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war die NSDAP noch eine völlig bedeutungslose Partei. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erreichte die NSDAP lediglich 12 Mandate und erhielt nur 2,4 % aller abgegebenen Stimmen (KPD = 54 Mandate und 11,0 %). Die radikalen Parteien ließen sich jedoch trotz aller Rückschläge nicht beirren und führten weiterhin publikumswirksame Aufmärsche, Massenkundgebungen und Parteitage durch.

Infolge einer Explosion in Gebäuden der Firma Stolzenberg verbreitete sich am 20. Mai 1928 über Hamburg das Giftgas "Gelbkreuz" (Restbestände aus dem 1. Weltkrieg).

Umberto Nobile (1885-1978, italienischer General) stürzte am 25. Mai 1928 während einer Polarexpedition mit dem Luftschiff "Italia" über dem Nordpol ab. Von den 16 Expeditionsteilnehmern kamen 7 Mann sofort um. Danach begann sofort eine internationale Rettungsaktion. Die 9 überlebenden Expeditionsteilnehmer wurden innerhalb von knapp 2 Monaten per Flugzeug und Eisbrecher gerettet.

Prof. Dr. Werner Stein berichtete in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" über den Absturz des Luftschiffes "Italia" im Jahre 1928 (x074/1.083): >>Die ersten Funkzeichen der verunglückten "Italia-Mannschaft" werden von Kurzwellen-Amateuren aufgenommen; 16 Schiffe, 21 Flugzeuge und mehrere Schlittenabteilungen (insgesamt 1.500 Mann) versuchen die verunglückte "Italia-Mannschaft" in der Arktis zu retten. Die Rettung gelingt vor allem dem Eisbrecher "Krassin" und dem Flieger Tschuchnowski, nachdem Nobile sich als erster von dem Flieger Lundborg hatte retten lassen.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x030	Wistrich, Robert: <u>Wer war wer im Dritten Reich?</u> Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3</u> . Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.

x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte</u> . Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: <u>Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen</u> . Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin</u> . Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x084	Graml, Hermann (Hg.): <u>Widerstand im Dritten Reich</u> . Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): <u>Frieden ohne Rüstung?</u> Herford/Bonn, 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x120	Birnbaum, Immanuel: <u>Tschechoslowakei</u> . Bremen 1972.
x125	Bluhm, Georg: <u>Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik</u> . Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft</u> . Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II</u> . Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert</u> . Dortmund 1997.
x178	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte</u> . Band 14. Totalitäre Systeme und Staaten. Neuer Tesseloff Verlag, Hamburg 1969.
x181	Recheis, Käthe, und Georg Bydlinski: <u>Weisheit der Indianer</u> . Indianertexte der Gegenwart. München 1995.

x184	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Sudetenland. Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x199	Rang, Martin, und Otto Schliske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Lexikon. Geografie, Geschichte, Kultur. Augsburg 1996.
x219	Geyer, Horst: <u>ÜBER DIE DUMMHEIT.</u> Ursachen und Wirkungen der intellektuellen Minderleistungen der Menschen. 11. unveränderte Auflage. Wiesbaden 1984.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): <u>Nationalhymnen.</u> Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1.</u> Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4.</u> Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrierte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x286	Martin, Paul C.: <u>Zahlmeister Deutschland.</u> So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x291	Loth, Wilfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg.</u> Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Morde.</u> Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Spezial Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html – Dezember 2016
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x942	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/ - November 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019